



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V. l.: Theresa von Hassel; Gunzenhausens 2. Bürgermeister Peter Schnell; Peter Reisinger, Deutsche Glasfaser; Constanze von Hassel; Ministerialrat Bernd Geisler, StMFH; Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindegag.

## 8. Bayerisches BreitbandForum in Gunzenhausen:

# Neue Dimensionen

**Gelungener Neustart: Nach zweijähriger Corona-Pause konnte das Team der Bayerischen Gemeindezeitung endlich wieder eine Präsenzveranstaltung für bayerische Kommunen sowie Vertretern aus Wirtschaft und Verbänden durchführen. Gastgeber des 8. Bayerischen BreitbandForums war nach 2019 erneut die mittelfränkische Stadt Gunzenhausen. Insgesamt folgten 400 Teilnehmer, davon 60 Aussteller aus acht Ländern, der GZ-Einladung. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.**

„Der Breitbandausbau ist das Rückgrat der Digitalisierung, vor der sich heute niemand mehr verschließen kann“, betonte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Ohne dieses „breite Band der Sympathie“ und den Möglichkeiten der Digitalisierung hätte das gesamte Staatengebilde während der Corona-Pandemie noch weitaus größeren Schaden erlitten als es ohnehin der Fall war. Klar sei aber auch, dass das digitale Band noch breiter und schneller werden müsse, erklärte von Hassel und verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass der Breitbandausbau in Bayern keine kommunale Pflichtaufgabe darstelle.

### Riesenaufgabe

Laut Gunzenhausens Zweitem Bürgermeister Peter Schnell „wird von den Gemeinden und Städten erwartet, die digitalen und smarten Möglichkeiten zu nutzen und auszubauen“. Dies

sei eine Riesenaufgabe für Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft. Vor diesem Hintergrund freute es ihn ganz besonders, dass die Stadt am Altmühlsee vor kurzem als eine von (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die **Bayerische GemeindeZeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

### Bundes-KPV:

## Kommunales Profil der Union stärken

Nach einer Sitzung des KPV-Bundesvorstandes und Hauptausschusses im Konrad-Adenauer-Haus forderte Christian Haase MdB, KPV-Bundesvorsitzender und Kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das kommunale Profil der Union wieder mit Leben zu füllen. Jetzt gelte es, das desaströse Ergebnis der Bundestagswahl intern aufzuarbeiten. „Nach unserem Verständnis muss die Union ihre Stärke in der Kommunalpolitik wieder besser zum Ausdruck bringen“, betonte Haase.

Benötigt würden ein neuer kommunalfreundlicher bundespolitischer Kompass und kommunale Leitplanken: „Geld muss dauerhaft und dynamisch der Aufgabe folgen. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall – Stichwort Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder.“ Die Maxime laute: „Wer bestellt, muss zahlen.“

Wenn Bund oder Länder Leistungsgesetze ausweiten und individuelle Rechtsansprüche schaffen, müssen sie diese aus Haases Sicht auch vollumfänglich finanzieren. Alle bestehenden Leistungsgesetze seien zu prüfen. Man müsse wegkommen von „Mischfinanzierungen“ und „Mischzuständigkeiten“.

Grundgesetzänderungen dürften nur dann erfolgen, wenn dadurch Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klarer würden. „Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld aus Fördertöpfen auch dort ankommt, wo es wirklich gebraucht wird.“ Gerade „klamme Gemeinden“ würden nicht über die Ressourcen verfügen, um aufwändige Förderanträge zu stellen. Haase fordert eine Vereinfachung des Förderprozesses. Außerdem solle es entbürokratisiert und digitalisiert werden.

Da zu einem lebenswerten Deutschland lebendige Innenstädte und Ortskerne zählen, fordert die Bundes-KPV, zusätzlich 2,5 Milliarden Euro aus Städtebauförderung und Innentadtfonds bereitzustellen. Damit könnten die Schäden durch Corona und Digitalisierung reduziert werden.

Gehe es um Aufgaben der Daseinsvorsorge, versagten Marktmechanismen, zu sehen sei das aktuell beim Glasfaserausbau. „Deswegen gehört die Infrastruktur in diesem Bereich in die öffentliche Hand“, machte Haase deutlich. DK

### Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt:

## Ehrenamt ist nachhaltig!

Unter dem Motto „Ehrenamt ist nachhaltig! – Ehrenamt gestaltet unsere Zukunft!“ wurden beim Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt 2020 zum dritten Mal Personen, Initiativen und Organisationen mit neuen Ideen rund ums Ehrenamt gesucht. Unter mehr als 300 Bewerbungen wählte die Jury unter Vorsitz von Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner elf Preisträger aus. Sechs Preisträger erhielten in München jeweils 10.000 Euro in der Kategorie „Innovative Projekte“. In der Kategorie „Neue Ideen“ wurden fünf Preisträger ermittelt, die mit je 3.000 Euro bedacht wurden.

„Ihr Einsatz macht Sie zu den besten Vorbildern, die wir haben können“, würdigte Trautner die Sieger: „Sie gehören zu den Menschen, die mutig neue Wege gehen und sich mit voller Kraft für unser Gemeinwohl einsetzen. An Ihnen liegt es, dass das Ehrenamt auf der Höhe der Zeit ist und unsere Gesellschaft voranbringt.“

### Nachhaltiges Engagement

Das Übernehmen sozialer Verantwortung und das nachhaltige Engagement in der Region hat im Robert-Bosch-Werk Blaichach in Immenstadt (Landkreis Oberallgäu) eine lange Tradition. Seit 2011 führen Auszubildende im zweiten Lehrjahr in Projektteams eigenständig ehrenamtliche Projekte durch. 2017 wurde die Initiative auf alle Mitarbeiter ausgeweitet. Das Unternehmen unterstützt die Projekte, die unter dem Stichwort „Tat vor Ort“ laufen, dabei

auch finanziell und will nun die Initiative auf Partnerfirmen und Netzwerkkontakte erweitern.

Die Schülermitverantwortung (SMV) des Erasmus-Grasser-Gymnasiums in München hat das Projekt „Schule als Staat“ als Schülerinitiative an ihrer Schule bereits zweimal über-

aus erfolgreich durchgeführt. In einem einwöchigen Planspiel wurde jeweils eine bestimmte Staatsform mit allen Institutionen nachgespielt. Den Schülern kommt es darauf an, durch das „Erleben“ anderer Staatsformen die Vorteile einer Demokratie sichtbar zu machen und so auch die Partizipation im eigenen Staat zu fördern.

### Treffen – Schaffen – Teilen

Unter dem gelebten Motto „Treffen – Schaffen – Teilen“ bietet der Verein Schaffenburg e.V. in Aschaffenburg mit seiner (Fortsetzung auf Seite 4)



Initiative Fürth. Ort aus Mittelfranken mit dem Projekt „Nachhaltigkeits- und Zukunftszentrum Alte Feuerwache Fürth“. Unser Bild zeigt (v.l.): Staatsministerin Carolina Trautner, Florian Friedrich, Simon Rebitzer, Ehrenamtsbeauftragte Eva Gottstein. Bild: StMAS/Alexander Göttert

### Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

## Verantwortung vor Ort

Nach seiner Präsidiumssitzung im Landkreis Celle hat der Deutsche Landkreistag seine Erwartungen für die neue Legislaturperiode formuliert. Das Augenmerk sei darauf zu richten, finanzielle Fesseln durch immer neue Förderprogramme und Anschubfinanzierungen zurückzuführen und stattdessen eine bessere und gerechtere Grundfinanzierung der Kommunen zu realisieren.

Präsident Landrat Reinhard Sager erklärte dazu: „Die Verantwortung vor Ort muss gestärkt werden. Daran werden wir eine neue Regierungskoalition in Berlin messen. Die Verantwortlichen vor Ort wissen am besten, was sie brauchen – gerade bei Klimawandel, Digitalisierung und Infrastruktur. Die Kommunen müssen die drängenden Zukunftsherausforderungen angehen und dazu auch finanziell imstande sein.“ Zudem sollten die nächsten vier Jahre eine Wahlperiode der gleichwertigen Lebensverhältnisse werden.

Neben der Stärkung föderaler Strukturen zur Krisenbewältigung muss die Bundespolitik bis 2025 laut Deutschem Landkreistag die Kommunen besser mit Steuermitteln ausstatten. Dazu sei der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer deutlich anzuheben, an dem auch die Landkreise zu beteiligen sind. Diese Mittel müssten durch einen einwohnerbasierten Schlüssel, der belastungsorientiert gewichtet und ausgestaltet werden kann, verteilt werden.

### Gestaltungsspielräume

Auch gelte es, Gestaltungsspielräume bei Bundesgesetzen zu erhalten. Deshalb müsse die 75 %-Grenze in Art. 104a Abs. 3 GG für alle Geldleistungen maßgeblich sein, und zwar unter Wahrung der kommunalen Selbstverantwortung. Dies gelte in erster Linie für Sozialleistungen, die nach individuellen Bedarfen und nach unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort gewährt werden (müssen).

Gemeinsam mit den Ländern müsse der Bund zudem geeignete Wege finden, die Ausgaben bei der Eingliederungshilfe, der Sozial- sowie Kinder- und Jugendhilfe zu begrenzen und die diesbezüglichen Mehrbelastungen vollständig und dynamisch

auszugleichen. Aktuell beziehe sich dies auf die kommunalen Finanzierungsbelastungen bei der Ganztagsbetreuung.

### Aufgabenangemessene Steuerausstattung

Auch im Hinblick auf die mit der Digitalisierung der Bildung in Landkreisen und Gemeinden verbundenen Kosten sei für eine aufgabenangemessene Steuerausstattung der kommunalen Ebene zu sorgen. Vorbild dürfe nicht der Digitalpakt Schule sein, sondern es sollte eine dauerhaft erhöhte kommunale Steuerbeteiligung geben.

### Verfassungswidrige Aufgabendurchgriffe

Zu unterbinden seien darüber hinaus verfassungswidrige Aufgabendurchgriffe des Bundes. Der Bund wird aufgefordert, die vom BVerfG als verfassungswidrig erkannte Zuständigkeitsbestimmung der Landkreise zu Sozialhilfeträgern in § 3 Abs. 2 SGB XII unverzüglich für das gesamte SGB XII aufzuheben. (Fortsetzung auf Seite 4)



Nach Bekanntwerden der Vergabe des Friedensnobelpreises an zwei aufrechte Journalisten sinniert unser Rathauskater über die historische Rolle der Presse und des Journalismus für die Entwicklung, Bewahrung und Stabilisierung von Demokratie und Freiheit. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Zuspruch für Bayerns Grundsteuerreform . . . . .	2
„Demografiefeste Kommune“ macht Gemeinden fit . . . . .	2
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell: IT an Schulen: Organisation neu regeln! . . . . .	3
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit . . . . .	3
Bausteine für die Pflegereform . . . . .	3
Kommunale Finanzthemen . . . . .	5 - 8
Kommunale Energiethemen . . . . .	8 - 10
Kommunale Verkehrsthemen . . . . .	11 - 12
Wasser • Abwasser . . . . .	13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	14 - 16

# Zuspruch für Bayerns Grundsteuerreform

Im Unterschied zum Gesetzespaket des Bundes wählt Bayern einen anderen Weg in der Grundsteuerreform. Ob und wie ein solches Gesetz das Ziel einer unbürokratischen Fortentwicklung der Grundsteuer erreicht, besprachen Juristen, Vertreter von Städten und Gemeinden sowie Steuer- und Immobilien-Sachverständige mit den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und stellten Bayerns geplante Reform bei der Grundsteuer auf dem Prüfstand: Die überwiegende Zahl der Experten befürwortete die Regionalisierung und Bayerns abweichenden Weg vom Bundesmodell.

Eine Neuregelung der Grundsteuer war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht die geltende Grundsteuerregelung für verfassungswidrig erklärt hatte, weil die Grundstückswerte veraltet seien und gleichartige Grundstücke unterschiedlich behandelt würden. Aufgrund einer Öffnungsklausel können die Länder nun die Grundsteuer selbst regeln. Bayern plant die Grundsteuer ab 2025 auf Basis der Grundstücks- und Gebäudeflächen sowie deren Nutzung zu berechnen. Im Detail bedeutet das: vier Cent pro Quadratmeter Grundstücksfläche sowie 50 Cent pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche. Dieser Messbetrag wird dann mit dem Hebesatz, den jede Gemeinde individuell bestimmt, multipliziert. Der Wert des Grundstücks spielt dann – anders als im Modell des Bundesfinanzministeriums – keine Rolle. Damit entfällt eine aufwendige Neubewertung sämtlicher Immobilien alle sieben Jahre.

## Weniger kompliziert, weniger streitanfällig

Zudem ist es unerheblich, ob ein Grundstück in einer teuren Stadt oder auf dem Land liegt. Der Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium stellte in der Expertenanhörung im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages heraus, dass das sogenannte Flächenmodell Bayerns weniger kompliziert und weniger streitanfällig als ein wertabhängiges Modell sei. Für den Vertreter des Finanzministeriums ein fundierter Entwurf, der eine tragfähige

Grundlage bilde. Im Verlauf der Diskussion äußerten die Experten auch Kritik und unterbreiteten Änderungsvorschläge.

Die Vertreter der Kommunen verwiesen auf die große Bedeutung der Grundsteuer für die Kommunalfinanzen. Bernd Buckenhofer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, sprach von einer der wichtigsten Einnahmequellen. Im Jahr 2019 lag das Einkommen bei 1,83 Milliarden Euro. „Die Grundsteuer ist konjunkturunabhängig, berechenbar für jeden und unverzichtbar“, so Buckenhofer. Allerdings fehle im Entwurf die Grundsteuer

## Heimatminister Albert Füracker:

# „Demografiefeste Kommune“ macht Gemeinden fit für die Zukunft

Neues Pilotprogramm mit Förderung von über 1,2 Millionen Euro  
Kommunen begegnen aktiv dem demografischen Wandel

„Bayern ist einzigartig, lebenswert und vielfältig. Immer mehr Menschen wählen Bayern als ihre Heimat. Trotzdem ist der demografische Wandel eine Herausforderung, insbesondere für strukturschwächere Regionen! Mit individuellen und maßgeschneiderten Strategien nehmen wir diese Herausforderung an: Gemeinsam mit unseren Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern bringen wir Bayern voran und werden demografiefest in Stadt und Land. Das Heimatministerium unterstützt die Teilnehmer bei der zukunftsicheren Ausrichtung im Rahmen des Pilotprogramms ‚Demografiefeste Kommune‘ mit insgesamt über 1,2 Millionen Euro“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Förderbescheidübergabe an die zehn Pilotkommunen in der Allerheiligen-Hofkirche.

Kommunen spüren den demografischen Wandel auf vielfache Weise. Die Erkenntnisse eines Pilotprojekts sollen daher auch anderen bayerischen Kommunen zugänglich gemacht werden. Sieben Gemeinden bzw. Gemeindezusammenschlüsse auf jeden Regierungsbezirk verteilt, eine Region, ein Stadtteil einer Großstadt sowie ein Landkreis treten in der ersten Förderphase – exemplarisch für ganz Bayern – dem demografischen Wandel vor Ort aktiv entgegen. Sie haben die Herausforderung für sich erkannt, planen eigene Maßnahmen oder haben diese bereits umgesetzt:

Der Zusammenschluss der oberbayerischen Gemeinden Apfeldorf, Unterdießen und Fuchstal gehört zu den Gewinnern des demografischen Wandels. Für sie gilt: Wachstum meistern, Neu- und Altbürger zusammenbringen und Identität in den Gemeinden bewahren. Der starke Verbund steht exemplarisch für viele Gemeinden im Umfeld der bayerischen Metropolregionen.

In Niederbayern, an der bayerisch-tschechischen Grenze, hat die Gemeinde Mauth bereits viel aus eigener Kraft geschafft. Mauth hat eine engagierte Nachbarschaftshilfe, einen Bürgerbus und einen Seniorenbeirat etabliert. Um den prognostizierten Bevölkerungsschwund und die Überalterung zu bewältigen braucht es passgenaue Dienstleistungsangebote und bedarfsgerechte Wohnformen für Senioren. Mit dem Pilotprogramm wird die Gemeinde in ihrem bisherigen Engagement unterstützt und kann dieses ausweiten.

Ebenfalls an der bayerisch-tschechischen Grenze liegt die oberpfälzer Stadt Waldmünchen. Die Stadt kämpft mit überdurchschnittlich starker Überalterung und die Abwanderung gerade jüngerer Menschen verschärft

müsste, um dasselbe Aufkommen wie zuvor zu erreichen. Da sei Streit vorprogrammiert. Ebenso, wenn innerhalb einer Kommune verschiedene Hebesätze festgelegt würden.

## Keine Abschreckung von Spekulanten

Gegen die Einführung einer Grundsteuer C sprachen sich die Immobilien-Sachverständigen deutlich aus. Dr. Ulrike Kirchoff, Vorständin Haus & Grund Bayern zeigte sich ebenso wie der Vorstand Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA), Sven Behrends, überzeugt davon, dass Bauspekulanten dadurch nicht abgeschreckt würden. Kirchoff erklärte: „Die Grundsteuer C trifft private Eigentümer, nicht Spekulanten, denn die geben die Kosten weiter beim Verkauf, das wird einfach draufgeschlagen.“ Der Vizepräsident des Bund der Steuerzahler in Bayern, Klaus Grieshaber, und Günter Helmhagen, Vizepräsident und Schatzmeister der Steuerberaterkammer München, lobten das Flächenmodell, hielten allerdings die Grundsteuer C vor allem in Ballungsgebieten für nicht umsetzbar.

Eine Umkehrung der Besteuerung forderte Prof. Clemens Richarz. Der erste Vizepräsident der Bayerischen Architektenkammer appellierte an die Abgeordneten dafür zu sorgen, dass bebauten Grundstücke niedrig, unbebaute dagegen hoch besteuert werden müssten. Boden sei eine beschränkte Ressource und das müsse der Gesetzgeber deutlich machen. Mit dem Entwurf werde die Bebauung jedoch nicht gefördert. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht lobte Dr. Florian Neumeier den Entwurf für das bayerische Flächenmodell. Der Leiter der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik am Ifo-Institut sprach von einem verlässlichen Instrument, das einfach zu handhaben sei und keine großen Belastungsverschiebungen mit sich bringe. Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft würdigte den beherrschbaren Bürokratieaufwand und verwies auf den Vorteil, dass nicht – wie beim Bundesmodell – wiederholt neue Bewertungen der Grundstücke nötig werden.

## Gleichheitsgrundsatz

Unterschiedlich beurteilten die Juristen den Entwurf. Während Prof. Klaus-Dieter Drüen, von der Ludwig-Maximilians-Universität München ebenso wie seine Kollegin, Prof. Johanna Hey, Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Universität zu Köln, keine grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken beim Flächenmodell hatten, beurteilte der Potsdamer Jurist Professor Thorsten Ingo Schmidt den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes als nicht ausreichend berücksichtigt.

„Entscheidend ist, dass das Gesetz verfassungsmäßig ist“, erklärte CSU-Politiker Michael Hofmann in der Aussprache und knüpfte daran die Frage, ob eine Übermaßbesteuerung drohen könne. Drüen verwies darauf, dass es in Deutschland ein Viel-Steuerrecht gebe. Aber er schränkte ein: „Die Grundsteuer bringt bei der Belastung das Fass nicht zum Überlaufen.“ Tim Pargent, finanzpolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte das Äquivalenzprinzip in Frage und wollte wissen, warum unbebaute Grundstücke überhaupt besteuert werden. Die Eigentümer zögen keinen Nutzen aus der gebotenen kommunalen Infrastruktur. Für Juristin Hey kein Argument, denn Steuern seien nie geeignet, individuelle Kosten und Nutzen abzubilden.

## Bayerischer Verwaltungsgerichtshof:

# Corona-Ausgangssperre war unzulässig

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat die Corona-Ausgangsbeschränkungen vom Frühjahr 2020 in Bayern für unzulässig erklärt. Die Ansbacher Richter bemängelten sowohl Formfehler bei der Veröffentlichung der Beschlüsse als auch die Unverhältnismäßigkeit der Beschränkungen. Nun geht die Staatsregierung in Revision.

In dem Verfahren ging es um die Ende März 2020 erlassene Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, die vom 1. bis zum 19. April gültig war. Einzelpersonen durften ihre Wohnung oder ihr Haus damals nicht ohne triftigen Grund verlassen. Als solcher waren etwa Arztbesuche, Sport oder die Berufsausübung definiert. Die entsprechenden Passagen erklärten die Richter nun für unwirksam.

## Strenger als bundesweite Regelung

Nach der bundesweiten Vorgabe durften sich die Bürger zu jenem Zeitpunkt im Jahr 2020 mit einer weiteren Person eines anderen Haushalts in der Öffentlichkeit treffen. Zwar habe der Freistaat, so die Richter, damals eine schlechtere epidemiologische La-

## GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

**Bildrechte & DSGVO Teil 1:**  
25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

**Bildrechte & DSGVO Teil 2:**  
7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr  
Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

**Referentin:** Gisela Goblirsch, PR-Kompetence

**Anmeldung unter** [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de)

**Teilnahmegebühr:** je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) □

viduelle Kosten und Nutzen abzubilden.

## CSU sieht Anhörung als Bestätigung

Ausschuss-Vorsitzender Josef Zellmeier (CSU) sieht Bayerns Weg durch die Stellungnahmen der Experten bestätigt: „Dies ist ein konsequenter Schritt in Richtung Steuervereinfachung. Gerade im wirtschaftlich erfolgreichen Bayern würden die Pläne von Grünen und SPD wegen der steigenden Immobilienwerte zu laufenden Steuererhöhungen führen.“ Michael Hofmann, der Berichterstatter der CSU-Fraktion für das Bayerische Grundsteuergesetz, ergänzte: „Entscheidend für mich ist, dass wir mit unserem verfassungskonformen Modell in der Summe keine größeren Belastungen schaffen als bisher. Wir lehnen eine verkappte Vermögensteuer ab. Durch die Experten haben wir weitere wertvolle Hinweise bekommen.“ Der Gesetzentwurf zur Grundsteuer wird derzeit im Haushaltsausschuss beraten. Der Bayerische Landtag wird das Gesetz voraussichtlich noch vor Weihnachten verabschieden. red

## Wir gratulieren

### ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Hermann Anselstetter  
95339 Wirsberg  
am 3.11.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Göcking  
95659 Arzberg  
am 23.10.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fabian Streit  
86576 Schiltberg  
am 2.11.

Bürgermeister  
Martin Fenninger  
83379 Wonneberg  
am 3.11.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Braun  
92280 Kastl  
am 22.10.  
Bürgermeister Philipp Schlapak  
86709 Wolfersdorf  
am 27.10.

Bürgermeister Thomas Dorsch  
82383 Hohenpeißenberg  
am 30.10.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Florian Hartmann  
85221 Dachau  
am 2.11.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 7:

## „Die Menschen sollen Konflikte erleben“

Im Rahmen ihrer Masterarbeit behandelte unsere Autorin Anja Schuchardt das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“. Sie sprach dazu mit Dr. Thomas Hüskens, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Facheinheit Ethnologie der Universität Bayreuth.

**GZ:** Sie haben selbst jahrelang Teamtrainings für diverse Gruppen konzipiert und geführt. Wie beurteilen Sie Konzepte zu Interkulturellen Trainings, die im Rahmen von Rollenspielen die Teilnehmer auf verschiedene Kulturen vorbereiten sollen?

**Hüskens:** Ich habe immer vermieden, den Leuten mit irgendwelchen Identitätsbauklötchen und vorgeschriebenen Kategorien von einer sogenannten „kulturellen Identität“ zu kommen. Vielmehr habe ich versucht, die Leute miteinander in ein Gespräch über ihre Vorstellungen zu bringen. Wenn ich überhaupt zum Thema Kultur trainiert habe, dann sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre eigene kulturelle Identität ausloten und beschreiben. Dann kommen sie immer an einen Punkt, an dem das Ganze so divers und differenziert wird, dass sie feststellen: Ich kann mich da eigentlich auf gar nichts Konkretes festlegen – ob ich mich beispielsweise als Deutsche oder als Bewohnerin eines Dorfes oder als

**Dr. Thomas Hüskens hat als Ethnologe im Rahmen von Feldstudien Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit in verschiedenen Ländern gesammelt. Seine Beobachtungen gibt er unter anderem in Trainings weiter. Im Interview betont Hüskens, wie wichtig „Neugierde auf das Fremde“ und auch das Auseinandersetzen mit Kontroversen sind.**

Kölnerin sehe. Was man in Trainings natürlich machen kann ist die ganz klassische Landeskunde: Wirtschaft, Politik, Recht und auch Kulturgeschichte.

**GZ:** Wie bereiten Sie Teilnehmer denn ganz konkret auf ihre Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit vor?

**Hüskens:** Ich versuche die Menschen zu ermuntern, in echte Auseinandersetzungen zu gehen. Dazu muss man auf Diversität neugierig sein und sie auch aushalten. Klar ist es einfacher, wenn Konflikte vermieden werden können. Aber in meinen Trainings sollen die Menschen Konflikte erleben, damit sie lernen, sie zu reduzieren. Letztlich sollen wichtige Projekte nicht an Kontroversen scheitern.

Im Rahmen eines kommunikativen Prozesses macht man sich gemeinsam auf den Weg und handelt Entscheidungen aus. In der Entwicklungszusammenarbeit stoßen wir dabei auf ein grundsätzliches Problem: Das Geld kommt aus Deutschland und soll in konkrete Projekte vor Ort einfließen. Tunlichst in einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Der Begriff der Partizipation ist nichtsdestotrotz bei der lokalen Bevölkerung mit Ambivalenzen und Resentiments konnotiert.

**GZ:** Als Basis der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wird vor allem diese „Kommunikation auf Augenhöhe“ hervorgehoben – wozu auch Teilhabe gehört. Warum beschreiben Sie Partizipation als ambivalenten Begriff?

**Hüskens:** Diese Partizipation ist oft nur ein Versprechen, das in der Praxis nicht eingelöst werden kann. Das liegt nicht immer nur an den Durchführungsorganisationen oder den Geberländern. Leider sind die Regierungen und Verwaltungen in den Partnerländern häufig an der Partizipation der lokalen Bevölkerung gar nicht interessiert. Wenn es um kulturelle Befreiung geht, stoßen wir so an Grenzen. Dann müssen Kompromisse gefunden werden, auch solche, die schmerzen. Die konkrete Entwicklungszusammenarbeit erfordert sehr viel Fingerspitzengefühl.

**GZ:** Sie haben vorhin angesprochen, dass man Diversität aushalten muss und dann gemeinsam Entscheidungen aushandeln sollte. Wie gestalten sich die Prozesse konkret in der Entwicklungszusammenarbeit?

**Hüskens:** Je autoritärer die Bedingungen in den Ländern sind, in denen man arbeitet, desto schwerer ist es. Im Grunde genommen muss man ein Stück weit pragmatisch und strategisch vorgehen und ausloten, was jeweils machbar ist. Als GIZ kann man dann manchmal nur ganz kleine Schritte gehen und versuchen sich Freiräume zu erarbeiten, in denen die lokale Bevölkerung und ihre Vertreter agieren und sich artikulieren können. Das ist aber echt ein dickes Brett.

Hilfreich kann dabei eine Prozessbegleitung mit Unterstützung in der täglichen Arbeit sein. Fragen wie „Wo fühle ich mich unverstanden?“ oder „Wo sind mir Türen verschlossen und warum?“ gilt es zu klären.

In der Sozialarbeit nutzt man diese Art der Supervisionschon lange. In der Entwicklungszusammenarbeit ist diese Form bis heute noch unterentwickelt. Da wird dann nur gesagt: Sie haben ja Länderkunde und einen interkulturellen Kurs in der Vorbereitung gemacht, das muss reichen. Da ist wirklich noch viel Luft nach oben. red

Deutscher Pflegetag 2021:

## Bausteine für die Pflegereform

Umfassende Maßnahmen zur Stärkung der Pflege in Deutschland hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek von der künftigen Bundesregierung gefordert. Wie Holetschek, der auch Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz ist, im Rahmen des Deutschen Pflegetags in Berlin erklärte, „muss eine Pflegereform auch die Situation der pflegenden Angehörigen verbessern. Die Angehörigen leisten Großes und sind neben der professionellen Pflege eine tragende Säule des Pflegesystems. Deswegen schlage ich ein steuerfinanziertes Pflegezeitgeld vor.“

„Wir brauchen eine solche Lohnersatzleistung, die es ähnlich dem Elterngeld ermöglicht, sich für einen bestimmten Zeitraum um die Pflege eines nahen Angehörigen zu kümmern. Wer diese Aufgabe übernimmt, sollte auch eine entsprechende Unterstützung von der Gemeinschaft dafür erwarten dürfen. So eine finanzielle Hilfe würde ermöglichen, für einige Monate aus dem Beruf auszusteigen und sich ganz der Pflege zu widmen“, erläuterte der Minister.

Steuerliche Absetzbarkeit

Über die genaue Höhe und die Länge des Leistungsbezugs muss man aus Holetscheks Sicht noch diskutieren. Aber die Pflege müsse in den Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung in jedem Fall ganz oben stehen, ergänzte er und warnte: „Wenn wir jetzt nicht handeln, stehen wir vor einer humanitären Katastrophe.“ Der Minister forderte auch für Menschen Verbesserungen, die weit weg von ihren Angehörigen wohnen und die Pflege selbst nicht leisten können: „Wenn jemand eine professionelle Pflegeleistung für einen Angehörigen einkaufen muss, sollte er

diese Ausgaben ähnlich wie bei einer Spende von der Steuer absetzen können.“

Laut Holetschek sind dies nur zwei von vielen Bausteinen für die Pflegereform, die so dringend benötigt wird. „Wir müssen unter anderem auch mehr qualifiziertes Personal für Pflegeberufe gewinnen und dafür den Beruf attraktiver machen, sowie die Struktur und Finanzierung der Pflegeversicherung genau unter die Lupe nehmen.“ Klar sei: „Auf die nächste Bundesregierung wartet eine Mammutaufgabe. Wer immer demnächst regieren und Gesundheitspolitik gestalten wird, muss das schnell und beherzt anpacken. Jetzt ist keine Zeit mehr für eine Politik der kleinen Schritte, denn schon in wenigen Jahren wird im Verhältnis von Pflegebedürftigen und Pflegekräften die Schere noch weiter auseinanderklaffen.“

Die Präsidentin des Deutschen Pflegerats, Christine Vogler, hatte im Vorfeld der Konferenz „eine Gesamtidee“ gefordert, „wie wir 5,1 Millionen Pflegebedürftige bei fehlenden 500.000 Pflegefachpersonen in 2030 noch gepflegt bekommen“. Bereits heute fehlten rund 200.000 Kräfte in Krankenhäusern, Al-

tenheimen und in der ambulanten Pflege. Deshalb müsse dringend die Bezahlung angepasst werden. Derzeit liege die Spanne zwischen 2.100 und 3.700 Euro brutto im Monat. Angemessen für eine Vollzeitstelle wäre aber ein Monatsgehalt von 4.000 Euro, so Vogler. Laut Bundesagentur für Arbeit sind rund 1,7 Millionen Menschen in der Kranken- und Altenpflege sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Auf Pflege angewiesen sind hierzulande mehr als vier Millionen Men-

GZ

KOLUMNE  
Dr. Klemens Gsell

Liebe Leserinnen und Leser,

die Pandemie hat öffentlich den Spot auf die Ausstattung der Schulen mit IT gerichtet. Das Urteil der veröffentlichten Meinung ist vernichtend: „Steinzeit in den Klassenzimmern“, „Deutschland hinkt hinterher“ oder „Kein Geld für Bildung“, so kann man die Schlagzeilen zusammenfassen.

Wie immer sind öffentliche Befunde und Realität sicher nicht übereinstimmend. Je nach Engagement der Kommunen, der örtlichen Lehrkräfte und auch der jeweiligen Bundesländer sind schon wichtige Schritte für eine zeitgemäße IT-Ausstattung zu finden.

Und dennoch, die negativen Schlagzeilen ha-

### IT an Schulen: Organisation neu regeln!

ben einen wahren Kern. Vollständige und durchdachte Gesamtkonzepte sind nicht die Regel. Je nach Finanzkraft der „Sachaufwandsträger“ (ein typisch deutsches Wort, das international kaum zu übersetzen ist), gibt es Ausstattungen. Manchmal tolle Technik im Klassenzimmer und dann fehlt es an der Verkabelung im Haus oder am Anschluss an die Datenautobahn. Andersorts finden sich im gleichen Haus tolle Beispiele für Lernen mit digitaler Ausstattung und vollständige analoge Unterrichtsformen nebeneinander, weil es unterschiedliche Akzeptanz für digitale Medien bei den Lehrkräften gibt. Ursache dafür sind auch die Förderstruk-

turen. So wird die Verkabelung im Haus manchmal über das sog. FAG in Zuständigkeit des Kultusministeriums anteilig gefördert, meist jedoch nicht. Der Anschluss ans Datennetz wurde in Bayern teilweise durch das Finanzministerium bezuschusst. Die Klassenzimmerausstattung kann meist auf Bundesförderung oder manchmal auch auf Landesprogramme zugreifen, was auch für mobile Geräte in Schülerhand gilt. Softwarelizenzen und digitale Lehrmaterialien sind oft gar nicht förderfähig, ebenso Lehrerein-

weisungen in die Hardware. Für die meisten dieser Hardwarethemen sind die Kommunen zuständig. Bei der nötigen Fortbildung der Lehrkräfte ist der Staat gefordert und für die digitalen Lehrmaterialien und deren Verteilung (z.B. über Lernplattformen) sind die staatlichen Angebote in die kommunalen Planungen einzubinden. Kurzum: für einen ‚Gesamtplan digitales Lehren‘ in den Schulen ist die Zuständigkeit so, dass viele und nervende Abstimmungen, Förderanträge und Anpassungen nötig sind.

Der eingangs geschilderte Befund ist also meist nicht auf Finanzprobleme zurückzuführen. Eine klare Struktur und ein einheitlicher Finanzierungstopf sind längst überfällig. Die Koordinierung käme dabei dem Kultusministerium zu. Ansätze dafür sind aber nicht vorhanden, (auch aus Furcht vor der Keule Konnektivität). Es wird Zeit einen gemeinsamen Weg für Organisation und Finanzierung zu finden, wie bei der Kinderbetreuung auch!

Ihr Klemens Gsell

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern  
Altbürgermeister

schen. Im Pflegerat haben sich große Verbände der Pflegebranche zusammengeschlossen.

Laut Vogler blieben Reformen zur Verbesserung der Lage, die von der großen Koalition in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht wurden, in der Wirkung für die Pflegebedürftigen und die Beschäftigten zu schwach. „Die Maßnahmen wenden sich kurzfristig den Symptomen zu - die Grundfragen aber werden konsequent ignoriert.“

Ohne Personal  
keine Versorgung

„Wir erwarten in einem Koalitionsvertrag klare Aussagen, wie der Fachkräftemangel angegangen werden soll. Erster Schritt muss es sein, das Pflegepersonalbedarfsbemessungsinstrument, die PPR 2.0, das der Deutsche Pflegerat, Verdi und wir gemeinsam entwickelt haben, als Interimsinstrument umgehend einzusetzen“, erklärte Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesell-

schaft (DKG). Die künftige Bundesregierung müsse ein deutliches Zeichen für die Stärkung der Pflege setzen.

Die Corona-Pandemie hat aus seiner Sicht deutlich gemacht, dass ohne Personal keine Versorgung möglich ist und der Personalmangel die größte Herausforderung ist. Aber auch die Krankenhäuser selbst müssten ihren Anteil leisten, um die Arbeitsbedingungen bestmöglich zu gestalten. „Wir müssen verlässliche gute Arbeitgeber sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen und auch gut bezahlen. Dazu brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, eine deutliche Entbürokratisierung des Berufes und verlässliche Finanzierungsgrundlagen und Strukturen.“

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn dankte in seinem Grußwort zunächst den Pflegekräften für ihre Arbeit während der Corona-Pandemie und verwies darauf, dass in der zurückliegenden Legislaturperiode für die Pflege viel angestoßen worden sei. „Die Abwärtsspirale ist

gestoppt, wir haben den Weg begonnen.“ Exemplarisch nannte der Minister die Ausbildung für Pflegekräfte. In den Krankenhäusern sei mit dem Pflegebudget dafür gesorgt worden, dass nicht mehr zu Lasten der Pflege gespart werden kann. In den Krankenhäusern sei Bezahlung nach Tarif gesichert, in der Altenpflege werde diese gesetzliche Vorgabe derzeit umgesetzt. Zudem sei mit der Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung begonnen worden.

Spahn zufolge hat in der Altenpflege der neue Mindestlohn für Tausende von Pflegekräften einen echten Unterschied gemacht. Für viele Pflegekräfte habe sich im Alltag noch nicht viel verändert, weil zwar die Stellen und die Bezahlung gesichert seien, aber das Personal fehle. Die „Stellenbesetzung braucht einen langen Atem“, so der Minister. Abschließend rief er die Pflegekräfte dazu auf, sich besser zu organisieren, um ihre Interessen durchzusetzen. Angesichts der Personalknappheit „sitzen Sie am längeren Hebel.“ DK

Ich lese die GZ

» ... weil die Kommunen für die Umsetzung der gemeinsamen Ziele die entscheidenden Partner sind. «

Carolina Trautner

Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales



## Verantwortung vor ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Zur zukunftsbesten Gestaltung der Altenpflege gehöre, dass die Pflegeversicherung die pflegebedingten Aufwendungen vollständig abdeckt oder zumindest die Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen deutlicher als bislang begrenzt wird. Des Weiteren müssten die

Krankenkassen alle Maßnahmen der medizinischen Behandlungspflege übernehmen. Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung bei bedürftigen Personen seien vollständig von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung abzudecken. Sie dürften nicht mehr zulasten der Hilfe zur Pflege gedeckt sein. Auch müssten die gesetzlichen Grundlagen für eine wirkungsvolle kommunale Pflegeplanung im SGB XI geschaffen werden. Insbesondere pflegebedürftige behinderte Menschen sollten die vollen Leistungen der Pflegeversicherung erhalten.

Zur Planung und Ausgestaltung einer sektorenübergreifenden medizinischen Versorgung sind laut Deutschem Landkreistag gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Die Landkreise müssten in diese Planung aktiv eingebunden werden. Notwendig sei die flächendeckende Sicherstellung der bedarfsgerechten stationären Versorgung. Hierzu bedürfe es einer

Krankenhausfinanzierung, die Qualität und Erreichbarkeit im Sinne gleichwertiger Lebensbedingungen gewährleistet.

### Sonderabschreibungen

Des Weiteren plädiert der Kommunalverband dafür, Unternehmen in Ortskernen bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen mit steuerlichen Sonderabschreibungen gezielt zu unterstützen. Auch sollte bei der Städtebauförderung ein besonderer Schwerpunkt auf die besonderen Herausforderungen von Ortskernen der Klein- und Mittelstädte gelegt werden. Zudem seien die baurechtlichen Instrumente zum Erhalt und zur Vitalisierung der Ortskerne auszubauen und die Möglichkeiten der Kommunen zum Erwerb von Grundstücken zu verbessern. Neben dem in einigen Kommunen bestehenden Wohnraumangel sei die Ertüchtigung von Leerständen in den Blick zu nehmen. Ein gut ausgestattetes Programm „Jung kauft Alt“ könne gezielte Kaufanreize für den Erwerb von Bestandsimmobilien setzen.

Das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau in „Grauen Flecken“ müsse fortgeführt und so dotiert werden, dass in allen Landkreisen flächendeckende Glasfasernetze entstehen können. In der nächs-

ten Legislaturperiode seien dafür Fördermittel in Höhe von mindestens 20 Mrd. Euro bereitzustellen. Im Mobilfunkbereich liege der Fokus darauf, sowohl die Lücken im LTE-Netz zu schließen als auch den Ausbau des 5G-Netzes zu fördern.

Im Blickpunkt steht laut DLT auch die intelligente Unterstützung der Verwaltungsdigitalisierung. Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes komme es darauf an, dass Lösungen nach dem Prinzip „Einer für Alle“ entwickelt werden und eine flächendeckende Nachnutzung bis zu den kommunalen Fachverfahren sichergestellt wird. Darüber hinaus sollten auch Softwarelösungen von kommunalen IT-Dienstleistern und privaten Anbietern sowie aus dem Bereich der Sparkassenorganisation berücksichtigt werden. Es sollte auf Open-Source gesetzt werden. Die Unterstützung der Kommunen müsse insbesondere die im Rahmen des Portalverbundes von Bund, Ländern und Kommunen online anbietenden Leistungen in Landes- und Kommunalverantwortung umfassen.

Zudem sei die Registermodernisierung voranzutreiben, wobei eine dezentrale Haltung von Fachdaten in den verschiedenen staatlichen und kommunalen Datenspeichern sicherzustellen ist. Im Hinblick auf neue digitale Prozesse und die Einbindung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in den Datenaustausch im Gesundheitswesen seien abgestimmte Standards und Schnitt-

stellen erforderlich, die eine Anbindung der kommunalen Prozesse und Fachverfahren an zentrale Strukturen ermöglichen.

### Stärkung der Flächenadern

Beim Aus-, Neu- und Umbau des Straßen- und Schienennetzes sollte sich der Bund stärker am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse orientieren. Neben den Hauptadern seien die Flächenadern zu stärken. Zum weiteren klimagerechten Ausbau des ÖPNV in der Fläche bedürfe es in Ergänzung der Finanzmittel der Länder u.a. einer weiteren Anhebung und Verstärkung der Regionalisierungsmittel. Für das ambitionierte Ziel der Klimaneutralität bis 2045 sei der Ausbau von Lade- und Wasserstoffinfrastrukturen in der Fläche voranzutreiben. Gestärkt werden muss nach Auffassung des Verbands auch die Verantwortung der Landkreise als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für die Bewirtschaftung sämtlicher Siedlungsabfälle.

Stichwort Klimaschutz: Die besonderen Belastungen der Bevölkerung in den Landkreisen seien durch steuerliche Entlastungsmaßnahmen sowie durch Infrastrukturverbessernde Maßnahmen auszugleichen. Der Bund solle ferner dafür sorgen, dass die mit dem Klimaschutz und der Erzeugung erneuerbarer Energien verbundenen Wertschöpfungspotenziale unmittelbar in den betroffenen ländlichen Räumen realisiert werden können. Dazu seien die Chancen der Sektorkopplung bei der Windenergieerzeugung sowie der Wasserstoffwirtschaft zu nutzen. Durch die gezielte Ausrichtung und Förderung von Wasserstofftechnologien sollten gerade in der Fläche Erneuerbare Energien, Mobilität und Wärmeerzeugung gekoppelt und regionale Energiekreisläufe und Wertschöpfung ermöglicht werden.

### Vision für 2040

In seiner europapolitischen Ausrichtung sollte der Bund die ländlichen Räume insgesamt stärker in den Fokus rücken und den Prozess der „langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete bis 2040“ aktiv mit eigenen Vorschlägen und Initiativen begleiten, heißt es weiter. Zudem müssten die EU-Programme zum Wiederaufbau nach der Pandemie kommunale Investitionen unterstützen. Um die kommunalen Haushalte nicht noch stärker unter Druck zu setzen, sollten zur Kompensation nationale Mittel eingesetzt werden, um die Kommunen bei der Erbringung ihres Eigenmittelanfalls zu entlasten.

Themawechsel. Nach der verheerenden Flutkatastrophe ist es nach Meinung des Deutschen Landkreistags wichtig, den Wiederaufbau möglichst schnell, aber auch klimafolgenangepasst zu organisieren. Präsident Sager zufolge „begrüßen wir, dass der Bund und die Länder umgehend ein milliardenschweres Aufbauhilfeprogramm beschlossen haben. Daneben braucht es nun eine Reihe von Maßnahmen zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir sollten jetzt den Rahmen für einen Wiederaufbau in Höchstgeschwindigkeit schaffen.“ Diese Ansätze für den Wiederaufbau im Ahrtal sollten darüber hinaus auch in der neuen Legislaturperiode eine Rolle spielen. „Denn generell gilt: Wir müssen in Deutschland bei Infrastrukturprojekten schneller werden.“

Für die von der Flut verwüsteten Orte sei es von zentraler Bedeutung, nach den unmittelbaren Hilfs- und Instandsetzungsmaßnahmen den Wiederaufbau der kommunalen Infrastruktur nachhaltig anzulegen und dabei auch die Anpassung an die

Klimafolgen mitzudenken. „Der Hochwasserschutz etwa muss ein maßgebliches Kriterium sein, um katastrophensicher zu planen und zu bauen.“

Zugleich seien Erleichterungen im Bau- und Planungsrecht notwendig, um eine schnellere Realisierung zu befördern. Dazu zählten Erleichterungen bei den zugrundeliegenden Verfahren, z. B. zur Neuerrichtung von Ersatzbauten und baulichen Anlagen wie Schul- und Verwaltungsgebäude, Straßen, Brücken, Ver- und Entsorgungsleitungen. Sager: „Vereinfachte Genehmigungsverfahren sind hier das Stichwort. Auch sollte auf bereits erteilte Genehmigungen zurückgegriffen werden können. Sonst vergeht einfach zu viel Zeit. Das kann man den betroffenen Menschen nicht erklären.“ Gleiches gelte für die viele Jahre dauernden Planfeststellungsverfahren.

### Straffen und vereinfachen

Weitere Punkte seien Fristverkürzungen und die Straffung der Rechtsschutzmöglichkeiten beim Wiederaufbau nach Katastrophen. „Klageverfahren sollten auf die tatsächlich Betroffenen und eine Instanz beschränkt werden, deren Entscheidung dann abschließend ist und gegen die nicht weiter monatelang und jahrelang vorgegangen werden könnte.“

Auch müssten die Landkreise dauerhaft die Möglichkeit erhalten, im Rahmen von Planungsverfahren digitaler zu werden, vor allem mit Blick auf Beteiligungsprozesse. „Das muss im Jahr 2021 digital und zügiger vorantreiben.“ Ferner seien Beschaffungsvorgänge für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsvorgaben in den Katastrophengebieten zu

nennen. Auch hier gehe es darum, zu straffen, zu vereinfachen und Ausnahmen zuzulassen.

Klare Aussagen von den Ländern erwartet das Präsidium des Deutschen Landkreistags, wenn es um die Finanzierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler geht. Wie Reinhard Sager betonte, „müssen die Länder nun nachholen, worum sie sich während des Gesetzgebungsverfahrens herumgedrückt haben: das Bekenntnis, diese neue Milliardenaufgabe gegenüber ihren Landkreisen und Städten zu finanzieren. Dabei sollte ihnen die Kostenbeteiligung des Bundes helfen, die im Vermittlungsverfahren noch einmal erhöht worden ist. Die Länder müssen jetzt aus der Deckung kommen.“

### Neue Rechtsansprüche

Der Präsident wies erneut darauf hin, dass sich gerade die Betriebskosten sehr dynamisch entwickeln würden. Es gehe bei den laufenden Ausgaben um einen Betrag von rund 4 Mrd. Euro pro Jahr. „Ducken sich die Länder an dieser Stelle weiterhin weg, kann uns das vor Ort das Genick brechen. Deshalb appellieren wir an die Länder, ihre Zusagen zügig abzugeben und damit ein Signal der Entspannung in Richtung ihrer Kommunen zu senden.“

Die Landkreise litten sehr darunter, dass neue Rechtsansprüche kommunale Dauerlasten verursachten, die nicht oder nicht vollständig von den Ländern als Verantwortliche ausgeglichen würden: „Am Ende sind wir in finanzieller Hinsicht meist die Leidtragenden. Das kann so nicht weitergehen“, so der DLT-Präsident abschließend. **DK**

## Ehrenamt ist ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Werkstatt eine soziale Plattform für nachhaltige Technik. Naturwissenschaftlich interessierte Menschen finden hier ein breites Themenspektrum, in dem sie sich gemeinsam mit anderen verwirklichen können. Dabei spielen soziale Aspekte für den Verein eine große Rolle. Er arbeitet mit dem Ziel einer generationenübergreifenden technisch-kulturellen Bildung mit Inklusion von Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligten Menschen. Deshalb hat sich der Verein auch mit anderen Einrichtungen, wie Jugendzentrum oder Mehrgenerationenhaus, vernetzt.

### Die Retter von Morgen

Ohne Berührungängste planen und organisieren „Die Retter von Morgen“ aus Augsburg und Umgebung gemeinsame Ausbildungen, Übungen und Aktionen. So wurden etwa 24- bzw. 48-Stunden-Jugendübungen mit realistischer Unfalldarstellung durchgeführt, durch die die jungen Menschen auch Aufmerksamkeit und Verständnis für die Arbeit der Hilfsorganisationen in der Öffentlichkeit geweckt haben.

Die Initiative „Fürth.Ort“ setzt sich dafür ein, dass in der 2020 frei gewordenen Alten Feuerwache in Fürth ein Nachhaltigkeits- und Zukunftszentrum entsteht. Ziel dieses Netzwerkes ist es, verschiedene Initiativen, Kreative und Künstler aus allen Lebensbereichen zusammenzubringen und gemeinsame Räume für diese Initiativen zu schaffen. Die Initiative zielt auf Bürgerbeteiligung und hat erreicht, dass aufgrund eines Stadtratsbeschlusses von der Stadtverwaltung ein entsprechendes Konzept für die zukünftige Nutzung der Alten Feuerwache entwickelt werden soll.

In herausragender Weise haben Bürgerinnen und Bürger im schwäbischen Oberdorf und Martinszell (Ortsteile von Waltenhofen) Eigenverantwortung für ihr Dorf übernommen. Als das letzte Wirtshaus und der letzte Tante-Emma-Laden am Ort zusperrten, packten sie

selbst mit vielen Ideen und Leidenschaft an. Im Zentrum des 2014 gegründeten Vereins steht der in ehrenamtlicher Arbeit umgebaute ehemalige Bahnhof als Dorftreff mit Bistro und Kleinkunsthöhle. Dabei hat sich die Interessengemeinschaft ein breites Themenspektrum auf die Fahnen geschrieben und stetig fortentwickelt: Dorfgestaltung, Infrastruktur, Klimaschutz, soziales Miteinander und Kultur am Ort zählen dazu.

Im gemeinsamen Projekt „Junior Demenzbegleiter“ der Malteser Jugend und des Demenzreferats des Malteser Hilfsdienstes e.V. im Bezirk Oberbayern sollen demenziell erkrankte Menschen von Jugendlichen begleitet werden. Diese werden durch entsprechende Schulungen für das Thema Demenz sensibilisiert. Ziel des Projekts ist es, den demenziell veränderten Menschen durch das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen Anteil am gesellschaftlichen Leben zu schenken. Gleichzeitig soll es den Jugendlichen bereits in ihrem Alter ermöglicht werden, Berührungängste abzubauen und ihre sozialen Kompetenzen zu erweitern.

### Digitalisierte Prozesse

Für das Projekt „Digitalisierte Prozesse im Sportverein“ wurde der Sportverein K.F.F. Mettenheim im Landkreis Mühldorf ausgezeichnet. Dieser hat sich nicht nur den Fußball und soziales Engagement, sondern auch die moderne Organisation des Vereinslebens auf die Fahnen geschrieben. Vor rund vier Jahren implementierte er eine interaktive Management-System-Software. Mit diesem Tool zu den Themen Prozess-, Qualitäts- und Wissensmanagement werden etwa Protokolle und Aufgaben digital organisiert. Gleichzeitig analysiert der Verein damit auch Stärken und Schwächen, entwickelt seine Strategie für die Ausrichtung des Vereins und plant anhand von Fakten.

Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung sollen beim Inklusionsprojekt „Schwimmen lernen für ALLE“ der Stif-

### Talente vermehren

Mittlerweile erfolgreich umgesetzt hat das Freiwilligenzentrum „mach mit!“ des Caritasverbandes im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim seine Idee „Talente vermehren“. Das Zentrum startete ein Experiment mit Schülern, das das biblische Gleichnis vom Vermehren der anvertrauten Talente als Grundidee hat. Das Projekt wurde mit einer Schulklasse im Unterricht geplant und in der Freizeit in Kleingruppen praktisch durchgeführt. Die Schüler sollten ganz eigenständig mit einem Startkapital von 20 Euro ehrenamtlich aktiv und produktiv werden. Das vermehrte Geld aus den entstandenen Aktionen wurde am Ende wieder einem guten Zweck zugeführt. Bei diesem Projekt geht es also nicht darum, Geld zu vermehren.

Der „Treffpunkt Ehrenamt“, Koordinierungszentrum für bürgerschaftliches Engagement im Landkreis Cham, hatte die Idee für ein präventives Projekt im Bereich Demenz namens „Demenzverzögerer ‚Woah! as no?‘“ entwickelt. Hintergrund ist, dass laut einer Studie Demenz hinauszögert werden kann, wenn man sich mit den Risikogruppen frühzeitig beschäftigt und zum Beispiel deren kognitive Fähigkeiten kontinuierlich fördert und trainiert. Ehrenamtliche des Landkreises sollen entsprechend geschult werden und sich dann um die Senioren kümmern.

„Wir sehen in dieser Zeit mehr denn je, wie wichtig das Ehrenamt für unsere Gemeinschaft und unser Zusammenleben ist. Ehrenamt ist keine Nebensache. Was Ehrenamtliche leisten, ist unverzichtbar für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt“, bekräftigte Trautner abschließend. **DK**

## Neue Dimensionen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

erst 25 Kommunen in Bayern mit dem Zertifikat „Digitales Amt“ des Bayerischen Digitalministeriums ausgezeichnet wurde.

Schnell machte deutlich, dass auf Kommunen immer mehr die Aufgabe zukommen werde, „für den Ausgleich zwischen digitaler und analoger Welt zu sorgen bzw. sich dieser Thematik anzunehmen“. „Denn in unseren Städten und Gemeinden treffen diese beiden Welten direkt aufeinander, und hier zeigen sich auch am deutlichsten deren Auswirkungen – sowohl positiv wie auch negativ.“

Wie Regierungsdirektor Bernd Geisler vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat erläuterte, sei Bayern ist mit seiner im März 2020 in Kraft getretenen Bayerischen Gigabitrichtlinie europaweit Vorreiter bei der Förderung in Gebieten, wo bereits schnelles Internet mit mindestens 30 Mbit/s verfügbar ist (sog. graue Flecken). Für die bayerischen Kommunen bestünden damit beste Rahmenbedingungen, um den Ausbau der High-speed-Netze voranzutreiben.

### Bayerische Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie

Im Zuge der bayerischen Breitbandförderung habe der Freistaat seit 2014 3.051 Förderbescheide übergeben und 1.815 Gemeinden rund 1,2 Milliarden Euro Förderung zugesagt, wobei der kommunale Eigenanteil 330 Mio. Euro betrage. 800.000 Haushalte würden erschlossen, davon über 155.000 direkt mit Glasfaser. Der Erfolg der vergangenen Jahre ist im Bericht Digitalinfrastruktur in Bayern 2021 mit regionalen Zahlen und Grafiken dargestellt ([www.schnelles-internet-in-bayern.de](http://www.schnelles-internet-in-bayern.de)).

Am 1. August 2021 ist die neue bayerische Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie (KofGibitR) zur

Erschließung von Haushalten in grauen NGA Flecken in Kraft getreten. Besonders mit einer kombinierten Markterkundung von Bundesverfahren und bayerischer Gigabitrichtlinie können die Möglichkeiten beider Verfahren nach Geislers Worten bestmöglich ausgeschöpft werden. Nur mit der Verwendung von Bundesfördermitteln in Verbindung mit bayerischer Kofinanzierung werde eine flächendeckende Gigabitversorgung in Bayern zu erreichen sein.

Mit Blick auf das Thema „Eigenwirtschaftlicher Ausbau und Gemeinden“ riet Direktor Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag vom Abschluss von Kooperationsvereinbarungen ab, da wettbewerbsrechtliche Schadensersatzansprüche gemäß § 9 Satz 1 UWG drohten, und grundsätzlich zulässige Unterstützungsmaßnahmen wie z.B. das Bereitstellen von Strukturdaten durch eine vertragliche Zusicherung zu Beihilfen werden könnten. Möglich seien rein wegerrechtliche Vereinbarungen, da sie keine Kooperationen im engeren Sinne darstellten.

Unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorgeaufgabe Gigabitnetze könnten Gemeinden jedoch allgemein Daten zur Verfügung stellen, die TK-Unternehmen bei ihrer Ausbauteilnahme unterstützen, ihre wegerechtlichen und straßenverkehrsrechtlichen Prozesse für einen effizienten Ablauf optimieren sowie in der Bevölkerung Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Bedeutung von Gigabitnetzen betreiben.

In Ausgabe 24/2021 unserer Zeitung (Erscheinungsdatum: 16. Dezember) wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht. Unter [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de) können demnächst bereits freigegebene Vorträge mit dem Passwort „Das breite Band“ heruntergeladen werden. **DK**

GVB und SVB:

# Gemeinsame Leitplanken für künftige Bankenpolitik

Die politische Landschaft formiert sich neu. Es gilt, Rahmenbedingungen zu definieren, innerhalb derer Wirtschaft, Banken und Sparkassen ihre volkswirtschaftliche Wirkkraft am besten entfalten können. Vor diesem Hintergrund haben der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) und der Sparkassenverband Bayern (SVB) in einem gemeinsamen Pressegespräch „Leitplanken für eine überzeugende wirtschaftliche Entwicklung“ formuliert.

Gemeinsam setzen sich GVB und SVB für folgende Leitlinien ein:

**1. Starker Mittelstand:** Der Mittelstand prägt den Wirtschaftsstandort. Er schafft Ausbildungs- und Arbeitsplätze, ist Innovations- und Wachstumstreiber. Wer diesen Erfolgsfaktor will, muss die regionale mittelständische Finanzstruktur leistungsfähig erhalten. Das Miteinander von mittelständischer Real- und Finanzwirtschaft sichert den Wohlstand für die Zukunft.

**2. Tragfähige Nachhaltigkeit:** Nachhaltigkeit – hinter der die regionalen Kreditinstitute in Bayern stehen – muss marktwirtschaftlich tragfähig sein, um ökologisch wirksam zu werden. Sie lässt sich nicht über ständige Eingriffe, Verbote und Gebote erreichen. Banken und Sparkassen sind gerne Lotsen der Nachhaltigkeit. Die Verantwortung für den Umbau der Wirtschaft muss vorrangig bei den Wirtschaftsunternehmen selbst bleiben. Die Politik kann den Weg weisen, Impulse und Anreize setzen. Es ist nicht ihre Aufgabe, über Produkte und Leistungen zu entscheiden. Das kann der Markt besser.

**3. Konsequente Subsidiarität:** Regionale Strukturen in der Wirtschaft und im Finanzbereich sorgen für Stabilität und Wachstum. Kleinteilige Strukturen brauchen einfache und praktikable Regeln statt überbordender gleichmachender Bürokratie. Daher gilt es auch, das Drei-Säulen-System zu bewahren und ebenso die bewährten Institutssicherungssysteme in Deutschland zu erhalten. Im Rahmen der europäischen Bankenunion muss der Fokus auf den Abbau von Risiken gerichtet werden. Eine Zentralisierung der Risiken über eine gemeinsame europäische Einlagensicherung ist abzulehnen. Kunden der regionalen Kreditinstitute brauchen sie nicht.

**Verbraucher nicht entmündigen**

**4. Echter Verbraucherschutz:** Verbraucherschutz muss vor Betrug und unseriösen Geschäftspraktiken schützen. Er darf aber Verbraucher nicht entmündigen. Politik muss die Folgen von Markteingriffen bedenken: Verbotsorgien wie Preisdeckel auf Dispozinsen, Preisdeckel auf Gebühren für Geldautomaten oder

ein Verbot der Provisionsberatung können Verbraucherinteressen zuwiderlaufen. Ein Preisdeckel auf Geldautomatengebühren könnte zu einem Ausdünnen des Automatenetzes führen mit negativen Folgen für die Bargeldversorgung. Ein Zwang zur Honorarberatung würde de facto weite Teile der Verbraucherinnen und Verbraucher von Finanzberatung abschneiden, die keine teuren Beratungsleistungen in Anspruch nehmen können.

**Regulierungslasten abbauen**

**5. Corona-Jahre – lessons learned:** Wo haben sich Entlastungen in der Regulatorik bewährt und wo nicht? Es ist Zeit, Lehren aus den vergangenen 18 Monaten zu ziehen. Ein einfaches Zurück zur regulatorischen Situation vor Beginn der Pandemie darf es nicht geben. Regulierungslasten müssen jetzt dort weiter abgebaut werden, wo ihre relative Belastung am höchsten und das Risiko am niedrigsten ist.

**6. Solide Zukunftspolitik:** Die Politik muss die Grenzen ihrer Handlungswirksamkeit erkennen. Sie muss den Hebel an der richtigen Stelle ansetzen und Ursachen von Missständen bekämpfen, nicht allein die Symptome. So sorgt eine solide Fiskal-, Steuer- und Wirtschaftspolitik für Stabilität und Freiräume. Die Negativzinspolitik der EZB nimmt dagegen Reformdruck und führt

in die Verschuldung. Das angebrochene Jahrzehnt muss zum Reformjahrzehnt werden – besonders im Sinne der jungen Generation.

Wie GVB-Präsident Jürgen Gros im Münchner Presseclub feststellte, werde das politische München im Bund in Zukunft voraussichtlich „weniger eine Rolle spielen“. Umso wichtiger sei es, dass die Stimme der Wirtschaft in der Bundeshauptstadt hörbar bleibe. Innerhalb der sechs Leitplanken müsse die mittelständische Wirtschaft mit Unterstützung der regionalen Kreditinstitute ihre volkswirtschaftliche Wirkkraft entfalten können. Willkürliche Markteingriffe, Dirigismus und planwirtschaftliche Ansätze seien mit einem freien Markt nicht vereinbar. „Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen die alles umfassenden Klammern bleiben“, mahnte Gros.

**Stabilität des Finanzplatzes**

Nach Ansicht von SVB-Präsident Prof. Ulrich Reuter muss die Gesellschaft ein Interesse an der Stabilität des Finanzplatzes haben, „denn der Finanzsektor ist das Bindeglied zur Realwirtschaft und die Regionalbanken sind das Scharnier zum vielfältigen deutschen Mittelstand. Wenn die Politik möchte, dass das Drei-Säulen-Modell auch künftig mittelständische Wirtschaftsstrukturen und über den Wettbewerb auch die Verbraucherinteressen stärkt, muss sie die Grundlagen dafür legen und sie auch weiter pflegen.“ Als öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Säulen hätten sie ein besonderes Gewicht für die flächendeckende Versorgung mit



V.l.: GVB-Präsident Jürgen Gros gemeinsam mit SVB-Präsident Prof. Ulrich Reuter.

Bild: CH

Finanzdienstleistungen für Bevölkerung und Mittelstand.

**Starke Bankenverbände**

Zusammen repräsentieren die beiden Bankenverbände 286 regionale Kreditinstitute (64 Sparkassen, 222 Volks- und Raiffeisenbanken) und ein Drittel der Bilanzsumme aller bayerischen Banken. Sie verwalten 46 Prozent aller Bankeinlagen und reichen 60 Prozent aller Wohnungsbaukredite im Freistaat aus. Die Dienste von Sparkassen und Genossenschaftsbanken nehmen bei der Kreditaufnahme 92 Prozent die bayerischen Handwerksbetriebe in Anspruch, bei den Landwirten sind es 95 Prozent.

Der Mittelstand werde sich in den kommenden Jahren zunehmend nachhaltig ausrichten und seine Investitionen und Prozesse konsequent nach den Vorgaben des Green Deals der EU-Kommission ausrichten müssen, betonten die Präsidenten. Die regionalen Kreditinstitute seien bereit, die ökologische Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft mitzufinanzieren. Im Vordergrund stünden nicht nur grüne Investments, sondern der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei müssten aber auch die regulatorischen und aufsichtlichen Voraussetzungen für Unternehmen wie die Banken stimmen. **DK**

bayern.vr.de

**Für Kunden da sein heißt auch dort sein.**

**Morgen kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.

Wir nutzen unser innovativstes Tool schon seit über 170 Jahren: echte Nähe. Denn nichts geht über persönlichen Kontakt vor Ort. Okay, wir bieten natürlich auch Online- und Mobile Banking, Apps sowie mobiles Bezahlen mit unseren Digitalen Karten. Wir sind ja nicht von gestern.

**Volksbanken Raiffeisenbanken**

KGSt®-Forum 2021:

## Innovationen gemeinsam gestalten

Ein vielseitiges Programm mit über 90 Fachveranstaltungen verzeichnete das diesjährige KGSt®-Forum in Bonn. Zum ersten Mal fand der dreitägige kommunale Fachkongress als Präsenzveranstaltung sowie in digitaler Form statt. Alle drei Jahre wird er von der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) veranstaltet.

Ob Digitalisierung, neue Arbeitswelten, Agilität oder nachhaltige Haushaltssteuerung, ob Open Source, Klimaschutz, Kommunalfinanzierung, kommunale Entwicklungspolitik, Stellenbewertung 3.0 oder kreatives Personalmarketing: Auf dem KGSt®-Forum 2021 standen spannende kommunale Zukunftsthemen im Mittelpunkt.

### Vision 2050

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung unter dem Motto „Innovationen gemeinsam gestalten“ begrüßten die Bonner Oberbürgermeisterin Katja Dörner und der KGSt-Verwaltungsratsvorsitzende Prof. Dr. Hans-Günter Henneke die Gäste, ehe Zukunftsforscher Kai Gondlach die Zuschauer ins Jahr 2050 entführte. Zumindest für den globalen Norden gebe es aus der Perspektive des Jahres 2050 keine Notwendigkeit für Wachstum, betonte Gondlach. Damit sei der Trend der Urbanisierung als Marketinglüge enttarnt. Stattdessen sei der schon seit den 2020er Jahren zu beobachtende Zugang in die Peripherie das wichtigere Thema. Im Jahr 2050 würde es kein Land mehr geben, denn die Stadt sei gleichzeitig Land.

Rathauschefin Katja Dörner hob die Bedeutung der Corona-Pandemie hervor. Sie habe deutlich gemacht, was die kom-

munale Verwaltung beispielsweise auf der Ebene des Krisenmanagements leisten könne. Gleichzeitig habe sich auch gezeigt, was noch getan werden muss. Die Pandemie sei ein Katalysator für Themen wie Home Office oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die die kommunale Familie schon länger beschäftige.

„Wenn wir über Innovationen in der öffentlichen Verwaltung reden, geht es nicht nur um technische Weiterentwicklungen, sondern zuerst um das Ziel, wo wir hinwollen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke auch mit Blick auf den Verwaltungsrat der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, dessen Vorsitzender er seit 2016 war. Nach insgesamt 25 Jahren in verschiedenen KGSt-Gremien erschien es ihm nun an der Zeit, die Verantwortung in andere, ebenso bewährte Hände zu legen.

### Fast ein Familientreffen

Aus Hennekes Sicht ist das Forum schon fast so etwas wie ein Familientreffen, das alle Kommunen aus Stadt und Land vereine. Stets sei es der KGSt gelungen, wichtige Hilfestellungen für die Verwaltungen von Landkreisen, Städten und Gemeinden anzubieten und neue Ent-

wicklungen anzustoßen. „Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich einen Beitrag dazu leisten konnte, dass die KGSt heute da steht, wo sie steht.“

Es gehe nun weiterhin darum, Innovationen gemeinsam zu gestalten: „Wir brauchen Erneuerung, vor allem brauchen wir aber gemeinsam und jeder für sich eine gründliche Selbstvergewisserung, wo wir eigentlich stehen. Auf dieser Grundlage ist die KGSt mit ihrer fachlichen Kapazität in der Geschäftsstelle, vor allem aber im organisierten interaktiven Austausch der Mitglieder von jeher ein großer Innovationstreiber.“

### Vernetzung und Verknüpfung von Verwaltungsleistungen

Henneke erinnerte an das Neue Steuerungsmodell, die Nutzerorientierung, die Schaffung digitaler Basisinfrastrukturen, die Entwicklung neuer Arbeitsprozesse und Arbeitsformen sowie neue Möglichkeiten der Vernetzung und Verknüpfung von Verwaltungsleistungen. „In der Daseinsvorsorge der Zukunft sind wir in den Bereichen Gesundheit, Schule oder Mobilität, aber auch in der Ordnungsverwaltung mitten in sich rasant beschleunigenden Veränderungsprozessen. Innovationsbedarf und Innovationspotenzial gibt es also genug.“

Zu beachten sei dabei auch immer das Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Dies sei gerade mit Blick auf die dezentrale Struktur Deutschlands

und den großen Anteil ländlicher Räume von nicht zu unterschätzender Bedeutung: „Für alle diese Kommunen soll und will die KGSt passfähige alltagstaugliche Lösungen erarbeiten. Das war schon immer eine herausfordernde Aufgabe und wird es auch bleiben. Umso mehr muss die KGSt weiterhin ihr gesamtes kommunales Gestaltungspotenzial nach innen erschließen, um dadurch die kommunale Selbst-

verwaltung zu stärken und aktive Zukunftsgestaltung aus der kommunalen Gemeinschaft heraus zu betreiben.“

Dem stünden Zentralisierungstendenzen auf Bundesebene etwa bei Themen Katastrophenschutz, Gesundheitsversorgung oder digitale Verwaltung ebenso entgegen wie die immer stärker anzutreffende Verwischung von Verantwortung im Bundesstaat. „An die-

sen Stellen muss man besonders wachsam sein und immer wieder die kommunale Fahne hochhalten“, unterstrich Henneke, „denn Innovationen im Verwaltungsbereich, kraftvolle Aufgabenerfüllung und bürgernahe Dienstleistungen wird es immer nur mit und nicht gegen die Kommunen geben können“. Er zeigte sich überzeugt, dass dies die Richtschnur der KGSt bleiben werde. **DK**

### BVK Zusatzversorgung:

## 2020 trotz Corona krisenfest und leistungsstark

Im Oktober ist der Verwaltungsrat der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden – BVK Zusatzversorgung – nach einer knapp 24-monatigen „Präsenzpause“ erstmals wieder zu einer Präsenzsitzung im H4 Messehotel in München-Riem zusammengetreten. Der Jahresabschluss für das Jahr 2020 wurde vom Verwaltungsrat zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenso wie der dazugehörige Lagebericht und die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2022. Der Verwaltungsrat erteilte der Geschäftsführung die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020.

Dieses war auch bei der BVK Zusatzversorgung stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wechselten Mitte März 2020 – zu Beginn des bundesweiten Lockdowns – ins Homeoffice. Dass der Geschäftsbetrieb erfolgreich aufrechterhalten werden konnte, ist in erster Linie der Verdienst der Beschäftigten der BVK Zusatzversorgung. Zwar kam es durch den Lockdown zu Einschränkungen beim Außendienst und im Kundencenter, jedoch konnten weggefallene Präsenzkontakte durch die Nutzung neuer digitaler Kanäle und Online-Angebote sowie durch verstärkten Telefonservice gut aufgefangen werden.

Der leichte Einnahmewachstum von rund 62 Mio. Euro resultierte vor allem aus dem Anstieg der Versicherungsverhältnisse in der Pflichtversicherung um rund 40.000 oder 2,6 % auf nun 1.544.219. In der freiwilligen Versicherung (PlusPunktRente) wurden insgesamt 1.094 Neuabschlüsse erzielt – im Vergleich zu 1.074 Neuabschlüssen im Jahr 2019. Den Neuabschlüssen standen nahezu genauso viele neue Rentenfälle gegenüber. Bei der freiwilligen Versicherung (PlusPunktRente) stieg der Vertragsbestand geringfügig auf insgesamt 44.560 Verträge an.

Bei der Betreuung der Versicherten wird die BVK Zusatzversorgung zukünftig verstärkt auf

ihre Versicherten-Portale setzen – sowohl bei der Pflichtversicherung als auch bei der freiwilligen Versicherung (PlusPunktRente). Die Basisentwicklung des Portals, das direkt im Internet erreichbar ist, wurde bereits Ende 2020 abgeschlossen. Seit Februar diesen Jahres können sich Versicherte für die Nutzung des Portals anmelden.

### Mehr Kundenbindung durch Online-Versicherten-Portal

Das Portal ist als Informations- und Serviceplattform angelegt, die den Versicherten nicht nur einen aktuellen Überblick ihrer Altersvorsorge-Situation bietet, sondern zum Beispiel auch die Online-Erstellung eines maßgeschneiderten Angebots der PlusPunkt Rente ermöglicht. Zur Erläuterung des Portals wurde ein Kurzvideo produziert, das auf der Internetseite der BVK Zusatzversorgung und bei YouTube gestreamt werden kann. Die Funktionalitäten des Versicherten-Portals werden kontinuierlich erweitert. **□**

### BayernLB:

## Nachhaltige Ausrichtung auch im Immobiliengeschäft

Die BayernLB richtet sich im Rahmen ihrer Fokussierung zukunftsfähig aus und fördert durch geschäftspolitische Entscheidungen und langfristige Zielsetzungen auch in ihrem Wachstumssegment Immobilien ein aktives nachhaltiges Geschäftsmodell.

Die BayernLB übernimmt Verantwortung durch die Begleitung nachhaltiger Transformations- und Innovationsprozesse in der Realwirtschaft. In enger Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der Immobilienbranche engagieren sich die BayernLB und ihre Immobilientöchter, um Transparenz mit Blick auf relevante Nachhaltigkeitskriterien und Steuerungsgrößen zu fördern und fest in den Transaktionsprozessen zu verankern. In Kooperation mit politischen Entscheidungsträgern, Branchenführern, Kunden, NGOs und weiteren Stakeholdern fördert die BayernLB den Übergang zu einer nachhaltigen und treibhausgasarmen Wirtschaft und unterstützt entsprechend geändertes Verhalten.

### Ambitionierter Plan

„Mit Blick auf die Transformation unseres Kundenportfolios im Immobilienbereich haben wir uns einen Meilensteinplan für die kommenden Jahre vorgenommen. Wir werden unseren Portfolioanteil an ESG-konformen Finanzierungen gegenüber den Werten des Jahres 2020 bis 2024 deutlich erhöhen. Dies erreichen wir insbesondere durch Zugrundelegung konkreter Nachhaltigkeitsparameter in der Immobilienfinanzierung, die sich an der EU-Taxonomie orientieren. Gleichzeitig haben wir eine adäquate Risikosteuerung implementiert, mit dem Ziel eines gut diversifizierten und beherrschbaren ESG-Risikoprofils in unserem Immobilienkreditportfolio“, erläutert Gero Berg-

mann, Vorstandsmitglied der BayernLB.

Die BayernLB präsentierte ihr Konzernnetzwerk auf der internationalen Gewerbeimmobilienmesse Expo Real unter dem Motto „360° RealEstate“ in der Neuen Messe München. Das Produktangebot reichte von der Projektentwicklung und Bewertung über Mezzanine-Beteiligung bei Projektentwicklungen und der Finanzierung bis zu Facility-Management und Immobilien-Assetmanagement. Unter dem Label „360° RE“ ist diese Immobilienkompetenz im BayernLB-Konzern gebündelt. So können die Kunden effizient in allen Belangen der Gewerbeimmobilie unterstützt und je nach Wunsch umfassend oder modular begleitet werden.

### Standorte-Strategie

Ein besonderes Augenmerk legt die BayernLB auf die europäischen Immobilienmärkte, wo sie mit Niederlassungen in London, Paris und Mailand gut aufgestellt ist. Darüber hinaus ist die BayernLB auch im nordamerikanischen Markt aktiv und baut ihre Präsenz dort weiter aus. Die Immobilienstützpunkte im Inland in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und Berlin komplettieren die 4+4-Standorte-Strategie des Immobilienbereichs.

Auch die Ansprechpartner aus den Inlandsbüros standen auf der Expo Real wieder für Gespräche und zum Austausch über die Immobilienmärkte zur Verfügung. **□**



**Starke Partnerschaft.**

**Wir sind für Bayerns Kommunen da**  
Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur **Fortschrittsfinanzierung** – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen. Erfahren Sie mehr unter [bayernlb.de/oeffentliche\\_hand](http://bayernlb.de/oeffentliche_hand)

**Bayern LB**  
Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

### Kapitalanlagen und Investitionen

Vor allem im ersten Halbjahr 2020 verursachte die Corona-Pandemie an den Finanzmärkten unerwartete und oftmals turbulente Entwicklungen. In dieser Situation kam es der BVK Zusatzversorgung zugute, dass ihre Kapitalanlagen unter dem Dach der Bayerischen Versorgungskammer professionell und weitsichtig gemanagt werden. Da zum Beispiel die Immobilienmärkte zeitweise nahezu zum Stillstand kamen, wurden Investitionsschwerpunkte kurzfristig verlagert. Die im Frühjahr stark gefallenen Börsenkurse wurden für Investitionen in Aktien genutzt, die sich als sehr lukrativ herausstellten. Insgesamt konnten Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von über 910 Mio. Euro erzielt werden. Über das gesamte Jahr wuchs der Bestand an Kapitalanlagen um rund 1,4 Mrd. Euro von rund 24,2 Mrd. Euro auf rund 25,5 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anstieg von 5,5 %.

### Bestandsentwicklung

Die Zahl der Mitglieder der BVK Zusatzversorgung erhöhte sich im Jahr 2020 um 27 auf 5.907. Die Einnahmen aus Umlagen und Beiträgen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 % und betragen knapp 1,9 Mrd. Euro. Die Zahl der Rentenbezieher stieg um 3,8 % von 303.998 auf 315.594. Dieser demographisch bedingte Anstieg der Rentnerzahlen wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen und ist in der Ausgabenpla-

DSGV-Pressekonferenz:

## „S-Mittelstands-Fitnessindex“

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland haben die Corona-Krise bislang besser überstanden als von vielen erwartet. Das zeigt der S-Mittelstands-Fitnessindex, für den Experten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) die Jahresabschlüsse von rund 300.000 anonymisierten Unternehmensbilanzen von Firmenkunden der Sparkassen ausgewertet, das Firmenkreditgeschäft der Sparkassen untersucht und Firmenkundenberater in ganz Deutschland befragt haben.

Laut DSGV-Präsident Helmut Schleweis zeigt die Analyse der Bilanzen von Unternehmen mit bis 250 Millionen Euro Umsatz, dass die Umsätze der Mittelständler insgesamt nur um rund 3 Prozent, und die Gewinne um gut 5 Prozent zurückgingen. Es wurde weiter Eigenkapital aufgebaut. Rechnerisch geben die Eigenkapitalquoten durch die noch stärker steigenden Bilanzsummen allerdings etwas nach.

Hohe Flexibilität

93 Prozent der Unternehmen

haben auch 2020 noch einen Gewinn erzielt. Trotzdem gab es in jeder Branche zum Teil harte Schicksale. Der Anteil der Unternehmen, die 2020 coronabedingt einen bilanziellen Verlust erlitten haben, beträgt im Durchschnitt knapp 7 Prozent. In den meisten Fällen reichten die Kapitalpuffer aus, um Verluste zu kompensieren. Bei nur 0,7 Prozent der Unternehmen überstiegen die Verluste das Eigenkapital und in rund der Hälfte dieser Fälle konnte durch Nachschüsse trotzdem ein positiver Eigenkapitalbestand erhalten werden. Wie Schleweis betonte, habe der deutsche Mittelstand, geprägt von der großen Wirtschaftskrise 2009, eine hohe Flexibilität entwickelt und eine starke finanzielle Robustheit erworben. Dies ziehe sich wie ein roter Faden durch die Ergebnisse der jährlichen Analysen. „Die insgesamt hohe Resilienz des deutschen Mittelstands ist somit bemerkenswert, aber – zumindest für uns – nicht überraschend“, so der Präsident.

Starkes Wachstum in allen Branchen erwartet

Unter der Annahme, dass es keinen weiteren Lockdown gibt, erwartet der DSGV für 2021 ein starkes Wachstum in allen Branchen. In einigen Branchen könne das Vorkrisenniveau in diesem Jahr aber noch nicht wieder erreicht werden. Das Gast-

gewerbe zum Beispiel werde mit rund 14 Prozent Umsatzwachstum in diesem Jahr nur einen relativ kleinen Teil seiner hohen Corona-Verluste wieder einspielen, während der Metall-, Maschinen- und Fahrzeugbau aufgrund der guten Exportlage und der wieder anziehenden heimischen Konjunktur deutliche Zuwachsraten verzeichnen kann. Hier spielten die intakten Wachstumstreiber und die technologische Spitzenposition der Unternehmen eine wesentliche Rolle. „Die Umsätze werden hier auch in den kommenden Jahren weiter wachsen“, prognostizierte Schleweis, „denn erstens ist das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht, und zweitens bedeutet der Umbau zu mehr Nachhaltigkeit kräftige Investitionen“.

IT- und Baubranche

In der IT-Branche werde die fortschreitende Digitalisierung weiterhin für stabiles Wachstum sorgen – getrieben zum Beispiel durch mehr Home-Office und durch den höheren Anteil von Software in industriellen Produkten und Anwendungen, unterstrich der DSGV-Chef. Die Baubranche bzw. der bauliche Handwerksbereich profitierten weiter von einer sehr guten Auftragslage. Allerdings behinderten aktuell die Materialknappheit und vor allem der Fachkräftemangel einen noch deutlicheren Umsatzanstieg.

Chemie- und Pharma-Unternehmen würden insbesondere von der Entwicklung im Bereich Gesundheit positiv beeinflusst. Pandemiebedingt werde vielerorts in neue Anwendungen investiert; dies bilde für die Branche die Grundlage für ei-

ne langfristig positive Entwicklung.

Rückschlüsse sind bei all diesen positiven Prognosen nicht auszuschließen, erklärte Schleweis. Zu den Risikofaktoren, die die Erholung zum Teil ausbremsen können, zählten die Knappheit an spezifischen Vorprodukten (Holz in der Baubranche und Chips für den Automobilbau), langwierige Genehmigungsverfahren und bürokratische Hemmnisse, sowie die Unsicherheit zum Fortgang der Pandemie und zur Wirksamkeit der Impfkampagnen.

Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft als Mammutaufgabe

„Wenn die Pandemie überwunden ist, steht mit dem Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft die nächste Mammutaufgabe an. Der Umbau zu mehr Nachhaltigkeit ist wahrscheinlich das größte Investitionsprogramm dieser Dekade“, fuhr der Präsident fort.

Firmenkunden der Sparkassen sehen diese Transformation überwiegend als Chance und ergreifen bereits konkrete Maßnahmen. Umfragen unter den Firmenkundenexperten der 371 Sparkassen belegen: Laut zwei Drittel der Befragten sehen ihre Firmenkunden den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft eher als Chance, nur für rund 20 Prozent überwiegen die Risiken. Mehr als die Hälfte der befragten Experten berichtet, ihre Firmenkunden hätten bereits konkrete Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel Investitionen in CO2-effiziente Produktionstechnologien. Ein weiteres Drittel der Experten weiß von Plänen ihrer Kunden für mehr

Nachhaltigkeit, die demnächst umgesetzt werden sollen.

„Überall in Deutschland begleiten Sparkassen ihre Firmenkunden auf dem Weg Richtung Nachhaltigkeit. Es geht jetzt darum, vor Ort alle auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen und die nötigen Investitionen zu finanzieren. Dafür stehen die Sparkassen bereit. Es kann und darf dabei aber nicht darum gehen, die guten von den anderen Unternehmen zu unterscheiden“, erklärte Schleweis.

Sparkassen-ESG-Score

Für die Beurteilung, wie nachhaltig Firmenkunden sind, stehe Sparkassen mit dem Sparkassen-ESG-Score ein zuverlässiges Modell zur Verfügung, das die durchschnittliche Betroffenheit einer Branche von Nachhaltigkeitsaspekten misst. Neben Treibhausgasemissionen gingen auch Aspekte wie angemessene Entlohnung und faire Bedingungen am Arbeitsplatz mit ein. Demnach weisen aktuell rund 20 Prozent der Branchen im Durchschnitt erhöhte bzw. hohe Nachhaltigkeitsrisiken auf.

„Kredite in Branchen mit erhöhten und hohen Nachhaltigkeitsrisiken erfordern in Zukunft eine besondere Begründung. Bei der Einschätzung von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit zählt sich die Nähe der Sparkassen zu ihren Kunden besonders aus. Nur mit einem tiefen Verständnis des Geschäftsmodells eines Unternehmens lassen sich Entwicklungspotenziale erkennen und Nachhaltigkeitsrisiken treffsicher beurteilen“, hob Schleweis hervor. DK

## Stadtsparkasse Augsburg pflanzt Zukunft

Auf einer Fläche von rund 7.300 qm in der Gemarkung Inningen werden über 2.000 Baumsetzlinge gepflanzt. Der neue klimaresistente Wald wird das klimarelevante Kohlendioxid binden und unterstützt so das Ziel der Stadtsparkasse bis 2030 klimaneutral zu werden. In den nächsten Jahren sollen weitere Baumpflanzungen auf verfügbaren Flächen stattfinden.

Oberbürgermeisterin Eva Weber äußert sich hocherfreut: „Eine wertvolle Investition in und für die Zukunft unserer Stadt. Meine Hoffnung ist, dass diese wegweisende Aktion der Stadtsparkasse Augsburg den Beginn für weitere Unternehmen oder

auch Privatleute markiert, ebenfalls Projekte zu unterstützen, die dem Erhalt unserer heimischen Wälder und unserer Umwelt dienen.“

„Die Stadtsparkasse Augsburg ist seit 1822 in der Region und für die Region tätig. Hier ge-

stalten wir die Zukunft mit und nehmen Verantwortung wahr. Das Aufforstungsprojekt ist einer unserer Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz, um die Schäden des Baumsterbens einzudämmen und kommt letztendlich allen, der gesamten Gesellschaft, zugute“, so Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier. Ihm liegt die Aufforstung auch persönlich am Herzen: „Ich bewege mich gerne in der Natur, sie ist für mich Heimat. Wälder sind von unschätzbarem Wert, gleichzeitig sind sie zunehmend diversen Bedrohungen ausgesetzt. Mehrere Trockenjahre in Folge und der dadurch begünstigte Borkenkäferbefall stellen nur zwei der Probleme dar, denen der Wald ausgesetzt ist.“

Pflanzung und Hintergrund

Die Bepflanzung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Forstverwaltung der Stadt Augsburg im Frühjahr 2022. Geplant ist ein Laubmischwald, der auch längere Trockenperioden und höhere Temperaturen aushält. Die Setzlinge stammen aus heimischen, gesicherten Herkünften. Finanzreferent Roland Barth und Forstamtsleiter Jürgen Kircher betonen in diesem Zusammenhang die vielfältigen Waldfunktionen wie Bodenschutz, Grundwasserschutz, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholung und CO2-Bindung in Form von Holz. Hinzu kommt, dass Holz einer der wichtigsten nachwachsenden Rohstoffe ist, der ökologisch erzeugt wird und viele positive Folgewirkungen in sich birgt. Voraussetzung ist eine naturnahe, nachhaltige Forstwirtschaft, die im Augsburger Stadtwald gelebt wird.

Fachgutachten

Das Aufforstungsprojekt füllt die gemeinsam von Finanzreferat und Umweltreferat auf den Weg gebrachte Beschlussvorlage „Lokale Ausgleichsmaßnahmen als Teil der Augsburger Klimaschutzstrategie“ weiter mit Inhalten. Dieses vom Augsburger Stadtrat im Mai einstimmig verabschiedete Vorgehen legt u. a. fest, dass die Stadtverwaltung ein System zum lokalen CO2-Ausgleich entwickeln soll. „Das heißt speziell für dieses Projekt, dass für den neuen Wald genau ermittelt wird, welche CO2-Bindewirkung er hat. Es wird also ein Fachgutachten erstellt, das abschließend auch zertifiziert wird“, so Umweltreferent Reiner Erben. □



Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Augsburg, und Oberbürgermeisterin Eva Weber. Bild: Hanna Heckemann, ssk

Bezirk Niederbayern:

## Erhebliche Mehrkosten für Landkreise befürchtet

Der Bezirk Niederbayern befürchtet erhebliche Mehrkosten bei der Finanzierung von dringend notwendigen Werkstattplätzen für Menschen mit Behinderung, weil sich der Freistaat Bayern sukzessive aus den Zuschüssen zurückzieht – und der Bezirk dies ausgleichen müsste. Der Sozialausschuss des Bezirkstags war sich deshalb einig, dass es bei dieser Frage ein bayernweit einheitliches Vorgehen braucht. Der Bezirk Niederbayern will diese „Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung für alle bayerischen Bezirke“ deshalb dem Bayerischen Bezirkstag sowie beim Zentrum Bayern Familie Soziales vortragen.

Im Kern geht es darum, dass das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales einen Antragsstopp für neue, ab 1.12.2020 zur Prüfung vorgelegte Werkstattprojekte beschlossen hat. Nicht gelöst ist allerdings die Frage, wie auf Seiten der bayerischen Bezirke mit nach dem 1.12.2020 neu anfallenden, dringenden Baumaßnahmen im WfbM-Bereich zu verfahren ist, zumal noch kein Zeitpunkt für eine Befristung des Antragsstopps bekannt ist.

Konkret heißt das für die Bezirke, dass sie die fehlenden Zuschüsse des Freistaats bei den davon betroffenen unaufschieb-

baren Baumaßnahmen ohne staatliche Förderung vollständig über die Investitionskosten finanzieren müssten. Diese Verschiebungen vom Freistaat hin zum Bezirk belasten langfristig die Landkreise als Umlagezahler erheblich.

„Sollte der Freistaat seine Förderung nicht beibehalten und zeitnah auszahlen, führt dies in den nächsten Jahren zu massiven Erhöhungen der Bezirksumlagen“, betont Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, der kritisiert, dass damit in Zukunft auf die gesamte kommunale Familie große finanzielle Mehrbelastungen zukämen. □



# Wie Sie Umwelt und Umsatz gerecht werden? Mit uns.

## Weil's um mehr als Geld geht.

Große Schritte gehen Sie am besten gemeinsam mit uns. Ob in eine grüne Zukunft, auf globalen Märkten oder in digitalen Welten – als starker Partner an Ihrer Seite unterstützen wir Sie bei allen Themen, die Ihnen wichtig sind. Mehr Infos auf [sparkasse.de/unternehmen](https://sparkasse.de/unternehmen)



# 70 Jahre LfA Förderbank Bayern

430.000 Darlehen an Unternehmen und Kommunen zugesagt  
Dr. Bernhard Schwab folgt Dr. Otto Beierl als Vorstandsvorsitzender

Die LfA Förderbank Bayern wird in diesem Jahr 70 Jahre alt und begeht das runde Jubiläum mit einer eindrucksvollen Erfolgsbilanz: Seit der Geschäftsaufnahme im Jahr 1951 hat die staatliche Förderbank den Mittelstand und die Kommunen in Bayern mit mehr als 430.000 zugesagten Darlehen und einem Fördervolumen von rund 82 Milliarden Euro unterstützt.

Die Anfänge der LfA standen im Zeichen des Wiederaufbaus Bayerns. Zunächst als Flüchtlingsbank und schon bald als Finanzierungspartner für den gesamten Mittelstand sorgt die LfA seither für Chancengleichheit auf der Finanzierungsseite. Mittlerweile unterstützt die Spezialbank jährlich im Schnitt rund 5.000 kleine und mittlere Unternehmen sowie Gründer mit Krediten, Risikoübernahmen und Eigenkapitalangeboten. Zur Stärkung des Wirtschaftsstand-

orts Bayern finanziert die LfA zudem auch Infrastrukturvorhaben. Im Corona-bedingten Ausnahmejahr 2020 profitierten sogar mehr als 11.200 Unternehmen und Kommunen von den Finanzierungshilfen der LfA.

## Amtseinführung und Verabschiedung

In der Feierstunde wurde zudem Dr. Bernhard Schwab, seit 1. September neuer Vorstandsvorsitzender der LfA, in sein Amt

eingeführt. Gleichzeitig wurde der langjährige Bankchef Dr. Otto Beierl (65) offiziell in seinen Ruhestand verabschiedet.

## Bayerische Erfolgsgeschichte

„70 Jahre LfA sind auch sieben Jahrzehnte bayerische Wirtschafts- und Erfolgsgeschichte. Mit ihrem umfassenden und passgenauen Förderangebot ist sie ein wichtiger Partner für bayerische Gründer, mittelständische Unternehmen und die Kommunen. Die LfA hat den Wandel Bayerns zum modernen Innovations- und Hightech-Standort wesentlich mitvorangetrieben und ist heute eine der tragenden Säulen der bayerischen Wirtschaftspolitik“, betonte Bayerns Wirt-

schaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger anlässlich des Jubiläums.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hob hervor: „Die LfA ist ein Traditionsinstitut und prägt seit 70 Jahren Bayerns wirtschaftliche Entwicklung entscheidend mit. Das Spezialkreditinstitut ist für die Wirtschaftsförderung in Bayern unverzichtbar. Die LfA bietet für viele bayerische Unternehmen nicht nur einen enorm wichtigen Rückhalt, sondern leistet mit ihrer Unterstützung bei Existenzgründungen und innovativen Investitionsvorhaben einen wertvollen Beitrag für Bayerns Zukunft. Der Freistaat kann auch künftig auf seine schlagkräftige Förderbank zählen.“

Gleichzeitig gratulierten die Minister dem neuen Vorstandsvorsitzenden. „Dank seines reichen und vielseitigen Erfahrungsschatzes ist die Leitung der LfA bei Dr. Bernhard Schwab weiterhin in guten Händen. Für die verantwortungsvolle und wichtige Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender wünsche ich ihm alles Gute und viel Erfolg!“, so Füracker.

## Strategisch wichtige Rolle

Dazu Aiwanger: „Die Bestellung von Dr. Bernhard Schwab ist eine gute Entscheidung für die LfA und die gesamte bayerische Wirtschaft. Inmitten der digitalen und ökologischen Transformation ist unsere staatliche Förderbank für die heimischen Betriebe und Kommunen der Garant, wenn es um nachhaltige Finanzierungshilfen geht. Mit Dr. Bernhard Schwab an der Spitze wird die LfA diese strategisch wichtige Rolle auch in Zukunft mit großem Erfolg ausüben.“

Schwab übernimmt das Ruder in Zeiten einer weiterhin hohen Nachfrage nach den Finanzierungshilfen der LfA. Die Förderbank hat die bayerischen Betriebe allein von Anfang Januar bis Ende August 2021 mit Darlehen in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro unterstützt. Diese investierten damit trotz Pandemie etwa in Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Betriebe sowie verstärkt auch in innovative Technologien und Digitalisierung. Insgesamt rund 4.000 mittelständische Unternehmen und Kommunen profitierten in den ersten acht Monaten des Jahres vom Angebot der LfA.

## Bedeutende Akzente

Dem scheidenden Vorsitzenden Dr. Otto Beierl dankte Finanzminister Füracker für seine langjährige Tätigkeit im Dienste des Freistaats Bayern: „Otto Beierl hat auf herausgehobenen Positionen für den Freistaat immer hervorragende Arbeit geleistet. Das gilt für seine Tätigkeit im Finanzministerium ebenso wie an der Spitze der LfA, wo er bedeutende Akzente für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Bayerns gesetzt hat.“

Auch der LfA-Verwaltungsratsvorsitzende, Wirtschaftsminister Aiwanger dankte Dr. Otto Beierl „für seine außerordentlichen Verdienste um die Bank und die Förderung des Wirtschaftsstandorts Bayern. In seinen mehr als 13 Jahren im Vorstand, davon fast 10 Jahre als Vorstandsvorsitzender, hat sich die LfA zu einem modernen und kundenorientierten Finanzdienstleister entwickelt. Sowohl in konjunkturell guten als auch in stürmischen Zeiten konnte sich der Freistaat immer auf die LfA als kerngesunde, leistungsfähige und flexible Förderbank verlassen – eine Leistung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch ein besonderer Verdienst von Otto Beierl!“. □



V. l. Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, langjähriger Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl, LfA-Vorstandschef Dr. Bernhard Schwab und Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert.

Bild: Stefan Heigl

# Erste intelligente Zähler in Velburg installiert

Der wettbewerbliche Messstellenbetrieb beim Bayernwerk nimmt weiter an Fahrt auf: Nach dem Vertragsabschluss über den „Metering.Service“ wurde im oberpfälzischen Velburg die Installation von 60 neuen intelligenten Strommesssystemen abgeschlossen. Mit deren Hilfe können von nun an die Energieflüsse in nahezu allen kommunalen Liegenschaften und Anlagen der flächenmäßig mit größten Gemeinde Bayerns visualisiert werden.

Ob Schule, Feuerwehrhaus oder Bauhof, aber auch Pumpstationen für die Wasserver- und -entsorgung: Fast in Echtzeit, nämlich für jede Viertelstunde, wird der Stromverbrauch mit den neuen Messgeräten aufgezeichnet und im EnergiePortal des Bayernwerks übersichtlich dargestellt. Transparenz sowie intuitive Analysefunktionen werden dadurch die Basis für unterschiedliche Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. So lassen sich Energieeinsparziele systematisch setzen und deutlich besser erreichen. Nicht zu vergessen: Die Fernauslesung über eine hochsichere Kommunikationseinheit, das sogenannte Smart Meter Gateway, senkt in der Stadt Velburg mit seinen 53 Gemeindeteilen den Verwaltungsaufwand für die bisher manuell durchgeführten Ablesungen vor Ort.

## Innovativer Schritt

Der Bürgermeister der Stadt, Christian Schmid, zeigte sich erfreut, diesen innovativen und digitalen Schritt zusammen mit dem Bayernwerk gehen zu können. „Neben der Visualisierung der Stromverbräuche hilft uns vor allem auch die stichtagsbezogene Zählerfernauslesung weiter. Unsere Energiekosten haben wir so jederzeit im Blick“, so der Bürgermeister. Die Stadt kann laut Andre Queissner, Mitarbeiter im städtischen Bauamt und Ansprechpartner für die neue Technik, somit die Ressourcen und Kollegen für die vormals manuelle Vorort-Ablesung nun für andere wichtige Aufgaben einplanen. Zusätzlich können nun überdurchschnittliche Stromlasten in den städtischen Einrichtungen frühzeitig erkannt, abgestellt und somit CO<sub>2</sub>-Emissionen verringert werden.

„Wir sind froh, dass wir mit Velburg einen weiteren kommunalen Partner für dieses Zukunfts-

thema und eine umfangliche Umrüstung – auch von kleineren Liegenschaften – gewinnen konnten. Echte Kundenerfahrungen sind essenziell, um unsere Produkte laufend zu verbessern. Im nächsten Schritt möchten wir zusammen mit der Stadt unseren „EnergieWächter“ weiter entwickeln. Dieser auf künstlicher Intelligenz basierende Zusatzservice löst bei auffallendem Verbrauchsverhalten eine automatische Alarmfunktion aus. Das soll helfen, technische Defekte frühzeitig zu erkennen und Kosten zu minimieren.“ freut sich der Produktverantwortliche Tobias Stahl von der Bayernwerk AG auf die Zusammenarbeit. Neben der Stadt Velburg haben sich bereits weitere bayerische Kommunen für eine frühzeitige und ganzheitliche Umrüstung auf die neuen Zähler entschieden, unter anderem die Kommunen Luhu-Wildenau (Oberpfalz), Eurasburg (Oberbayern) oder Großostheim (Unterfranken).

Intelligente Messsysteme (Smart Meter) sind zentraler Bestandteil und Schlüssel einer zukunftsfähigen Infrastruktur in der Energiewirtschaft. Deshalb verpflichtet der Gesetzgeber Stromkunden mit einem jährlichen Verbrauch von mehr als 6.000 kWh sowie künftig auch Betreiber von Erzeugungsanlagen über 7 kW installierter Leistung nach und nach, diese zertifizierten intelligenten Messsysteme zu nutzen. Ziel ist es, die Energiewende nicht nur erneuerbar und dezentral, sondern auch digital zu gestalten. Denn die smarten Zähler sind in Zukunft elementar für stabile Netze und bringen den Verbrauchern intelligent gesteuerten Strom, den sie z.B. für Wärmepumpen, Elektroautos oder Batteriespeicher flexibel und effizienter nutzen können als in der Vergangenheit. □



Smarter Überblick über den Energieverbrauch: Mit 60 intelligenten Zählern geht Velburg weiter in Richtung Energiezukunft. Für Bürgermeister Christian Schmid (Mitte), Dr. Roland Hofer (l.) und Tobias Stahl (r.) vom Bayernwerk ein Grund zur Freude.

Bild: Michael Bartels / Bayernwerk

# Elektrisch über den Bauhof

Treffen des Kommunalen Energieeffizienz-Netzwerks

76 untersuchte kommunale Liegenschaften in 14 Gemeinden und über 1.800 Seiten an Berichten und Maßnahmenempfehlungen: Das erste Jahr des Kommunalen Energieeffizienz-Netzwerks Ebersberg-München war gekennzeichnet von einer ausführlichen Bestandsaufnahme. „Diese Phase ist abgeschlossen. Jetzt geht es an die Umsetzung“, sagte Prof. Dr. Dominikus Bucker vom Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH (INEV) beim Netzwerktreffen in Kirchseon – dem ersten in Präsenz seit der Gründung des Netzwerks im Oktober 2020.

Gemeinsam mit der Energieagentur Ebersberg-München wird das Rosenheimer Institut die Kommunen auf ihrem weiteren Weg begleiten – und damit ein gewaltiges Potenzial nutzen, wie Dr. Willie Stiehler, Geschäftsführer der Energieagentur, erklärte: „Die Gemeinden haben sich zum Ziel gesetzt, mit den geplanten Maßnahmen insgesamt 4.990 MWh pro Jahr Primärenergie einzusparen. Das entspricht einer jährlichen Einsparung von 1.331 Tonnen CO<sub>2</sub>. Das hilft der Umwelt, entlastet nachhaltig die kommunalen Haushalte und ist zugleich ein Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger. Denn die Kommunen beweisen damit, dass Energieeffizienz und effektiver Klimaschutz auch bei Bestandsbauten möglich sind.“

Das Netzwerktreffen zum Ende des ersten Jahres stand zwar auch im Zeichen einer Zwischenbilanz, den weitaus größeren Teil nahm jedoch der Blick auf das weitere Energiewendepotenzial in den Gemeinden ein. Konkret ging es bei diesem Treffen um das Thema Elektromobilität. Den Auftakt machte Dr. Guido Weißmann von Bayern Innovativ. In seinem Fachvortrag entzauberte er zunächst ein paar der klassischen Mythen

und Vorurteile rund um elektrische Antriebe und bot dann einen Überblick über die derzeitigen Fördermöglichkeiten, mit denen die Verkehrswende in den Kommunen erleichtert werden kann.

## Kommunaler Fuhrpark und Ladeinfrastruktur

Im Anschluss berichtete zunächst Johanna Schmidt, Klimaschutzmanagerin aus Grasbrunn, über die Neuerungen im kommunalen Fuhrpark und den Ausbau der Ladeinfrastruktur in ihrer Gemeinde. Auf ihren Bericht folgte Zornedings Klimaschutzmanagerin Elisabeth Buchmann, die das neue Förderprogramm der Gemeinde zum Ausbau der Ladeinfrastruktur in Tiefgaragen und auf Garagenhöfen vorstellte.

Mit Beginn der Mittagspause verlagerte sich das Geschehen auf den Bereich außen vor der Turnhalle des ATSV Kirchseon, wo eine kleine Ausstellung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen und Gerätschaften für den Alltagsbetrieb der Bauhöfe auf die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen wartete. Denn klar ist, das machte auch Hans Urban, zweiter Referent des Treffens, in seinem Vor-

trag sehr deutlich: Auch an den kommunalen Bauhöfen werden Verkehrs- und Energiewende nicht vorbeigehen. Damit der Übergang ohne größere Reibungen funktioniert, wünschte sich Urban eine größtmögliche Flexibilität bei den Kommunen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nicht jedes Spezialfahrzeug ließe sich durch ein Elektrofahrzeug ersetzen und auch in der Zukunft würden mit Kraftstoff betriebene Fahrzeuge in manchen Bereichen notwendig bleiben, wenn auch dann betrieben durch synthetische statt mittels fossiler Treibstoffe. Für einen Großteil der Aufgaben auf Bauhöfen oder in der kommunalen Grünpflege können aber bereits heute geeignete Elektrofahrzeuge angeschafft und genutzt werden. Das sei ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, da er den Einsatz von Verbrennern auf die absolut notwendigen Arbeiten reduziere, so Urban.

Dass dies nicht der einzige Vorteil elektrischer Fahrzeuge und Geräte auf dem Bauhof ist, davon konnten sich die Anwesenden anschließend selbst überzeugen – unter anderem bei einer Testfahrt mit einem Hoflader. Geräuscharm und ohne störende Vibrationen zeigte das batteriebetriebene Gefährt, dass die Zukunft der Mobilität vor allem auch mehr Komfort für Nutzerinnen und Nutzer bedeutet.

Das nächste Netzwerktreffen findet im Dezember statt. Welches Thema dort beleuchtet wird, ist noch offen und wird von den Kommunen entschieden. □

Bayerisches Staatsministerium für  
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie



## »Smart City Werkstatt« Bayern – Israel

Abschlussveranstaltung

Am 11. November 2021 stellen bayerische und israelische Studierende die Ergebnisse ihrer Workshops zur Gestaltung und Erreichbarkeit attraktiver Ortsmittelpunkte für die Gemeinden Neu-Ulm, Fuchstal und Spiegelau vor. Zudem präsentieren sich »Smart City Start-ups«. Michael Leidl [Arc Architekten] spricht eine Keynote.

[Weitere Infos] [www.bayern-international.de/newsroom](http://www.bayern-international.de/newsroom)

[Ort] Munich Urban Colab | München oder im Livestream

[Zeit] 11. November 2021 | 9.00–11.30 Uhr

[Anmeldung] [florian.obermayer@stmwi.bayern.de](mailto:florian.obermayer@stmwi.bayern.de)



Melden Sie  
sich jetzt an!



## Naturstrom AG übernimmt Gemeindewerk-Kunden

Die Gemeindewerke Hemhofen stellen zum Jahresende ihren Stromvertrieb ein und übergeben ihre rund 2.300 Kundinnen und Kunden an die Naturstrom AG. Der Ökoenergieversorger wird die Kunden über seine Submarke NATURSTROM vor Ort mit Ökostrom beliefern, der größtenteils aus einem Solarpark in der Region stammt. Die Gemeinde und NATURSTROM haben eine weitergehende Zusammenarbeit vereinbart, unter anderem wird ein Energiebeirat eingerichtet.

Unabhängige Gemeindewerke und kleine Stadtwerke sehen sich mehr und mehr komplexen energiewirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber. Es sind vor allem immer neuen regulatorische Auflagen, die kleinen Energieanbietern das Leben schwer machen. In letzter Zeit kommen rapide steigende Energiepreise als Belastung hinzu. Die Gemeinde Hemhofen hat deshalb beschlossen, ihr Geschäft einzustellen. In einem Ausschreibungsverfahren hat sich für die zukünftige Strombelieferung in Hemhofen die NATURSTROM AG durchgesetzt.

„Wenn Gemeindewerke ihr Endkundengeschäft oder auch andere energiewirtschaftliche Aufgaben abgeben wollen, kann ein engagierter Partner auf Augenhöhe zumeist individuellere Lösungen anbieten als der weit entfernte Großkonzern“, so der NATURSTROM-Vorstandsvorsitzende Dr. Thomas E. Banning. „Wie in Hemhofen sind wir gerne bereit, kleinere kommunale Akteure zu unterstützen, Geschäftsaktivitäten als Joint Venture weiterzuführen oder auch zu übernehmen. Das gilt nicht nur für den Stromvertrieb und die Ökostrom-Erzeugung, sondern auch für die Wärmeversorgung und Elektromobilitätsangebote.“ In einer Vielzahl von Projekten hat NATURSTROM

bereits gezeigt, wie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen aussehen kann.

Immer geht es NATURSTROM auch darum, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die dezentrale Energiewende vor Ort voranzubringen. So wie in Hemhofen: Mit jeder Kilowattstunde Strom, die die Kundinnen und Kunden verbrauchen, fließt ein fester Förderbetrag in Energie- und Nachhaltigkeitsprojekte vor Ort. Über die Einführung eines Energiebeirates können künftig Vertreter der Gemeindeverwaltung und des Gemeindebeirates sowie Bürgerinnen und Bürger zusammen mit NATURSTROM aktiv die Energiewende im Ort mitgestalten.

„Wir haben mit NATURSTROM einen Partner gefunden, der unsere Kundinnen und Kunden weiterhin zuverlässig zu einem fairen Preis beliefert, und das trotz der aktuell enorm steigenden Energiepreise“, kommentiert Ludwig Nagel, Erster Bürgermeister der Gemeinde Hemhofen. „Wir freuen uns, dass wir in dieser langfristig angestrebten Zusammenarbeit über den Energiebeirat gemeinsam noch weitere Ideen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger, der Gemeinde und der Umwelt entwickeln und umsetzen können.“



V.l.: Michael Amerer (Vorstand Donaukraftwerk Jochenstein AG), Landrat Raimund Kneidinger (Passau) und Andreas Auer (Werksgruppenleiter Grenzkraftwerke GmbH).

**E-Tankstelle beim Donaukraftwerk Jochenstein:**

## Offizielle Inbetriebnahme

**VERBUND, Bayerns führendes Wasserkraftunternehmen mit 22 leistungsstarken Wasserkraftwerken an Inn und Donau, hat eine Ladestation für Elektroautos beim Donaukraftwerk Jochenstein offiziell in Betrieb genommen.**

Gemeinsam schalteten der Passauer Landrat Raimund Kneidinger, Untergriesbachs Erster Bürgermeister Hermann Duschl sowie der Geschäftsführer der VERBUND Hydro Power GmbH, Michael Amerer und der neue Jochensteiner Kraftwerkschef Andreas Auer die neue Ladestation ein. Weitere E-Tankstellen an den bayerischen VERBUND-Wasserkraftwerken sind geplant. Die Energie für die klimafreundliche Elektromobilität stammt zu 100 Prozent aus klimafreundlichem Wasserkraftstrom.

In Anwesenheit von Landrat Kneidinger, Rathauschef Duschl und Christina Schmidt vom Haus am Strom betankte Michael Amerer, der auch Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG ist, erstmals ein E-Auto an der neuen Ladesäule. Das Donau-

kraftwerk Jochenstein und die Umweltstation Haus am Strom entwickeln sich mit der neuen Lademöglichkeit für Elektro- und Hybrid-Autos zu einem regenerativen E-Mobilitätszentrum. Schließlich befindet sich hier seit 2011 auch eine öffentlich zugängliche Auflademöglichkeit für E-Bike-Radwanderer.

„Wir brauchen nicht nur die optimale Technik zum Fahren. Wir brauchen auch die optimale Infrastruktur dafür. Erst die Kombination macht E-Mobilität attraktiv“, betonte Passaus Landrat Roman Kneidinger, der auch Geschäftsführer des Hauses am Strom ist. Mit der Ladesäule am Donaukraftwerk Jochenstein sei dies mit großer Signalwirkung umgesetzt, und: „Wo sieht man schon so unmittelbar, wo der Strom herkommt, den man tankt!“, so der Landrat.

**Bundesnetzagentur:**

## Innovationsausschreibungs-Verordnung vorgelegt

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger begrüßt die Aufnahme der „besonderen Solaranlagen“, der Agri-Photovoltaik (Agri-PV), Floating-Photovoltaik und der Solaranlagen auf Parkplatzflächen im Rahmen der Innovationsausschreibungen des Erneuerbaren Energien Gesetzes 2021 (EEG). Bayern hatte diese Möglichkeiten gefordert. Die Anforderungen an besondere Solaranlagen nach der Innovationsausschreibungsverordnung waren von der Bundesnetzagentur fristgerecht vorgelegt worden.

Mit der Verordnung liegt nun eine genaue Definition des Anlagenkonzepts „Agri-PV“ vor: Die Einhaltung des Standes der Technik gilt insbesondere als erforderlich, wenn die Solaranlagen und der Nutzpflanzenanbau bzw. der Anbau von Dauerkulturen oder mehrjährigen Kulturen auf den Flächen über die gesamte Förderdauer die Anforderungen der DIN SPEC 91434:2021-05 erfüllen. Diese DIN-SPEC klassifiziert verschiedene Anlagentypen und legt Kriterien und Anforderungen für die landwirtschaftliche Hauptnutzung, insbesondere bezüglich des Flächenverlustes und der Flächennutzungseffizienz, fest. Ziel ist es, den Eingriff in die landwirtschaftliche Nutzung zu minimieren und eine sogenannte Pseudo-Landwirtschaft auszuschließen.

Die von Bayern geforderte Erhöhung des Ausschreibungsvolumens von 50 auf 150 Megawatt (MW) wurde vom Deutschen Bundestag beschlossen. Die behilferliche Genehmigung der Gesetzesänderung durch die Europäischen Kommission steht jedoch noch aus.

Aiwanger fordert zusätzlich vom Bund, die nicht ausreichenden Rahmenbedingungen nachzubessern, die durch das EEG 2021

in Verbindung mit der Innovationsausschreibungsverordnung für die besonderen Solaranlagen festgelegt wurden: „Dringend erforderlich ist eine Erhöhung der zulässigen Anlagengröße von zwei Megawatt. Schließlich sollen Kostenvorteile schneller und besser erschlossen werden können. Die bisher zulässige Anlagengröße erscheint hierfür zu gering.“ Weiter plädiert Aiwanger für eine Verstärkung der speziellen Gebotstermine für besondere Solaranlagen über 2022 hinaus und für die Festlegung von mindestens zwei Ausschreibungsterminen jährlich, um mehr Planungssicherheit für die Bieter zu gewähren.

„Die Vorteile von Agri-Photovoltaik gegenüber herkömmlichen PV-Freiflächenanlagen liegen klar auf der Hand. Ungenutzte Gewässer ohne Nutzungskonflikte und versiegelte Flächen könnten für die Gewinnung von erneuerbaren Energien genutzt werden. Die Agri-PV kann die Konkurrenzsituation zwischen Land- und Energiewirtschaft entzerren und der Erhöhung der Pachtpreise entgegenwirken. Die Agri-PV bietet Landwirten eine zusätzliche Einkommensquelle und kann an passender Stelle eine sinnvolle Option sein.“



v.l.: Dr. Axel Berg, Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e.V., Dr. Michael Losch, Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Wien, Angelika Pehab, Moderation, Dipl. Ing. Herfried Harreiter, VERBUND AG, Detlef Fischer, Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW), Dirk Hendricks, European Renewable Energy Federation (EREF).

Alle Bilder: MZS / Philipp Habring

## Europas Branchentreffpunkt der Wasserkraft

Vom 25. bis 26. November steht das Messezentrum Salzburg wieder ganz im Zeichen der regenerativen Energiequelle Wasser. Die Fachmesse für Wasserkraft Renexpo Interhydro und der begleitende Kongress vernetzen die verschiedensten Branchenvertreter und Entscheidungsträger aus Politik, Bau- und Ingenieurwesen.

**Innovativ, ökologisch, nachhaltig**

Dafür steht die Renexpo Interhydro. Experten aus ganz Europa versammeln sich in Salzburg und nutzen die Fachmesse

für Wasserkraft als Plattform für Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch.

Rund 80 Aussteller und das facheinschlägige Bühnen- und Kongressprogramm bieten den Besuchern zwei Tage lang kom-

paktes Know-how aus erster Hand. Die Messe zeigt, welchen Beitrag Wasserkraft zu einer sicheren, nachhaltigen, bezahlbaren und klimaneutralen Energieversorgung leistet.

**Erfrischendes Bühnenprogramm**

Selbstverständlich ist auch auf der Bühne das Wasser der Hauptdarsteller.

Im sogenannten Hydro-Forum finden spannende Fachvorträge und Podiumsdiskussionen statt. Bereits die Eröffnung durch Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Eleonore Gewessler BA, verspricht ein sofortiges Eintauchen ins Thema Wasserkraft und baut die erste Brücke zwischen Gesetzgeber und gelebter Praxis. Als nächstes sticht auf der Agenda wohl Herbert Saurugg, internationaler Blackout- und Krisenvorsorgeexperte, ins Auge, der mit einem Impulsvortrag und im anschließenden Energietalk mögliche Szenarien skizziert.

Mit dem Fallbeispiel Schachtkraftwerk Großweil wird eine der neuesten technischen Entwicklungen im Bereich der Wasserkraft präsentiert: Eine Flut an Know-how ist gewiss!

**Kongress mit Tiefgang**

Auch ein Blick auf das Kongressprogramm lohnt. Für noch mehr Insiderwissen und Expertenrat! An den zwei Tagen stehen drei Kernbereiche im Fokus. Der Donnerstag, 25. November, widmet sich dem Thema „Wasserkraft & Sedimente“, während am Freitag, 26. November, bei „Wasserkraft & Speicher“ sowie „Gewässerökologie“ Ideen ausgetauscht und innovative Lösungen diskutiert werden.

**Wasserkraft, die Wissen schafft**

Zweifelsohne ist die Renexpo Interhydro als Fachmesse für Wasserkraft europaweit unerreicht, was die Dichte und Qualität an Praxisbezug betrifft. Die internationale Ausrichtung des Messeformats, sowie seinen vernetzenden Charakter, schätzen Experten und Branchenkenner über die Grenzen Österreichs hinaus. Denn auch nur der gemeinsame Gedanke und ein verbindendes Miteinander können zu einer nachhaltigen Zukunft Europas beitragen.

[www.renexpo-interhydro.eu](http://www.renexpo-interhydro.eu)



Advertorial



# RENEXPO INTERHYDRO



erdgas schwaben Gruppe in Offingen:

## Nachhaltige Quartiersentwicklung

Hoch effizient und preiswert zugleich versorgt das Nahwärmenetz von erdgas schwaben und der 100-prozentigen Tochter schwaben regenerativ als Quartierslösung die Familien, die in das Neubaugebiet Ermle IV in der Marktgemeinde Offingen einziehen. Gemeinsam mit Thomas Wörz, Erster Bürgermeister in Offingen, und Dr. Hans Reichhart, Landrat im Kreis Günzburg, setzte Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, jetzt offiziell den ersten Spatenstich.

Die ersten von insgesamt 52 geplanten Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften sowie 24 Wohnungen in drei Mehrfamilienhäusern werden ab Mitte 2022 mit klimaschonender Wärme und Strom beliefert. Zwei Blockheizkraftwerke (BHKW) erzeugen kostengünstig Wärme und Strom für die Bewohnerinnen und Bewohner des neuen Quartiers, das am Ortsrand von Offingen gelegen ist.

Das Wärmenetz fürs Ermle ist

so ausgelegt, dass beim Hausbau jeder KfW-Standard erreicht werden kann. Auch eine Elektro-Ladestation für E-Autos ist im Ermle fest eingeplant.

Bürgermeister Wörz sagte: „In Ermle IV gestalten die Bürger von Offingen die Energiewende aktiv mit. Das Wärmenetz ist ein 24/7 Rundum-Sorglospaket ohne teuren Baugrund für die Heizungsanlage, ohne Wartungs- und regelmäßige Inspektionskosten. Das

Energiekonzept weist einen geringen Primärenergiefaktor auf, so dass attraktive KfW-Förderungen bis hin zum Passivhausstandard möglich sind.“

Dr. Hans Reichhart, Landrat im Kreis Günzburg: „Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Und die Frage, wie wir unsere Bürgerinnen und Bürger so klimafreundlich wie möglich mit Strom und Wärme versorgen können, eine zentrale Aufgabe für uns Kommunen und die Energieversorger. Ein Nahwärmenetz wie hier in Offingen erfüllt die hohen Anforderungen an Umwelt und Klimaschutz und trägt so einen wichtigen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Energiewende bei.“

### Zukunftsfähige Konzepte

„Innovative, zukunftsfähige Konzepte mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung in Kombination mit Photovoltaik und Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge wie hier sind wichtige Bausteine für das Gelingen der Energiewende“, erklärte Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. „Dieser integrale Lösungsansatz entspricht den hohen Anforderungen an die Energiestandards und ist optimal auf die Bedürfnisse der Nutzer zugeschnitten. Es ist ein herausragendes Beispiel für unsere Zusammenarbeit mit den Kommunen.“

„Im Wärmenetz für dieses Baugebiet ist die Energiezukunft bereits mitgedacht: Es kann auch mit klimaneutralem Biomethan oder Wasserstoff betrieben wer-

den“, betonte Christian Arlt, Geschäftsführer schwaben regenerativ. Die künftigen Ermle-Bewohnerinnen und Bewohner bekommen mit dem Anschluss ans Wärmenetz ein Rundum-sorglos-Paket: Eigeninvestition und Platzbedarf sind gering, ein Heizungskeller ist überflüssig – und Serviceleistungen wie die Wartung sind inbegriffen.

Dezentrale Quartierslösungen mit Wärmenetzen wie das Konzept von erdgas schwaben und schwaben regenerativ sind ein wichtiger Baustein für die Energieversorgung der Zukunft. Die BHKW in unserer Heizzentrale haben einen sehr hohen Wirkungsgrad und können in Zukunft auch mit Biogas betrieben werden. Auch für die Energiezukunft mit Wasserstoff sind sie schon heute gerüstet. Denn zukünftig können die Gasnetze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, soll in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. □



Dr. Hans Reichhart, Landrat im Kreis Günzburg, Thomas Wörz, Erster Bürgermeister in Offingen, und Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, (v.l.) beim Spatenstich für das Nahwärmenetz im Baugebiet Ermle IV in der Marktgemeinde Offingen.

Bild: Henrik Dresemann/erdgas schwaben

## Der Stadtbus soll grüner werden

EU-Kommission genehmigt Förderung

Start frei für den umweltfreundlichen Stadtbus: Die Europäische Kommission hat die Förderung alternativer Antriebsoptionen im Personenverkehr beihilferechtlich genehmigt. Die technologieunabhängige „Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr“ steht damit bereit. Gefördert werden Batterie-, Brennstoffzellen- und Batterieoberleitungsbusse sowie biomethanbetriebene Busse der Fahrzeugklassen M2 und M3, sowie dafür erforderliche Infrastruktur und Machbarkeitsstudien.

Die Richtlinie wendet sich gezielt an Verkehrsbetriebe. Nach derzeitiger Finanzplanung stehen bis 2024 insgesamt 1,25 Milliarden Euro für die technologieoffene Förderung zur Verfügung, für 2025 werden zusätzliche Mittel folgen.

Im Detail sind folgende Schwerpunkte förderfähig:

- die Beschaffung und Umrüstung von Bussen mit alternativen Antrieben
- die Beschaffung der zum Betrieb notwendigen Infrastruktur mit 80 % der Investitionsmehrkosten zur Dieselreferenz für Batterie-, Brennstoffzellen- und Batterieoberleitungsbusse, 40 % Investitionsmehrkosten zur Dieselreferenz für Biogas-Busse, 40 % der Investitionsvollkosten für die zum Betrieb notwendige, nicht öffentliche Infrastruktur sowie
- Machbarkeitsstudien.

Wie Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer erläuterte, soll bis 2030 die Hälfte der Busse im ÖPNV elektrisch fahren. „Das ist unser politisches Ziel aus dem Klimaschutzprogramm.“ Auch die Hersteller hätten die Notwendigkeit erkannt, saubere Alternativen auf die Straße zu bringen. „Wir machen deshalb Nägel mit Köpfen und fördern die konsequente Umstellung auf alternative Antriebe - seit vergangenem Monat schon bei den Nutzfahrzeugen, ab jetzt auch im Personenverkehr. Für das Umstellen der Busflotten, das Umrüsten der Betriebshöfe und Machbarkeitsstudien stellen wir bis 2025 mehr als eine Milliarde Euro Fördermittel bereit. So geht moderne Mobilität.“ DK

## Bayern hat eine sehr zuverlässige Stromversorgung

Weiterhin sehr niedrige Stromausschlagzeit im Freistaat

Bayern hat im deutschlandweiten wie im internationalen Vergleich eine sehr zuverlässige Stromversorgung. Im Jahr 2020 lag die durchschnittliche Stromunterbrechungsdauer bei gerade mal 8,64 Minuten. „Es gibt derzeit keine Hinweise, dass der zunehmende Anteil Erneuerbarer Energien im Stromnetz in Bayern zu mehr Unterbrechungen in der Stromerzeugung führen würde“, fasst Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW, die Zahlen zusammen.

„Die bayerischen Stromversorger haben die Herausforderungen durch schwankende Stromeinspeisungen aus der Photovoltaik und der Windenergie gut im Griff“, unterstreicht Fischer.

### Kennzahlen der BNetzA

Die Bundesnetzagentur veröffentlicht regelmäßig Kennzahlen aus den von den Stromnetzbetreibern übermittelten Daten zu Versorgungsunterbrechungen. Sie gibt die durchschnittliche Versorgungsunterbrechung je angeschlossenen Letztverbraucher (Nieder- und Mittelspannung) in Minuten an. Im Jahr 2020 lag Bayern mit einer Versorgungsunterbrechung von 8,64 Minuten im Bundesländervergleich mit Hessen nach Mecklenburg-Vorpommern auf dem zweiten Platz und war damit noch besser als der schon sehr niedrige Bundesdurchschnitt von 10,73 Minuten.

### Hohe Einsatzbereitschaft des Personals

Die Zuverlässigkeit der Stromversorgung in Deutschland und in Bayern entwickelte sich auch im historischen Rückblick sehr gut. „Im Jahr 2020 waren sowohl in Bayern als auch deutschlandweit die niedrigsten Werte seit 2008 zu beobachten, d. h. weder die Energiewende noch die Corona-Einschränkungen haben im vergangenen Jahr die Sicherheit der Stromversorgung beeinträchtigt. Dies ist insbesondere der hohen Einsatzbereitschaft und dem Know-how des eingesetzten Personals in den Kraftwerken und bei den Netzbetreibern zu verdanken“, betont Detlef Fischer.

„Damit der positive Trend auch nach dem Abschalten der

versorgung unter Aufrechterhaltung der hohen Versorgungssicherheit unerlässlich.“

Der VBEW repräsentiert mit seinen rund 400 Mitgliedsunternehmen die bayerische Strom-, Gas-, Fernwärme-, Wasser- und Abwasserwirtschaft. Der Verband vertritt gemeinsame Anliegen der Mitgliedsunternehmen und ihrer Kunden gegenüber Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie in der Öffentlichkeit. Ziel ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und verbraucherfreundliche Energie- und Wasserversorgung zu schaffen. □

## Baustart für Erdkabelleitung in Altenerding

Seit Anfang Oktober laufen die Bauarbeiten für die 110-Kilovolt-Erdkabelleitung zwischen dem neuen Umspannwerk Altenerding und der bestehenden Freileitung bei Kempfing. Der rund drei Kilometer lange Neubau verbindet das Umspannwerk mit dem Hochspannungsnetz. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich bis Mitte 2022.

Die Stadtwerke Erding haben mit ihrer Tochter Überlandwerk Erding ein Umspannwerk an der Münchener Straße, nahe der Auffahrt zur Bundesstraße 388 im Süden Altenerdings, errichtet. Das Bayernwerk als vorgelagerter Netzbetreiber beginnt jetzt mit dem Bau der Anbindungsleitung zwischen dem Umspannwerk und der bestehenden Freileitung zwischen Isarau und Pfrombach. Die Kabeltrasse beginnt am neuen Kabelendmast östlich der Ortschaft Kempfing in der Gemeinde Moosinning, verläuft von dort zunächst in südöstlicher Richtung parallel zum Mittleren Isarkanal, kreuzt die Flughafen- und die Straße zur Therme Erding, verläuft dann weiter in östlicher Richtung parallel zur Bundesstraße 388 und endet am neuen Umspannwerk Altenerding.

### Leerrohre im Kabelgraben

Sobald die archäologische Voruntersuchung abgeschlossen ist,

kann der Bau der Leitung beginnen. Zunächst heben die Bauarbeiter einen Kabelgraben aus. Der Kabelgraben muss dabei nicht über die ganze Länge gleichzeitig geöffnet werden, sondern in Teilabschnitten von rund 100 bis 200 Metern, in die dann Leerrohre eingebracht werden.

### Rund 4,5 Mio. Euro Kosten

Die Abschnitte können sukzessive wieder verfüllt werden, sobald die Leerrohre verlegt sind. Nachdem der Graben wieder verfüllt ist, werden die Stromkabel in die Leerrohre eingelegt. Gearbeitet wird werktags zwischen 7 und 18 Uhr. An einzelnen Tagen kann es zu Umleitungen des Straßenverkehrs und des Radverkehrs kommen.

Das Bayernwerk baut die Erdkabelleitung im Auftrag des Überlandwerks Erding. Die Tiefbauarbeiten erfolgen durch das Bauunternehmen Josef Pfaffinger. Die Kosten für die Erdkabelleitung belaufen sich auf rund 4,5 Millionen Euro. □

Energie für heute und morgen

Mein ÖkoGas – 100 % CO<sub>2</sub>-neutral

Mit Gas geht's



Echt fair für Ihre Zukunft  
erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben  
sicher, günstig, nah

Positionspapier unterzeichnet:

## Verdopplung des ÖPNV bis 2030

Die Verkehrsministerkonferenz hat in den vergangenen Monaten das Ziel definiert, zur Erreichung der Klimaziele die Fahrgastzahlen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Insgesamt 115 Städte, Landkreise und Verkehrsverbände aus ganz Deutschland unterzeichneten nun unter Federführung von Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter und Ebersbergs Landrat Robert Niedergesäß ein Positionspapier, das diesen Beschlüssen Nachdruck verleiht. Das Papier stellt dar, unter welchen Prämissen die Verdopplung des öffentlichen Nahverkehrs bis zum Jahr 2030 gelingen kann – zeigt aber auch auf, welche Anstrengungen diese Verdopplung für Politik, Behörden und ÖPNV-Branche bedeutet.

Bezug nimmt das an die Spitzen der deutschen Politik versandte Positionspapier auf Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz im Jahr 2021 zum gemeinsamen Ziel von Bund und Ländern, das „hochwertige Angebot im straßengebundenen ÖPNV und SPNV ungekürzt vorzuhalten und zugleich gemeinsam die Vorbereitungen zu treffen, um bis 2030 zur Erreichung der Klimaziele des Bundes die Fahrgastzahlen gegenüber 2019 zu verdoppeln.“ Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Wenn sich 115 deutsche Städte in einem gemeinsamen Positionspapier für die Verdopplung des öffentlichen Verkehrs einsetzen, dann zeigt das, dass sich Prioritäten ändern müssen. Ob auf dem Land oder in der Stadt: Wir brauchen einen starken und ausgezeichnet vernetzten öffentlichen Verkehr. Gerade Metropolen wie München, mit einem sehr großen Anteil an Pendlerverkehren aus der Region, brauchen eine zuverlässige, direkte und bezahlbare Alternative, damit die Menschen vom eigenen Auto umsteigen.“ Ebersbergs Landrat Robert Niedergesäß, Sprecher der MVV-Verbandlandkreise: „Die Verkehrswende kann nur gelingen, wenn

die Menschen auch außerhalb der großen Städte verstärkt auf den öffentlichen Verkehr setzen. Das setzt in diesen Räumen einen erheblichen ÖV-Ausbau im Sinne attraktiver Takte und kurzer Reisezeiten bei gleichzeitig erschwinglicher Kosten für die Fahrgäste voraus. Damit Verkehr umweltverträglich sichergestellt werden kann, müssen wir Mobilität verstärkt gesamthaft denken und dabei die Fragen im Blick haben, die die Menschen bewegen. Nur so schaffen wir statt mehr Individualverkehr mehr individuelle Mobilität. Überregionale Mobilitätsplanung und ein attraktives Verkehrsangebot sind die Schlüssel zur Verkehrswende. Hierzu wollen die Kommunen ihren Beitrag leisten.“

### Verbindliche Rahmenbedingungen

Die Unterzeichner des Positionspapiers unterstreichen ihre Bereitschaft, die Umsetzung des ambitionierten Ziels nach Kräften zu unterstützen. Zugleich fordern sie aber die für die Erreichung verbindlichen gesetzlichen und verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen. Nur mit der von

der Sonder-Verkehrsministerkonferenz im Juni 2021 geforderten Erhöhung der Regionalisierungsmittel zwischen 2022 und 2030 um mindestens 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem jeweiligen Vorjahr sei dies überhaupt möglich. Daneben sei es sinnvoll, die bisherige GVFG-Bewertungslogik durch „Zielbeiträge für Klimaschutz und Nachfrageresteigerung“ sowie „Verbesserung der Erschließungswirkung“ zu ersetzen. Die Kommunen und Verbände werden die Zielorientierung der zu fördernden Investitionen in den ÖPNV durch entsprechende fachliche Planungen absichern.

Zudem fordern sie, Bundesförderungen künftig stärker in Kooperation mit den Ländern zu verwalten. Dabei solle der Bund die Förderziele setzen und den Erfolg der jeweils landesbezogen dotierten Programme kontrollieren. Die Länder ihrerseits sollen sich mit relevanten Eigenanteilen an der Förderung beteiligen. Die Kommunen wiederum würden im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV stärken.

### Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

Ein starker öffentlicher Verkehr, so heißt es darüber hinaus im Papier, leistet einen relevanten und in hohem Maße sozialverträglichen Beitrag zum Klimaschutz gerade in Metropolregionen, wo ein großes Umstiegspotential auf Bus und Bahn besteht. Die Verdopplung des öffentlichen Verkehrs sei aber auch eine Chance, bisher schlecht erschlossene Räume

besser erreichbar zu machen und dadurch aufzuwerten.

### ÖPNV als Rückgrat des Umweltverbundes

Eine Verdopplung der Nachfrage im ÖPNV kann laut Positionspapier nur gelingen, wenn dieser in der Mitte der Gesellschaft ankommt. Durch Aufwertung der Angebote, durch deren selbstverständliche Nutzung und durch gezielte Thematisierung und Wertschätzung des ÖPNV werde sein Status – gemeinsam mit dem des Fuß- und Fahrradverkehrs – gezielt angehoben. Dafür sei es notwendig, das Verkehrsangebot als ein durchgängiges Gesamtsystem aus der Perspektive der Kunden weiterzuentwickeln.

Das Positionspapier bescheinigt der Erhöhung der Nachfrage im ÖPNV vor allem bei Wegen mittlerer Länge (7,5 bis 75 Kilometer) einen hohen Klimaschutzeffekt. Da Wege mittlerer Länge aber regelmäßig die Grenzen von Gebietskörperschaften überschreiten, solle in Zukunft noch besser dafür gesorgt werden, dass es über diese Grenzen hinweg ein nahtloses ÖPNV-Angebot in hoher Qualität gibt. Der ÖPNV solle eine vollwertige Alternative zum eigenen Auto werden, beispielsweise indem möglichst weite Teile mit einem 24/7-Angebot, erschlossen werden.

### Multimodales Zusammenspiel

Die Sicherheit, Attraktivität und Länge des Fuß- oder Radweges von und zur Haltestelle oder zum Bahnhof seien, heißt es weiter, für die Attraktivität und Akzeptanz des ÖPNV oft von entscheidender Bedeutung. Durch attraktive und gesicherte Fahrradabstellanlagen und Fahrrad-

mietmöglichkeiten an Haltestellen und Bahnhöfen sowie durch Angebote zur Fahrradmitnahme möchten die Unterstützer das Zusammenspiel umweltfreundlicher Verkehrsmittel verbessern.

### Notwendige Investitionen planen und zügig umsetzen

Wirksamer Klimaschutz erfordert zügige Verbesserung des ÖPNV. Noch vorhandene Potenziale auf Kapazitätsverdichtungen im Bestandsnetz des Schienenverkehrs und qualitativ hochwertiger Busverkehr seien innerhalb von drei bis zehn Jahren organisierbar. Bei hohem Nachfrage-

potenzial seien weiterhin Schienenverbindungen das Mittel der Wahl, welche aber erst mittel- bis langfristig realisierbar seien.

Damit der ÖPNV seinen Beitrag zur Klimaneutralität im Sektor Verkehr rechtzeitig leisten könne, müssten die Planungen für mittel- bis langfristig realisierbare Maßnahmen deshalb in den nächsten Jahren verbindlich gestartet werden. Dafür seien neben der notwendigen Finanzierungssicherheit eine Vereinfachung des Planungsrechts wie auch angemessene personelle Kapazitäten auf den Ebenen der Planungsstellenbehörden und der Gerichtsbarkeit unabdingbar. □

Gutachten von VDV und Güterbahnen in Deutschland:

## 100-Tage-Programm für mehr Schienengüterverkehr

Gemeinsam mit ihrem Branchenverband VDV haben die Güterbahnen in Deutschland ein Gutachten vorgestellt, in dem der Handlungsbedarf im Schienengüterverkehr zur Erreichung der Wachstums- und Klimaschutzziele bis 2030 untersucht wurde.

Um den angestrebten Marktanteil der Güterbahnen von mindestens 25 % bis 2030 zu erzielen, sind laut Gutachter Roland Berger Gesamtinvestitionen von 52 Milliarden Euro sowie zahlreiche Verbesserungen bei ordnungspolitischen Rahmenbedingungen notwendig.

Um die Klimaschutzziele im Verkehrssektor bis 2030 zu erreichen, muss der Güterverkehr dem Gutachten zufolge seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis dahin von 55 Mio. Tonnen im Jahr 2019 auf 31 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> reduzieren. Dies ist nur über eine deutliche Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene möglich. Zudem müssen

zahlreiche weitere Maßnahmen unter hohem Zeitdruck vorangetrieben werden. Empfohlen wird deshalb die schnelle Umsetzung eines „100-Tage-Programms“ durch die neue Bundesregierung. Damit soll eine unmittelbare Anschubwirkung im Schienengüterverkehr für die gesamte Legislaturperiode erzielt werden.

Wenn dies gelingt, könne die Transportleistung des Schienengüterverkehrs bis 2030 auf jährlich ca. 213 Mrd. Tonnenkilometer und damit auf einen Marktanteil von 25 % gesteigert werden. Dies entspräche einer um ca. 64 % höheren Leistung der Güterbahnen als heute. DK

## INNOVATIVES VERFAHREN ZUR RINNENSANIERUNG

Schneller, effizienter, sauberer und nachhaltiger

Wo bisher langwierige und aufwendige Handarbeit notwendig war, setzt die Firma Schlamp Kommunaldienstleistungen auf maschinelle Lösungen und innovative Materialien. Das Ergebnis: Bis zu sechsmal höhere Flächenleistung als mit herkömmlichen Verfahren, keine langfristigen Straßensperrungen und zufriedene Bauhofmitarbeiter.

### Die Methode

#### 1 FRÄSEN UND ABSAUGEN

- Maschinelles Hochdruckwaschen inkl. Absaugen in einem Arbeitsgang wird mit einer speziell dafür ausgerüsteten Kehrsaugmaschine durchgeführt.
- Brüchiges Fugenmaterial wird per Wasserstrahl herausgefräst und der Spritzschutz ermöglicht sauberes Arbeiten.

#### 2 VERFUGEN

- Das individuell entwickelte Fugenmaterial ist optimal auf die Witterungsverhältnisse und die Anforderungen der Straßenrinnen abgestimmt.
- Ein eigens entwickeltes System sorgt für die perfekte Konsistenz und optimale Ausbringung des Pflasterfugenmörtels.
- Abschließend erfolgt die Verteilung des flüssigen Fugenmaterials durch Ihre oder unsere Mitarbeiter.

#### 3 WASCHEN

- Nachdem das Fugenmaterial angesteift ist, wird die übrige Schlamm mit unserer Kehrsaugmaschine in einem Arbeitsgang abgewaschen und abgesaugt.



### AUS DER REGION FÜR DIE REGION

Ansässig im Landkreis Eichstätt, sind wir seit 14 Jahren für unsere Kunden in ganz Bayern unterwegs. Straßenreinigung, Rinnensanierung, Unkrautbekämpfung, Baumfällung, Landschaftspflege und vieles mehr – wir sind Ihr professioneller und innovativer Partner im kommunalen Ganzjahreseinsatz.



Mehr Informationen auf [www.schlamp-dienstleistungen.de/rinnensanierung](http://www.schlamp-dienstleistungen.de/rinnensanierung)



**SCHLAMP**  
KOMMUNALDIENSTLEISTUNGEN

### „Meine Leute sagen, das ist eine Supersache!“

Wolfgang Hiebinger (links), Kreisbauhofleiter Beilngries, zeigt sich mit dem Ergebnis sehr zufrieden. „Für unsere Mitarbeiter ist das eine echte Erleichterung. Wir sind froh, dass wir mit Schlamp Kommunaldienstleistungen endlich jemanden gefunden haben, die das Problem an der Wurzel angepackt und nachhaltig gelöst haben. Diese Straßenrinne hier haben wir vor 10 Monaten sanieren lassen. Und sie sieht immer noch aus wie neu. Insbesondere die Steigung der Straße war eine große Herausforderung. Da ist vor allem die Konsistenz und Ausbringung des Fugenmaterial entscheidend.“

Thomas Schlamp (rechts), Geschäftsführer von Schlamp Kommunaldienstleistungen, sitzt oft selbst in der Kehrsaugmaschine. So erkennt er gemeinsam mit seinem Team die Probleme und Bedarfe dort, wo sie entstehen. Laut Thomas Schlamp werden daraufhin die Fahrzeuge und Methodiken entsprechend optimiert und den Anforderungen angepasst.



FÜR EINE  
PROFESSIONELLE  
BERATUNG RUFEN  
SIE AN ODER  
SCHREIBEN  
SIE UNS!

*DStGB-Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr:*

## Handlungsbedarf bei der Mobilitätswende

Mit der Frage, wie sich die Ladeinfrastruktur in der Fläche ausbauen lässt, befasste sich der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB). Die in dem Gremium vertretenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem gesamten Bundesgebiet sehen insbesondere Bedarf bei der personellen Unterstützung der Kommunen, um den Ladeinfrastrukturausbau in Deutschland zu beschleunigen.

Wie der Ausschussvorsitzende, Bürgermeister Ingo Hacker (Neuhausen auf den Fildern) sowie Bürgermeister Andreas Grund (Neustrelitz) betonten, komme den Städten und Gemeinden in den Anwendungsfeldern alternativer Antriebe und dem Aufbau entsprechender Infrastruktur eine Schlüsselrolle zu. Die Kommunen und kommunalen Unternehmen hätten bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um öffentliche Ladeinfrastruktur aufzubauen.

Seit vielen Jahren bereits werde in den Städten und Gemeinden im Interesse einer gesteigerten Lebensqualität an neuen Mobilitätskonzepten gearbeitet. Diese Aufgabe sei komplex, benötige Zeit und Ressourcen und höre nicht an Verwaltungsgrenzen auf.

### **Umfassende Finanzierungsoffensive**

Aus Sicht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister benötigt der ÖPNV eine umfassende Finanzierungsoffensive und einen Modernisierungsschub. Anlässlich der Ausschusssitzung veröffentlichte der DStGB ein Positionspapier „Ein starker ÖPNV als Kernelement der Verkehrswende“. Darin schließen sich die Städte und Gemeinden auch einer Forderung der Verkehrsministerkonferenz der Länder vom Juni 2021 an. Zur Finanzierung des Klimaschutzbedarfs im ÖPNV bedürfe es einer zusätzlichen Anhebung der sog. Regionalisierungsmittel des Bundes ab dem Jahr 2022 und bis 2030 in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

### **Bessere Anbindung der ländlichen Räume**

Zudem brauche Deutschland eine bessere Erschließung und Anbindung der ländlichen Räume durch den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs, durch flexible Busangebote (so genanntes Ridepooling) und den Ausbau der Ladeinfrastruktur auch abseits der Metropolregionen. Durch gute Erreichbarkeit würden Ballungsräume entlastet und ländliche Strukturen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse gestärkt. Bei der Debatte um die Mobilitätswende dürfe nicht vernachlässigt werden, dass mehr als die Hälfte der Menschen bundesweit im ländlichen Raum lebt.

Aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit stelle die Schiene das Rückgrat umwelt- und klimaschonender Mobilität dar, hieß es weiter. Hierfür bedürfe es weiterer Investitionen in Elektrifizierung und Digitalisierung der Netze sowie in die Reaktivierung von Bahnstrecken. Die Angebote im Nah- und Fernverkehr seien „im Sinne der Erreichung des Deutschlandtaktes“ auszuweiten.

Auch müsse der Umstieg auf alternative Antriebe weiter forciert werden. Grüner Wasserstoff sei zur Marktreife zu bringen und Elektromobilität müsse in den kommenden Jahren flächendeckend verfügbar werden. Hierzu diene insbesondere der Ausbau der Ladeinfrastruktur. Das bundesweite Schnellladernetz sei konsequent umzusetzen und auch das Laden im

halböffentlichen und privaten Bereich solle weiter gefördert werden. Neben Fördermitteln müssten Bund und Länder auch die koordinierende Funktion der Kommunen vor Ort durch Personalförderung in Form von Elektromobilitätsmanagern stärken.

„Es bedarf einer klaren Strategie und Förderung des Bundes, um die Vernetzung klimaschonender Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu ermöglichen“, lautet eine weitere Forderung. Einheitliche Auskunfts- und Buchungssysteme müssten forciert werden und auch die physische Vernetzung durch Park+Ride oder Fahrradabstellanlagen an Knotenpunkten seien auszubauen. Insbesondere das Konzept der Mobilitätsstationen biete dabei nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land erhebliche Potenziale.

### **Handlungsbedarf sehen die Kommunalpolitiker auch bei der**

### **Stadtverkehr steht vor großen Herausforderungen:**

## Mobilität muss bezahlbar bleiben

**ADAC positioniert sich auf dem Mobilitätskongress 2021 für den Mobilitätsersatz durch örtlich angepasste Lösungen**

**Nürnberg. „Mensch und Verkehr im urbanen Umfeld“ lautete das Motto des Mobilitätskongresses 2021 in Nürnberg. Städte stehen vor der Herausforderung, die vom Straßenverkehr mitverursachten Probleme wie Staus, Luftverschmutzung und Treibhausgasausstoß zu entschärfen. Gleichzeitig ist die verfügbare Fläche begrenzt, wie auch Oberbürgermeister König in seiner einleitenden Rede deutlich machte. Hier sind zukunftsweisende Gesamtkonzepte gefragt, die die Stärken der jeweiligen Verkehrsmittel optimal nutzen, ohne die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen einzuschränken.**

Jürgen Hildebrandt, Leiter Verkehr, Technik und Umwelt beim ADAC Nordbayern stellte fest: „Digitalisierung und technische Innovationen bieten für alle Verkehrsarten ungeheure Potenziale sowohl für die Lebensqualität in urbanen Räumen als auch für eine umweltfreundlichere Mobilität. Hierbei muss man beachten, dass die Menschen zwar Klimaschutz wollen, aber keine Einschränkungen in ihrer Mobilität. Es muss demnach gelingen, unsere Mobilitätsangebote umweltfreundlich zu gestalten und gerade im urbanen Raum mehr Menschen davon zu überzeugen, Alternativen zum PKW zu nutzen.“

### **Den Bestand berücksichtigen**

Dabei muss Mobilität in erster Linie bezahlbar bleiben, der Preis ist aber nicht das einzige Kriterium. Alternative Lösungen müssen technologieoffen, schnell, zuverlässig, sauber und bedarfsgerecht sein. Bei der angestrebten Dekarbonisierung des motorisierten Individualverkehrs sollte daher der Blick nicht nur auf batterieelektrische Fahrzeuge gerichtet, sondern auch der Bestand berücksichtigt werden.

Das Durchschnittsalter der Fahrzeuge steigt. Der ADAC plädiert deshalb bei herkömmlichen Antriebslösungen für regenerativ hergestellte eFuels. Auch der Wasserstoff könne eine wichtige Rolle spielen. Gute Speicherfähigkeit sowie Synergien zwischen den Sektoren Strom, Wärmemarkt und Verkehr sprächen für beide Kraftstoffe.

Für die urbane Mobilität sind zukunftsweisende Gesamtkon-

zepte gefragt, die eine höhere Aufenthaltsqualität zum Ziel haben. Bei der Neugestaltung der Straßenräume dürfen jedoch keine neuen Gefahrenquellen im Verkehr entstehen. Zudem muss die Leistungsfähigkeit der Straßen auch für den ÖPNV und den Wirtschaftsverkehr erhalten bleiben. Eine Flächenumverteilung allein zugunsten des Radverkehrs auf Hauptverkehrsstraßen ist daher aus Sicht des ADAC Nordbayern nicht zielführend. Eine Alternative stellt vielmehr der Ausbau von Fahrradwegen in weniger frequentierten Nebenstraßen dar.

### **Jetzt die Weichen stellen**

„Die kommende Bundesregierung muss jetzt die Weichen stellen, indem sie den finanziellen und den rechtlich-regulatorischen Rahmen für Mobilitätswende spürbar verbessert. Nur mit dem notwendigen Gestaltungsspielraum können die Kommunen ihren Beitrag für eine nachhaltige Mobilität in Stadt und Land leisten“, unterstrich Ausschussvorsitzender Hacker abschließend. **DK**



Eine positive Bilanz zogen die Landräte v.r.: Raimund Kneidinger (Passau) Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), Rita Röhl (Regen) und Christian Bernreiter (Deggendorf) zusammen mit Michael Karmainski von der Regionalbus Ostbayern GmbH nach gut einem Monat Verbundtarif DonauWald. Erste Busse im neuen VDW-Design sind bereits unterwegs und symbolisieren mit dem Farbverlauf von blau nach grün den Zusammenschluss im Verbundtarif auf dem Gebiet von der Donau bis in den Bayerischen Wald. Bild: LRA Passau

### **Verbundtarif DonauWald:**

## Positive Zwischenbilanz

**Deggendorf/Freyung-Grafenau/Passau/Regen. Bayer. Eisenstein/Passau. Vier Landkreise. Ein Tarif. Mit der Einführung des neuen Verbundtarif DonauWald (VDW) kommt das Förderprojekt der ILE Bayerwald, einen einheitlichen „Bayerwald-Wabentarif“ für die vier Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau und Regen zu entwickeln zur Umsetzung. Die RBO hat 2016 den Zuschlag dafür erhalten. Nun haben sich 21 Verkehrsunternehmen unter Federführung der RBO zu einer Verkehrsgesellschaft zusammengeschlossen und bieten seit 1. September 2021 den „Verbundtarif DonauWald – VDW“ an.**

Landrätin Rita Röhl (Regen) sowie die Landräte Christian Bernreiter (Deggendorf), Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau) und Raimund Kneidinger (Passau) bescheinigten dem neu gegründeten Tarif-Zusammenschluss am Rande der Landräte-Tagung in Bayer. Eisenstein einen gelungenen Start.

„Gut ein Monat seit dem Start des neuen Tarifs ist nun vergangen – bis dato bekommen wir aus der Bevölkerung nur positives Feedback“, lobt Landrat Kneidinger den neuen ÖPNV-Tarif. „Eltern und Schüler freuen sich gerade zum Beginn des neuen Schuljahres über die gefallen Preise der Schüler-Umweltjahreskarten im Landkreis Passau, deren Preisniveau nun auf die Nachbarlandkreise angeglichen wurde. Mit den Online-Anträgen auf der neuen VDW-Homepage wurde zudem Bürokratie abgebaut und ein schnelleres Antragsverfahren geschaffen“, führt Kneidinger weiter aus. Auch der Seniorentarif des VDW mit einer Ersparnis von 50% gegenüber den regulären Einzeltickets kommt bei dieser Zielgruppe sehr gut an, so Kneidinger.

### **Gemeinsamer Wabenplan**

Für Landrat Gruber ist der gemeinsame Wabenplan ein Meilenstein: „Durch den gemeinsamen Tarif können Fahrkarten nun endlich auch über die Landkreisgrenzen hinweg gelöst werden. Doppelter Ticketkauf und Bedienverbote gehören somit der Vergangenheit an“, so Gruber. Der Landkreis Freyung-Grafenau erhielt erstmals zum April 2021 einen eigenständigen Wabenplan, welcher zum 1. September mit den Wabenplänen der Nachbarlandkreise zusammengeführt wurde.

### **Bayerweite Verbundbestrebungen**

Landrätin Rita Röhl sieht die Einführung des VDW als Zwischenschritt auf dem Weg zur Einführung eines leistungsfähigen Verkehrsverbundes. Hier haben sich die VDW-Landkreise zusammen mit der Stadt Passau sowie den Landkreisen Dingolfing-Landau und Rottal-Inn dafür ausgesprochen, im Rahmen der bayernweiten Ver-

kehrverbundbestrebungen eine Grundlagenstudie in Auftrag zu geben, die neben der tariflichen Betrachtung auch die Verkehrsbeziehungen in Augenschein nimmt. „Unser nächstes Ziel muss dann lauten: gemeinsame Planungen zur Verbesserung und Ausweitung der Linienverkehre und eine vollwertige Integration der Bahnlösungen im Verbundraum“, so Röhl.

Landrat Christian Bernreiter lobt vor allem die neue Verbund-App „vdw.mobil“, die kostenlos im App-Store (iOS) und Google-Play-Store (Android) erhältlich ist. „Wichtig für die ÖPNV-Nutzer heutzutage ist, alle Informationen mobil und schnell aus einer Hand zu bekommen. Besonders die Live-Auskünfte über den Busstandort und das neu eingeführte E-Ticketing gefallen mir sehr gut und bringen einen deutlichen Mehrwert für unsere Fahrgäste“, unterstrich Bernreiter.

## Erfolgsmodell MVV-RufTaxi

**Erholung der Fahrgastzahlen erkennbar**

**Schon seit dem Jahr 2015 verkehrt das MVV-RufTaxi im Landkreis Fürstentfeldbruck, es etablierte sich schnell. Doch auch hier brachen die Fahrgastzahlen seit Beginn der Corona-Pandemie stark ein. Nun zeigen sich deutliche Anzeichen einer Erholung: Die Anzahl der Fahrgäste des MVV-RufTaxis im Landkreis Fürstentfeldbruck (und in den angeschlossenen Gebieten der Landkreise Starnberg und Dachau) stieg im Juli linienübergreifend auf den höchsten Wert seit Beginn der Corona-Pandemie. Ebenso die Anzahl der durchgeführten Fahrten. Die bedarfsgesteuerte Bedienform ist ein Erfolgsmodell.**

Flächendeckender öffentlicher Nahverkehr, rund um die Uhr, auch in Randlagen: Das ist die grundlegende Idee hinter dem MVV-RufTaxi-Angebot, wie es im Landkreis Fürstentfeldbruck betrieben wird.

Schon im Frühjahr 2013 begann man mit Planung und Ausschreibung eines flächendeckenden bedarfsgesteuerten Verkehrsangebotes für den Landkreis. Heute sind neben dem gesamten Kreisgebiet auch Fahrten in Teile der angrenzenden Landkreise Starnberg und Dachau mit dem MVV-RufTaxi möglich.

### **Rückgang der Fahrten**

Wie auch im übrigen MVV-Raum brachen die Fahrgastzahlen der sieben MVV-RufTaxi-Linien im Landkreis Fürstentfeldbruck mit Beginn der Corona-Pandemie stark ein. In gleichem Maße ging dann auch die Fahrtenanzahl des nachfragegesteuerten Angebotes zurück. Entsprechend den jeweils geltenden Corona-Beschränkungen nahmen die Zahlen über die Monate der Pandemie entsprechend zu oder ab. Mit den Lockerungen und Öffnungen im Juni und Juli erholten sich die Zahlen erstmals deutlich: Insgesamt wurden im Juli 2021 3.039 Fahrten durchgeführt, knapp 40 Prozent mehr als noch im Januar 2021. Dabei wurden im Juli 2021

Michael Karmainski, Sprecher der neu gegründeten Verkehrsgesellschaft „Verbundtarif DonauWald“ freute sich über die positive Resonanz der Landräte und Landräte und stellte bei dieser Gelegenheit einen Niederflurbus im neuen VDW-Design vor. **□**

rund 6.750 Fahrgäste auf den sieben MVV-RufTaxi-Linien befördert – und damit mehr als in den „Vor-Corona-Monaten“.

„Wir wollen den Fahrgast-service über innovative Angebote attraktiv gestalten. Insbesondere Digitalisierung ist ein entscheidender Schlüssel. Mit der Möglichkeit der elektronischen Buchung und Bezahlung über die MVV-App hat der Landkreis zusammen mit dem MVV seit letztem Jahr die Erfolgsgeschichte „MVV-RufTaxi“ fortgeführt“, so Landrat Thomas Karmasin zu den erfreulichen Zahlen.

„Für Personen im Schichtdienst und in systemrelevanten Bereichen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen waren und sind, ist das MVV-RufTaxi ein wichtiger Mobilitätsbaustein – gerade in Corona-Zeiten. Das MVV-RufTaxi zeigt auch in der Pandemie, dass es ein Erfolgsmodell ist“, so MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch. „Zusammen mit einem taktstarken MVV-Regionalbusverkehr in den Hauptverkehrszeiten ermöglichen die Landkreise den Fahrgästen so eine flexible und komfortable Nutzung des ÖPNV rund um die Uhr. Und das bei einem möglichst wirtschaftlichen Mitteleinsatz der Aufgabenträger. Besonders freut uns aber, dass das Vertrauen in den ÖPNV offensichtlich wieder da ist.“ **□**

Umweltminister Thorsten Glauber:

## Maßnahmen für mehr Hochwasserschutz

Hochwasserschutz ist für die Kommunen eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Dies betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei der Einweihung von zwei Rückhaltebecken verschiedener Hochwasserschutzmaßnahmen im Landkreis Ostallgäu und im Günztal sowie anlässlich der Freigabe der neuen Schutzbauwerke im Bereich der Isarmündung an der Donau im Landkreis Deggendorf.

Durch die beiden Hochwasserschutzprojekte im Ost- und Unterallgäu werden insbesondere Maßnahmen zum Rückhalt des Wassers in der Fläche realisiert. Das Hochwasserrückhaltebecken Eurishofen in der Gemeinde Jengen bildet den Abschluss von insgesamt zehn Becken des Zweckverbandes Gennach-Hühnerbach. Elf Kommunen haben sich 2007 zu dem Zweckverband zusammengeschlossen und unter finanzieller Beteiligung des Freistaats Bayern einen umfassenden Hochwasserschutz aus Rückhaltebecken sowie Gewässerausbau- und Renaturierungsmaßnahmen entlang der Flüsse Gennach und Hühnerbach realisiert.

Glauber zufolge hat der Zweck-

verband Gennach-Hühnerbach in Rekordzeit ein Vorzeigeprojekt umgesetzt. Die zehn Rückhaltebecken und weitere Maßnahmen vor Ort seien dezentraler Hochwasserschutz in Reinkultur. Sie schützten die Bürgerinnen und Bürger entlang von Gennach und Hühnerbach vor einem hundertjährigen Hochwasser. Auch ein Klimaschutz sei dabei berücksichtigt worden, stellte der Minister anlässlich der Einweihungsfeier des Rückhaltebeckens Eurishofen fest.

Die Gesamtkosten der Bau- und Renaturierungsmaßnahmen liegen bei rund 30 Millionen Euro und bieten im Hochwasserfall ein Rückhaltevolumen von rund 1,7 Millionen Kubikmetern Wasser. Freistaat

und EU fördern die Hochwasserschutzmaßnahmen mit bis zu 75 Prozent.

### Neue Rückhaltebecken

Auch im Günztal wird der Hochwasserschutz vom Freistaat vorangetrieben. Mit dem Hochwasserrückhaltebecken Eldern wurde das erste von insgesamt fünf Rückhaltebecken fertiggestellt. Bei der Einweihung in Ottobeuren bezeichnete Glauber dieses als Kernstück des überregionalen Hochwasserschutzprojekts entlang der Günz. Die umfassenden Schutzmaßnahmen bedeuteten ein deutliches Plus an Sicherheit für die Menschen vor Ort. Sie böten Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasserereignis samt Klimaschlag.

Die Günz einschließlich ihrer Zuflüsse bildet das längste Bachsystem Bayerns. Dem Schadenspotenzial bei einem 100-jährlichen Hochwasser wird mit insgesamt fünf Rückhalte-

becken in Eldern bei Ottobeuren, Westerheim, Engetried, Sontheim sowie Frechenrieden mit einem Gesamtrückhaltevolumen von über 8 Millionen Kubikmetern sowie weiteren Maßnahmen begegnet. Für das erste Hochwasserrückhaltebecken in Ottobeuren wurden rund 800 Meter Dämme mit bis zu 11 Metern Höhe errichtet. Rund 1,6 Millionen Kubikmeter Hochwasserabfluss können dadurch zwischengespeichert werden.

Das Gesamtvolumen der Hochwasserschutzmaßnahmen im Günztal beträgt rund 75 Millionen Euro. Die von der Maßnahme profitierenden Gemeinden haben sich zu einem Hochwasserschutz-Zweckverband zusammengeschlossen und unterhalten die Anlagen nach ihrer Fertigstellung für die nächsten hundert Jahre eigenverantwortlich.

### Mustergültiger Schutz für die Menschen

Anlässlich der Freigabe der neuen Schutzbauwerke am Stögmühlbach in der Gemeinde Moos (Landkreis Deggendorf) wies Glauber darauf hin, dass gerade im Bereich der Isarmündung die Menschen 2013 mit Schrecken hätten erleben müssen, welche Schäden ein Hochwasser anrichten kann. „Der Schutz der Menschen wurde hier vor Ort mustergültig vorangebracht. Das Landratsamt Deggendorf hat großartige Arbeit geleistet und das notwendige Verfahren in Rekordzeit abgewickelt. Auch der Bevölkerung gilt unser Dank: Durch den Verkauf von Anwesen im Bereich der Isarmündung wurden die Maßnahmen überhaupt erst möglich. Das ist gelebte Solidarität und absolut vorbildlich“, betonte der Minister.

### Fischverträgliche Technologie

Im Rahmen der Baumaßnahme wurden mehr als fünf Kilometer begrünte Deiche als zusätzliche zweite Deichlinie neu errichtet. Zusätzlich wurden zwei neue Schöpfwerke mit innovativer und noch fischverträglicherer Technologie gebaut. In den neu entstandenen Rückhalteräumen können über neun Millionen Kubikmeter Wasser zurückgehalten werden. 42 Millionen Euro wurden im Rahmen der Baumaßnahmen investiert.

Der Hochwasserschutz in Bayern soll auch in Zukunft kraftvoll ausgebaut werden: Geplant ist, insgesamt zwei Milliarden Euro im Rahmen des laufenden Gewässer-Aktionsprogramms bis Ende 2030 zu investieren. Weitere 150.000 Menschen sollen damit in Bayern gezielt vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt werden. **DK**

## Ohne Teichwirte steht die Artenvielfalt auf dem Spiel

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel auf Sommertour mit der Fischereifachberatung

Auch große Fische haben einmal klein angefangen. Davon überzeugte sich Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel im Rahmen seiner Sommer-Tour mit der Fischereifachberatung in der Fischzucht Gerstner in Volkach. Entlang des romantischen Tals der Volkach reiht sich auf rund 1.500 Meter Länge Teich an Teich. Aber die Idylle täuscht. Der Traditionsbetrieb in vierter Generation kennt viele Probleme, wie Fischwirtschaftsmeisterin Michaela Gerstner-Scheller berichtet. Sie leitet den Betrieb seit 2004.

Dabei denkt sie nicht nur an die üblichen Handicaps in Zusammenhang mit der Wasserarmut auf der fränkischen Trockenplatte. Und auch nicht daran, dass es in Jahren mit viel Starkregen und Hochwasser Fischen gelingen kann, aus ihrer Anlage auszubüxen. Sie denkt dabei auch nicht an die Konkurrenz aus Übersee, die exotische Fischarten und seltene Meeresfrüchte in den Supermärkten anbietet. Viel mehr Kummer bereiten ihr (und ihren Kolleginnen und Kollegen in ganz Bayern) fischfressende Vögel wie insbesondere die Kormorane. Wenn die in einem dichten Schwarm über ein Gewässer herfallen, fangen sie bis zu neunzig Prozent der Fische eines Teichs. „Damit ist unter Umständen jahrelange Mühe umsonst!“

### Vormarsch der Fischotter

Mit Sorge beobachten die unterfränkischen Teichwirte zudem den Vormarsch der Fischotter. Die putzigen Tierchen haben keine natürlichen Feinde und verursachen bereits jetzt in den Oberpfälzer Teichanlagen verheerende Schäden. „Das Schlimmste an den Fischottern ist, dass die in einen regelrechten Blutausch verfallen können“, so die Fischwirtschaftsmeisterin. Das bayerische Landwirtschaftsministerium habe allein für das Jahr 2019 einen Gesamtschaden durch Fischotter von weit mehr als einer Million Euro errechnet.

Der materielle Verlust sei dabei nur die eine Seite der Medaille, wie Fischereifachberater Michael Kolahsa ergänzte: „Fischteiche bieten zahlreichen seltenen Tier- und Pflanzenarten ideale Lebensräume.“ Diese immense Artenvielfalt stehe auf dem Spiel, wenn Teichwirte gezwungen wären, ihre Betriebe aufzugeben. Gerstner-Scheller war aus Frust wegen der ständigen Kormorananschäden vor fünfzehn Jahren selbst schon drauf und dran aufzuhören. Mittlerweile gebe es aber die Möglichkeit, die gefährlichen Vögel nachhaltig zu verschrecken. Was man gegen Fischotter unternehmen könnte, ist allerdings noch ein Rätsel.

Gerade die Karpenteich-Wirtschaft ist ausgesprochen natur-

nah. Die Schuppenträger decken ihren Eiweiß-Bedarf nämlich im Wesentlichen durch die natürliche Nahrung, die sie im Teich finden wie zum Beispiel Insektenlarven oder Wasserflöhe. „Nur in Ausnahmefällen wird zugefüttert“, erklärte Gerstner-Scheller. Karpfen durchpflügen auf der Suche nach Nahrung den Teichboden. „Das Wasser eines Karpenteichs muss braun sein, das ist die Natur“, betonte Gerstner-Scheller. Fische sind wechselwarme Tiere, weswegen sie in vergleichsweise kühlen Sommern wie heuer weniger Fleisch ansetzen. Die bayerischen Karpenteichzüchter rechnen daher in dieser Saison mit einem unterdurchschnittlichen Ertrag – statt der 5.300 Tonnen wie im vergangenen Jahr könnten es heuer nur 5.000 Tonnen werden!

Teichwirtschaft gibt es insbesondere in Nordbayern seit mehr als tausend Jahren. In diesem Jahr hat die UNESCO die traditionelle Karpenteichwirtschaft sogar als immaterielles Kulturerbe anerkannt. Gerstner-Scheller sieht darin eine Anerkennung der bayerischen Fischzüchter. Karpenteiche würden schließlich die fränkischen Landschaften prägen.

In ihrem Betrieb züchtet sie freilich nicht nur Karpfen. Rege nachgefragt würden auch Raubfische, insbesondere Zander. Und noch eine Besonderheit: in den Teichen der Gerstner'schen Anlage schwimmen Koi-Karpfen aus eigener Nachzucht. „Bunt, robust, winterhart, ideal für heimische Gartenteiche“, lobt die Fischwirtschaftsmeisterin ihre Exoten.

Am Schluss holt sie mit dem Kächer noch einen prächtigen Stör aus einem der Hälterungsbecken. Mit einem routinierten Griff hält sie ihn hinter den Kiemen fest und zeigt ihn den Besuchern. Der Fisch mit den markanten Barteln vor dem Maul ist fast einen Meter lang, aber er verhält sich erstaunlich still. Wie er denn heiße, fragt jemand aus der Runde. „Keine Namen!“, antwortet Michaela Gerstner-Scheller, „keine persönliche Bindung!“ Schließlich wird der stattliche Flossenträger eines Tages in irgendeiner Feinschmecker-Küche enden und dann soll es zuvor keinen traurigen Abschied aus dem Tal der Volkach geben. **□**

Bäderlandschaft in Nürnberg:

## 100 Jahre Naturgartenbad

Mit seinen drei städtischen Freibädern verfügt Nürnberg über eine attraktive Bäderlandschaft. Besonders ragt neben dem Westbad und dem Stadionbad dabei das Naturgartenbad heraus: Eingebettet in dichtes Grün, fast ländlich idyllisch, besteht das „Natsger“ nun bereits seit 100 Jahren. So alt das Bad an Jahren ist, so wechselvoll ist seine Geschichte.

Nachdem der „Verein zur Verschönerung Erlengstegens“ immer wieder die Errichtung einer öffentlichen Badeanstalt angeregt hatte, war es 1920 endlich so weit: Der Kneipp-Verein, der Naturheilverein, der Versicherungsverein a.G. sowie der bereits bestehende Verein zur Förderung des Nürnberger Naturgartens schlossen sich zusammen zur „Gesellschaft Naturgarten Erlengstegen – Nürnberger Luft- und Sonnenbad und Erholungsheim GmbH“. Diese nahm die Planungen einer Erholungsstätte für die Nürnberger Bevölkerung auf.

### Publikumsmagnet

Noch zur Sommersaison 1921 wurde der Badebetrieb aufgenommen. Seine idyllische Lage mit den weitläufigen Föhrenwäldern und die gute Erreichbarkeit machten das Naturbad Erlengstegen zu einem Publikumsmagneten, der bereits in seinen ersten Betriebsjahren rund 40.000 Gäste verzeichnete. Die Becken hatten einen Sandboden und waren verschalt, beziehungsweise mit Brettern vertäfelt und ihre Ausmaße überstiegen die heutigen deutlich.

Im Jahr 1938 kaufte die Stadt

Nürnberg die Anlage für 98.000 Reichsmark und verpachtete sie an den Kneipp-Verein e.V. In den Kriegsjahren herrschte zwar ein reger Badebetrieb, dennoch war der Verein auf zinslose Vorschüsse der städtischen Kämmerei angewiesen. Ende Juli 1941 beschädigte ein Hochwasser die Anlage schwer. Eine schnelle und vollständige Wiederinstandsetzung war wegen der Kriegssituation nicht möglich, was dazu führte, dass die Liegewiesen immer stärker versumpften und an heißen Tagen ein lästiger Geruch auftrat. Für das Jahr 1943 hingegen verzeichnete der Kneippverein schon wieder eine Steigerung der Besucherzahl um fast 11.000.

### Schwere Tage in dunkler Zeit

Die Nationalsozialisten stellten selbst die öffentlichen Badeeinrichtungen in den Dienst ihrer Ideologie. Wie alle anderen Gesundheitsvereine wurde der Kneipp-Verein auf Anordnung der Reichskanzlei im Jahr 1943 aufgelöst und ging im Deutschen Volksgesundheitsbund auf.

Und so erhielt auch der Naturgarten Erlengstegen einen neuen Namen: Der „Gesundheitspark der Stadt der Reichsparteitage“

war Nichtariern und Angehörigen aller „Feindstaaten“ verschlossen. Ein Jahr später führten erhebliche Fliegerschäden und die Nutzung der Schwimmbecken als Löschwasserbecken zur Sperrung des Naturgartens. Nach Kriegsende wurde die stark beschädigte Anlage von der Militärregierung beschlagnahmt.

### Provisorisches Badevergnügen

Ab Mai 1951 stand den Nürnbergern ein, wenn auch immer noch provisorisches, Badevergnügen offen. Dies war umso wichtiger, als bald danach die Flussbäder Laufamholzhammer und Mögeldorf wegen der starken Verschmutzung der Pegnitz geschlossen werden mussten. Bereits ab 1955 häuften sich allerdings Klagen über eine massive Überlastung der städtischen Badeeinrichtungen generell, somit auch des Naturgartenbads. Ende der 1960er Jahre gab der immer kleiner werdende Kneipp-Verein die Betriebsführung an die Stadt Nürnberg ab und erhielt im Gegenzug eine kleine Anlage im Westbad.

### Attraktives Naturbad

Trotz seiner idyllischen Lage verlor das „Natsger“ in den siebziger Jahren viele Gäste an seine moderneren Konkurrenten. Erst mit dem Einbau eines neuen Edelstahlbeckens für rund drei Millionen DM gewann der Naturgarten wieder an Attraktivität. Das Wasser für die Füllung der Becken liefert ein zehn Meter tiefer Brunnen. Erfrischung ist auch bei größter Hitze garantiert, denn das Becken ist unbeheizt.

Seit einigen Jahren erfährt das Naturgartenbad eine weitere Nutzung: Seit 2006 werden jeden Sommer an sechs Abenden Filme aus dem aktuellen Open-Air-Kinoprogramm auf einer schwimmenden Leinwand präsentiert. Genuss pur unter dem Sternenhimmel bei lauschigem Sommerflair. So gehört die Anlage heute nicht nur den Schwimmbesteckerten, sondern ist mit ihren einzigartigen Liegewiesen und ihrem stimmungsvollen Ambiente sommerlicher Treff und Naherholungsgebiet zugleich. **DK**



Badevergnügen im „Natsger“ in früherer Zeit. Bild: Archiv/Stadt Nürnberg

GÜTEZEICHEN  
RAL  
KANALBAU

# Qualität ist viel wert

**Stadt: München**

Regenauslasskanal Ungererstraße / Nordfriedhof

Inbetriebnahme des Kanals: 1902

Bild: Münchner Stadtentwässerung

## Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**

Die Gemeinde Sulzemoos hat ca. 3.300 Einwohner, das Verbandsgebiet der WestAllianz mit Sitz in unserer Gemeinde erstreckt sich über sieben Kommunen mit mehr als 70.000 Einwohner.

**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?**

01.05.2020

**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**

Es hat sich einfach so ergeben. Ich hatte zuvor über viele Jahre ehrenamtliche Funktionen in Vereinen bzw. in der Öffentlichkeit, bin dann 2002 das erste Mal als Gemeinderat angetreten und hatte ein großartiges Ergebnis bei der Stimmenanzahl. Das Vertrauen hat mich



### Johannes Kneidl

Erster Bürgermeister der Gemeinde Sulzemoos (LK Dachau), Zweckverbandsvorsitzender WestAllianz München

unheimlich bestärkt weiter zu machen. Sich für die Heimat einzubringen macht einfach Spaß.

**Wie haben Sie sich vorbereitet?**

Kommunalpolitisch war sicherlich meine langjährige Erfahrung eine super Vorbereitung auf das Amt des Bürgermeisters. Ich war vorher 18 Jahre im Gemeinderat, davon sechs Jahre Dritter Bürgermeister und sechs Jahre Zweiter Bürgermeister. Vor allem aber hatte ich in meinem vorherigen Beruf in einem Finanzkonzern über die vielen Jahre Erfahrungen aus vielfältigen Aufgaben und Verantwortungsbereichen gesammelt, die mir zu Gute kommen.

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**

Unsere Gemeinde wurde über viele Jahrzehnte hervorragend geführt und gestaltet. Mein Vorgänger hat mir also ein „gut bestelltes Haus“ überlassen. Das hat vieles einfach gemacht. Diese Arbeit dann mitten in einer Pandemie anzufangen, mit allen Konsequenzen daraus, begleitet den Start nachhaltig. Ich hätte gerne ein paar Dinge ad hoc umgesetzt, die dadurch leider nicht möglich waren. Meine Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung haben es mir leicht gemacht, mit ihnen zusammenzuarbeiten und einen guten Start zu haben.

**Welche Themen beschäftigen Sie momentan?**

Die Gemeinde Sulzemoos liegt in der Boomregion um München. Wir haben uns mit allem, was zu einem Wachstumsraum gehört zu beschäftigen und gestalten die damit verbundenen Herausforderungen. Dabei steht die Schaffung von Wohnraum und Gewerbeflächen aktuell im Fokus der Gemeinde. Alles was wir tun, wird unter Klimaschutzaspekten geprüft. In der WestAllianz arbeiten wir an unterschiedlichen Themenfeldern, wie Energie/Klimaschutz, Mobili-

tät, Wirtschaft/Bildung, Kultur, Tourismus oder zu neuen Wohnformen. Ich selbst beschäftige mich sehr stark mit der Perspektive entlang der Autobahn A8 eine Bahnverbindung herzustellen.

**Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**

Nachhaltiges Handeln und Klimaschutzaktivitäten fortzusetzen bzw. zu intensivieren bestimmt unsere Politik weiterhin. Darüber hinaus haben wir verschiedene kleinere und größere Zukunftsprojekte für die Menschen in unserer Gemeinde auf der Umsetzungsliste – von Radwegen und Spielplätzen bis hin zu Jugendtreffs und Ortsmittengestaltung. Ich persönlich setze mich auch für den Bau einer Einrichtung zur Seniorenbetreuung (Tagespflege) ein.

**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**

Bleib so wie du bist und lass dich nicht verbiegen.

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**

Mir ist der persönliche Austausch extrem wichtig. Ich bin für alle immer direkt ansprechbar. Meine Handynummer steht auf meiner Homepage, da melden sich dann auch Menschen, die ich bisher noch nicht persönlich kennenlernen konnte. Auch mal zuhören und beobachten spielt dabei eine wichtige Rolle. Ansonsten veröffentliche ich vieles auf meinen Social-Media-Kanälen. Das kommt ganz gut an. Das Ziel ist immer auch Entscheidungen so kommunizieren, dass sie gar nicht mehr erklärungsbedürftig sind.

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Wir werden sicherlich unserer Arbeitsmethodik verändern, digitale Ratsinfosysteme oder papierloses Arbeiten in der Verwaltung sind nur die ersten Beispiele dafür. Die Digitalisierung wird uns aber vor allem Chancen bringen, an die wir auf kommunaler Ebene heute vielleicht nur im Ansatz denken – mit Begleiterscheinungen, die auch Geld kosten werden. Dies betrifft Infrastruktur für neue Mobilitätsformen genauso wie andere Zukunftsinvestitionen, die sich aber langfristig lohnen werden. Ich freue mich auf diese Entwicklungen.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

Nein, ich bin zu vielfältig unterwegs für ein einziges Motto. Wenn ich aber zwischendurch mal einen schönen Spruch lese, dann denke ich mir schon: „stimmt“!

**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**

Damit beschäftige ich mich „Null“. Ich habe keine Intentionen, mir durch die Arbeit als Bürgermeister Denkmäler zu setzen. Wenn spätere Generationen mal sagen könnten, der hat insgesamt einen guten Job gemacht und die Menschen in der Gemeinde zusammen gebracht, dann wäre das natürlich schön. □

Staatsministerin Michaela Kaniber:

## Klimafreundliches Dorfgemeinschaftshaus

Mit der Schlüsselübergabe für das Dorfgemeinschaftshaus „Dorfhaus am See“ hat Staatsministerin Michaela Kaniber dem vitalen Dorfleben in Ermetzhofen ein neues Zuhause gegeben. Das Gebäude ist ein Baustein der seit 2007 laufenden Dorferneuerung der Gemeinde Egersheim. Mit der Initiative „Innen statt Außen“ wurde das neue Gebäude mit über 600.000 Euro über das Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken vom Freistaat gefördert. „Jedes Dorf lebt von einem Miteinander seiner Bürgerinnen und Bürger. Vor allem bei Projekten der Dorferneuerung ist es besonders wichtig, dass sich alle Interessensgruppen in den Gestaltungsprozess mit einbringen. Umso schöner ist es, dass wir dem Ortsteil Ermetzhofen jetzt wieder einen neuen Treffpunkt für Jung und Alt bieten können. Und dank seiner CO2-neutralen Bauweise dient das neue Dorfgemeinschaftshaus auch noch im besonderen Maße dem Klimaschutz. Eine wahre Win-Win-Situation für alle“, sagte Staatsministerin Michaela Kaniber bei der Einweihung.

Durch ein innovatives Lüftungskonzept und die Nutzung von Hackschnitzeln und Sonnenenergie ist das Gebäude besonders energie- und ressourceneffizient. Für das Projekt Dorfgemeinschaftshaus am See in Ermetzhofen hat die Gemeinde Leerstand erworben. Anschließend wurde mit der Dorfgemeinschaft ein umfangreiches Nutzungskonzept unter dem Motto „Unsere gemeinsame Zukunft“ aufgestellt. Die Innenentwicklung ist ein wesentlicher Schwer-

punkt der Dorferneuerung, der Gemeindeentwicklung und der integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) zur Unterstützung kommunaler Allianzen. Durch die gezielte Nutzung von Leerständen in den Ortskernen, soll aktiv der Flächenverbrauch an den Ortsrändern reduziert werden. Mit der Initiative „Innen statt Außen“ unterstützt der Freistaat Gemeinden in der Dorferneuerung, die vorrangig auf diese Innenentwicklung und das Flächensparen setzen.

Seit Beginn der laufenden Dorferneuerung hat die Gemeinde Egersheim Investitionen von rund sechs Millionen Euro getätigt. Diese Investitionen hat der Freistaat wiederum mit 2,4 Millionen Euro unterstützt.

### Breite Bürgermitwirkung

In der Dorferneuerung wurden in den vier Ortsteilen Egersheim, Seenheim, Neuherberg und Ermetzhofen eine Vielzahl von Maßnahmen wie Spielplätze, Ortstraßen, Gehwege, und Platzgestaltungen mit breiter Bürgermitwirkung realisiert. Dies spiegelt das breite Spektrum der Dorferneuerung in der Erfolgsgeschichte „40 Jahre Dorferneuerung“ wider. □



v.l. Robert Bäumler (Fischereiverein Neunburg vorm Wald), Walter Drexler, Dr. Stefan Spindler, Michael Throner, Birgit Höcherl, Axel Bartelt, Martin Birner, Mathias Rosenmüller.



v.l.: Gerhard Zäh, Vorsitzender der Bayerischen Landesgartenschau GmbH, Dr. Dorothea Deneke - Stoll, Bürgermeisterin der Stadt Ingolstadt, Dr. Olaf Heinrich, Bürgermeister der Stadt Freyung und Sebastian Gruber, Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau. Bild: ©HD-Photography, Landesgartenschau Ingolstadt 2020 GmbH

Ende der Gartenschauen in Ingolstadt und Lindau:

## Positive Bilanz

Trotz strenger Corona-Auflagen und wechselhaftem Wetter haben die Veranstalter der diesjährigen Landesgartenschau in Ingolstadt und der Gartenschau in Lindau eine positive Bilanz gezogen. Mit den Besucherzahlen zeigten sie sich weitgehend zufrieden.

Nach 166 Tagen schloss die Landesgartenschau Ingolstadt am 3. Oktober ihre Tore. Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll übergab in einer feierlichen Zeremonie die Gartenschau an Dr. Olaf Heinrich, Bürgermeister der Stadt Freyung – dort wird 2023 die nächste bayerische Landesgartenschau ausgerichtet. Über 380.000 Besucher wurden in den zurückliegenden Monaten auf dem Gartenschau-Gelände gezählt. Von Studierenden über junge Familien bis hin zum Rentnerpaar war das Publikum bunt gemischt. Thomas Hehl, Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt Freizeitanlagen GmbH, zeigte sich von den positiven Rückmeldungen begeistert: „Wir sind sehr froh, wie gut die Besucher unserer Konzept angenommen haben. Besonders der Landschaftssee und der Wasserspielplatz haben viel Anklang gefunden.“ Mit der

Schließung der Landesgartenschau Ingolstadt beginnen nun die umfangreichen Rückbauarbeiten der temporären Ausstellungsbeiträge. Als Teil der Dauerparkanlage bleiben der Landschaftssee, Wasserspielplatz, Spielhügel, Piussteg, die Wasser- sowie die Partnerstadtgärten erhalten. Ab dem Frühjahr 2022 wird das Gelände der Öffentlichkeit als frei zugänglicher Park zur Verfügung stehen.

Bis zum 10. Oktober 2021 waren Lindau und die Region Gastgeber der Bayerischen Gartenschau. Sie verwandelte die Stadt in ein sinnliches Erlebnis aus Gärten, Wasser und Panorama. Herzstück des Gartenschau-Geländes wurde ein Bürgerpark, der auf einem ehemaligen Parkplatz auf der Ostseite der Insel angelegt worden war. Auf rund 17.000 Quadratmetern wurden dort unter anderem ein Skate-

park, Sportflächen und ein Spielplatz errichtet, die auch nach der Schau erhalten bleiben sollen. Laut Veranstalter schaffen die neuen Grünflächen eine Frischluftschneise und verbessern damit das Stadtklima. Niederschlagswasser könne nun direkt vor Ort versickern. Gleichzeitig entstanden neue Lebensräume für heimische Tiere und Pflanzen.

### Hervorragendes Ergebnis

Seit der Eröffnung am 20. Mai strömten etwa 290.000 Besucher an den „Gartenstrand“ auf der Hinteren Insel – laut Bürgermeister Mathias Hotz trotz einiger Wetterkapriolen „ein hervorragendes Ergebnis“. Zeitweise musste das Gelände sogar wegen Sturmschäden gesperrt werden. Statt der erwarteten 7.000 Dauerkarten wurden knapp 8.300 verkauft, die meisten davon an Anwohner und Jugendliche, wie Geschäftsführerin Claudia Knoll erfreut feststellte. DK

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chafel vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**  
Jörg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen und Vertrieb:**  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

## 14. Wunsiedler Forum:

## Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus

Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar – Bayern gegen Diskriminierung und Rassismus“ fand heuer das 14. Wunsiedler Forum statt. An dem Fachtag zu aktuellen Themen der Arbeit gegen Rechtsextremismus nahmen etwa 80 Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft aus ganz Bayern teil. Veranstalter des Wunsiedler Forums sind das Bayerische Bündnis für Toleranz, die Festspielstadt Wunsiedel und der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge.

Die Themen Rassismus und Diskriminierung werden nach Experteneinschätzung inzwischen viel offener diskutiert als noch vor einigen Jahren. „Es gibt ein Problembewusstsein. Institutionen und Gruppierungen wollen sich mit dem Thema befassen“, erklärte Martin Becher, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz. Seit dem Erstarken der Black Lives Matter (BLM) -Bewegung zögerten auch staatliche Stellen nicht mehr, das Thema Rassismus offen anzugehen. Dies sei ein völlig anderer Diskurs als noch vor fünf oder zehn Jahren. Die Sensibilität sei gewachsen, gerade auch viele junge Menschen gingen inzwischen an die Öffentlichkeit und trafen nicht mehr auf eine Mauer des Schweigens. „Es gibt einen Resonanzboden“, so Becher.

### Vernetzung in einem geschützten Raum

Das Wunsiedler Forum wolle Vernetzung ermöglichen, fuhr der Geschäftsführer fort: Diejenigen, die sich gegen menschenfeindli-

che Einstellungen, gegen Abwertungen und damit auch gegen die extreme Rechte engagieren, aber nicht betroffen sind, müssten sich mit denen verbünden, die von Rassismus betroffen sind. „Die direkte Betroffenen müssen das Gefühl haben, dass sie nicht allein sind.“ Alltagsrassismus sei für sie alltäglich erlebter Rassismus. Für nicht direkt Betroffene bleibe er abstrakt. Diese Lücke gelte es zu schließen. Das Wunsiedler Forum wolle einen geschützten Raum bieten, damit beide Seiten sich begegnen könnten.

Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann rief zum Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Land auf: „Wir müssen unsere Werte wie Menschlichkeit, Respekt und Toleranz jeden Tag aufs Neue verteidigen. Keiner darf bei rassistischen Anfeindungen und Alltagsdiskriminierungen tatenlos zusehen. Jeder Einzelne ist hier gefordert“, machte Herrmann mit Blick auf die besorgniserregenden Entwicklungen in den vergangenen Jahren deutlich. Die Bayerische Staatsregie-

rung habe mit dem Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechts-Extremismus eine Grundlage geschaffen, um Rassismus, Extremismus und Antisemitismus in Bayern schon im Ansatz zu verhindern, einzudämmen und zu verfolgen. So leiste beispielsweise die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) seit 2009 hervorragende Präventionsarbeit.

Der Minister unterstrich auch seine „Null-Toleranz-Haltung“ gegenüber Rassisten und Extremisten jeglicher Couleur bei der Bayerischen Polizei und betonte, dass Verfehlungen konsequent verfolgt werden. Zudem hob er die Bedeutung erfolgreicher Integration hervor: „Denn Diskriminierung trifft häufig dort auf fruchtbaren Boden, wo Vorurteile herrschen. Unsere vielfältigen Integrationsprojekte stärken das Verständnis zwischen den Kulturen und bauen Barrieren ab.“

Auf den gewachsenen Bedarf in vielen Institutionen, Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen wie Globalisierung und Protektionismus zu finden, Menschen vor Diskriminierung zu schützen und menschenfeindliche Orientierungen in die Schranken zu weisen, reagiert das Münchner Zentrum für Analyse, Beratung und Training „Den Menschen im Blick“ in Zusammenarbeit mit der LMU München. Wie Gründungsdirektorin Dr. Britta Schellenberg im Rahmen eines Workshops erläuterte, ist es das zentrale Ziel des Projekts, Grundlagen und praktische Material dafür zu schaffen, Führungskräfte und Mitarbeitende von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zu befähigen, souverän und professionell mit Beschäftigten und Klienten in einer zunehmend diversen Gesellschaft umzugehen und sie fit zu machen für einen sicheren Umgang mit rassistischen und andere menschenfeindlichen Orientierungen.

Die Expertise „Den Menschen im Blick – kompetent gegen Rassismus und Diskriminierung“ unterstützt Verwaltungen, kommunale Träger, Wohlfahrtsverbände und Unternehmen. Für die Entwicklung der Schulungen werden – je nach Zweckmäßigkeit und Kapazitäten – engere Kooperationen mit einzelnen Institutionen ausgelotet.

### Onlineplattform

Der zweite Schwerpunkt des Projekts liegt in der Etablierung einer Onlineplattform. Hier werden internationale und interdisziplinäre Forschungsbefunde zum (Umgang mit) Rassismus vorgestellt und diskutiert, Erfahrungen aus der Alltagspraxis dargestellt sowie Projektergebnisse (pädagogische Handreichungen, Schulungsmodulare und multimediale Materialien) zur Verfügung gestellt.

„Qualifizierte Antidiskriminierungsberatung in der Praxis“ bietet unter anderem die Münchner Beratungsstelle BEFORE – Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt. Laut Antidiskriminierungsberaterin Lea Tesfaye kommen zu BEFORE zahlreiche Ratsuchende, die in ihrem beruflichen Umfeld diskriminiert werden. Starke Abhängigkeiten und steile Hierarchien begünstigen oft ein diskriminierendes Klima am Arbeitsplatz. Es brauche daher in allen Unternehmen Mechanismen zur Vermeidung von den Umgang mit Diskriminierungen wie Beschwerdemöglichkeiten und Unterstützung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. **DK**



Minister Joachim Herrmann.

Bild: Projektstelle gegen Rechtsextremismus

### Deutscher Nachbarschaftspreis 2021:

## Wunschgroßeltern in Altmühlfranken

Die nebenan.de Stiftung verkündete die 16 Landessiegerprojekte des diesjährigen Deutschen Nachbarschaftspreises. Aus hundert Bewerbungen bundesweit wurde mithilfe von Expertenjürys das beste Nachbarschaftsprojekt für jedes Bundesland ausgewählt. In Bayern geht der Landespreis an die Initiative „Wunschgroßeltern in Altmühlfranken“ aus Weißenburg. Für ihr Engagement erhalten die Siegerprojekte ein Preisgeld von je 2.000 Euro.

Ziel des Deutschen Nachbarschaftspreises ist es, engagierte Initiativen zu würdigen, die sich für ihre Mitmenschen und ihre Nachbarschaft einsetzen und dadurch den sozialen Zusammenhalt stärken. Genau das leistet das Siegerprojekt „Wunschgroßeltern in Altmühlfranken“. Die Initiative vermittelt seit 2014 aktive Senioren und Seniorinnen aus der Nachbarschaft an Familien mit Kindern von null bis drei Jahren. Eine zentrale Koordinierungsstelle hilft dabei, dass Familien und Großeltern zueinander finden und begleitet den Kennenlernprozess. Das Projekt „Wunschgroßeltern in Altmühlfranken“ legt Wert auf einen leichten Zugang und ehrenamtliche Teilnahme. So entsteht eine familiäre Atmosphäre, von der alle drei Generationen sozial profitieren. Die nachbarschaftlichen Wunschgroßeltern holen zum Beispiel ihre Wunschkel aus der Kita, wenn die Eltern keine Zeit haben. Die gemeinsame Zeit mit den Kindern stellt für die

Wunschgroßeltern eine Bereicherung in deren Alltag dar.

### Starkes Zeichen

„Die Landessiegerprojekte stehen stellvertretend für die vielen Menschen, die sich überall in Deutschland um ihre Mitmenschen und ihr lokales Umfeld kümmern. Sie tun das oft still und bescheiden, aber setzen dabei ein sehr starkes Zeichen für eine nachbarschaftliche Gesellschaft. Deshalb sollen sie viel mehr Aufmerksamkeit erhalten als die wenigen, aber sehr lauten, polarisierenden und spaltenden Stimmen in der Öffentlichkeit.“ Neben den Landessiegerprojekten werden beim Deutschen Nachbarschaftspreis auch fünf Themensiegerprojekte gekürt. Diese werden am 3. November 2021 bekanntgegeben. Details zu den Landessiegerprojekten unter <https://www.nachbarschaftspreis.de/de/Projekte/siegerprojekte-2021/>. **DK**

## GZ PINOS WELT



„Endlich mal eine wegweisende Entscheidung, die des Preises würdig ist.“ Der Bürgermeister kommentierte die Vergabe des Friedensnobelpreises an zwei aufrechte Journalisten, die Philippina Maria Ressa und den Russen Dimitri Andrejewitsch Muratow. Damit wurden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Erstens wurde auf die Bedeutung einer freien Presse in einer immer unfreier werdenden Welt aufmerksam gemacht. Zweitens auf die schleichende Erosion der Pressefreiheit überall auf der Welt, in Europa wie in Asien, in Afrika wie in Lateinamerika. Und drittens wurde durch die Preisvergabe an zwei profilierte, wenngleich über die Grenzen ihres Landes hinaus wenig bekannte Personen auch symbolisch ein im besten Sinne des Wortes universales Rechtsprinzip geehrt: Die Pressefreiheit als solche.

Denn wer erinnert sich schon noch an die

### Die Bedrohung der Pressefreiheit

Preisträger der letzten Jahre? Barack Obama, der zu Beginn seiner Amtszeit den Preis erhielt und dann doch acht Jahre permanent Kriege führte. Der äthiopische Ministerpräsident, der voller guten Willens sein Land derzeit in Chaos und Hunger führt. Das Welternährungsprogramm der UNO, das als anonyme Organisation keine Emotionen hervorrufen konnte. Ärzte, Menschenrechtsaktivisten, Opfervertreter, die alle für sich genommen natürlich Herausragendes leisteten, aber keine umspannende Idee repräsentierten.

Da ist doch Freedom of the press, wie es der erste Zusatzartikel der US-Verfassung seit 1791 postuliert, ein ganz anderes Kaliber. Leider wurde die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Tagen und Wochen viel zu sehr von tagesaktuellen Themen gefesselt wie die Kanzlerwerdung des Cum-Ex-Schlupfes, das Scheitern Berlins von der Verwaltung bis zum Flughafen oder der dramatische Linksruck der SPD. Da war keine Zeit, sich mit der historischen Rolle der Presse und des Journalismus für die Entwicklung, Bewahrung und Stabilisierung von Demokratie und Freiheit zu beschäftigen.

Leider gibt es auch so gut wie keine Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass in vielen Ländern der Erde der Beruf des Journalisten einer der gefährlichsten überhaupt ist und schnurstracks ins Gefängnis führen kann. In Russland werden über die Jahre hin immer wieder Journalisten auf merkwürdige Weise getötet, und

auch der frischgebackene Nobelpreisträger Dmitri Muratow wurde vom Kreml schon davor gewarnt, sich als Preisträger nicht zu sicher zu fühlen und zu aufmüpfig zu werden. In der Türkei sitzen so viele Journalisten im Gefängnis wie in kaum einem anderen Land. In Afghanistan werden Reporter verprügelt und eingeschüchtert. In Ländern wie Kuba und China darf sowieso nur schreiben und senden, wer voll auf Staats- oder Parteilinie ist. (Das war übrigens auch in der DDR so, als die Partei alleine regierte, die jetzt in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ohne Not wieder mitregieren soll.)

Aber nicht nur Staaten, auch Kriminelle haben es auf Journalisten abgesehen. In Malta wurde eine mutige Frau in die Luft gejagt, in der Slowakei ein junger Mann samt Partnerin erschossen, weil sie in der Presse über illegale und korrupte Machenschaften berichtet oder dazu recherchiert hatten.

Wer sich über das gesamte Ausmaß der Bedrohung der Pressefreiheit weltweit und über die Gefahren, die Journalisten und Reportern rund um den Erdball drohen, informieren will, dem sei die Website [www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de) ans Herz gelegt. Die Einblicke dort sind erschreckend.

Der Bürgermeister ärgert sich natürlich manchmal über den einen oder anderen Artikel in unserer Heimatzeitung. Wie sollte es anders sein? Aber er respektiert die Arbeit und freut sich darüber, dass die Menschen im Städtchen sich noch über das lokale Geschehen aus erster Hand informieren können. Denn wie sagte es der erste und letzte demokratisch gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière: „Lokalzeitungen erklären Zusammenhänge anhand von kleinen Ereignissen und bringen damit die große Welt in die Wohnzimmer der Menschen“.

Ihr Pino

### Schloss Steinenhausen:

## Kompetenzzentrum für Strahlenschutz geplant

In Kulmbach soll schon bald ein neues Kompetenzzentrum für Strahlenschutz entstehen. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat entsprechenden Planungen zugestimmt. Das neue Strahlenschutz-Kompetenzzentrum soll an der Außenstelle des Landesamtes für Umwelt am Schloss Steinenhausen gebaut werden. Der Neubau wird eine Bruttogrundfläche von über 3.700 qm haben. 15 neue Arbeitsplätze sollen dorthin verlagert werden. Die Kosten für den Bau werden derzeit auf rund 33 Millionen Euro geschätzt.

„Der Freistaat Bayern hält Wort. Wie in der Heimatstrategie 2015 versprochen werden weitere Behörden in den ländlichen Raum verlagert. In diesem Fall wird ein wichtiges Kompetenzzentrum mit hochwertigen Arbeitsplätzen von Augsburg nach Kulmbach gebracht. Ein gutes Zeichen für die Region“, so der heimische Landtagsabgeordnete Martin Schöffel. Auch die Stadt Kulmbach hat bereits ihr OK für die weiteren Planungen gegeben.

Das Strahlenschutzlabor wird sowohl Messaufgaben, als auch Kontrollaufgaben beim Rückbau der Kernkraftwerke übernehmen.

Die Planungen für das Kompetenzzentrum sind noch in einem recht frühen Stadium. Nach der jetzigen Freigabe durch den Haushaltsausschuss wird die Planung vertieft fortgesetzt. Für den Baubeginn braucht es später eine weitere Genehmigung durch den Haushaltsausschuss. **DK**

### Bezirk Mittelfranken:

## Gefragte und neutrale Beratungsstelle

1996 mit Unterstützung des Bezirks Mittelfranken ins Leben gerufen, ist die Mittelfränkische Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe e. V. (MER) bis heute eine neutrale und unabhängige Informations- und Beratungsstelle. Der Verein verfolgt den Zweck, die Entwicklung und die Nutzung erneuerbarer, umweltfreundlicher Energieversorgungstechnologien (beispielsweise Sonnenenergie, Wasserstoff, Windkraft), die Methoden der rationellen Energienutzung und ihre Anwendung unter Praxisbedingungen in Mittelfranken zu fördern. Der Verein arbeitet eng mit dem Netzwerk Erneuerbare Energien Westmittelfranken zusammen. In seiner jüngsten Sitzung hat sich der Bezirksausschuss einstimmig dafür ausgesprochen, die zukunftsorientierte Arbeit der MER auch in diesem Jahr mit einer Förderung in Höhe von 25.600 Euro zu unterstützen. **DK**

Landkreis Amberg-Regen fördert einmaliges Projekt:

## Auf das Huhn gekommen

Drittklässler kümmern sich um drei besondere Mitschülerinnen

Die Grund- und Mittelschule Ursensollen ist nicht auf den Hund, sondern auf das Huhn gekommen. In einer Ecke auf dem Pausenhof wurde eine Großraumvoliere angelegt, in dem seit kurzem drei Hühner untergebracht sind. Vor wenigen Wochen sind Uschi, Lotte und Berta in dem großzügigen Gehege eingezogen und seither kümmern sich die Schülerinnen und Schüler der 3b mit Klassenleiterin Sabine Süß jeden Tag um die Tiere. Die Idee dazu stammt von Magdalena Neidl, die sich für ihre Zulassungsarbeit für das erste Staatsexamen mit dem Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auseinandersetzt. Der Gedanke: Die Hühner sollen bestmöglich in den Schulalltag integriert werden und den Kindern nicht nur Selbstständigkeit vermitteln, sondern auch ihre Nachhaltigkeitsbildung stärken.

Bei Schulleiter Peter Großmann und Konrektorin Sigrid Kerschler rannte die Lehramtsstudentin aus Ursensollen offene Türen ein. Und sie fand weitere Mitstreiter. Der Landkreis Amberg-Regen unterstützt das Projekt im Rahmen der Leitbild-Strategie „Deine Zukunft 2030. Amberg-Regen.“ Rund 80 Prozent der Kos-

ten, zum Beispiel für den Käfig und den kleinen Hühnerstall mitten in der Voliere, übernimmt der Landkreis, berichtete die Regionalmanagerin des Landkreises Amberg-Regen, Katharina Schenk, die für die Umsetzung der Leitbild-Strategie verantwortlich zeichnet. „Das sind knapp 930 Euro.“ Die restlichen Kosten, un-

ter anderem für das Futter der Tiere, werden von der Gemeinde Ursensollen bezuschusst.

### Hoher Besuch zur Halbzeit

Landrat Richard Reisinger und Bürgermeister Albert Geitner statteten der Grund- und Mittelschule Ursensollen zur Halbzeit des Projekts einen Besuch ab, um sich vor Ort über die Umsetzung zu informieren. „Ein tolles Projekt, das wir so im Landkreis Amberg-Regen noch nicht hatten“, freute sich der Landrat. „Das ist eine echte Bereicherung des Schulalltags und bringt den Kindern die Natur ein Stück näher.“ Der Ursensollener Bürgermeister zeigte sich ebenfalls begeistert: „Die Kinder bekommen einerseits die Verantwortung für Lebewesen vermittelt, andererseits erlangen sie auch Wissen um nachhaltigen Konsum.“

### Am Wochenende

Die „Schulhühner“ sind seit kurzem Teil des Heimat- und Sachkundeunterrichts. Dort lernen die Drittklässler alles über Hühner, und das eben nicht nur

in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Liebevoll umsorgen die Schülerinnen und Schüler ihre drei Hühner, geben ihnen frisches Wasser, Grün- und Körnerfutter, sammeln die gelegten Eier ein und halten den Käfig sauber. Das sind die täglichen Aufgaben für die Kinder. „Die Bereitschaft ist groß, alle kümmern sich um die Hühner. Auch am Wochenende finden sich immer genug Freiwillige“, lobt Magdalena Neidl den Einsatz der Drittklässler der Grund- und Mittelschule.

### Eine Win-win-Situation

Einer von ihnen ist Xaver. Er darf heute nachsehen, ob Uschi, Lotte und Berta Eier gelegt haben. Ein kurzer Blick in den Hühnerstall, dann ruft er die gute Nachricht freudig seinen Mitschülern zu: „Zwei Eier!“ Xaver und seine Mitschüler sind begeistert von den lebenden Hühnern auf dem Pausenhof und verbringen gerne Zeit mit ihnen. Eine Win-win-Situation, wenn man so will. Glückliche Hühner und glückliche Kinder.

### Versorgt auch nach Ende des Projekts

Das Projekt „Schulhühner“ läuft noch ein paar Wochen. Danach kümmert sich voraussichtlich Magdalena Neidl zu Hause um die drei Hühner.



Hinten v.l.: Magdalena Neidl, Bürgermeister Albert Geitner, Landrat Richard Reisinger, Nicole Graf, Regionalmanagerin Katharina Schenk, Schulleiter Peter Großmann, Klassenleiterin Sabine Süß und Konrektorin Sigrid Kerschler mit den Kindern.  
Bild: Christine Holleder

### Amerang:

## Wohnkompetenzzentrums eröffnet

Ende September wurde das erste Wohnkompetenzzentrum des wissenschaftlichen Projekts DeinHaus 4.0 der Technischen Hochschule Rosenheim und ihrem Partner, der Ernst Freiberger-Stiftung, eröffnet. Hier wird erforscht, wie digitale Technik pflegebedürftige Menschen im Alltag zu Hause unterstützen und was die eigene Wohnung dabei alles leisten kann.

Das Forschungsprojekt DeinHaus 4.0 will Bedarfe und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung, Post-Reha-Patientinnen und Patienten, Menschen mit Pflegegrad und Seniorinnen und Senioren analysieren und verstehen. Das Wohnkompetenzzentrum wird dazu mit technischen Assistenzsystemen, unterstützenden Produkten und Dienstleistungen ausgestattet. Dadurch können Wege aufgezeigt werden, wie ein selbstbestimmtes Leben möglichst lange in den eigenen vier Wänden stattfinden kann. Entsprechend ausgestatteter Wohnraum soll so zentraler Bestandteil der Versorgungskette im Alter, bei Pflegegraden, bei der Übergangsvorsorge und in Post-Reha-Situationen sein.

### Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 5. November 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT - E-Government - Breitband - Mobilfunk
- Kommunaler Bau - Ortskernbelebung
- Gestaltung öffentlicher Räume - Stadtmobiliar
- Renovierung - Denkmalschutz
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren  
**KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
www.etsch.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

### Energiebeschaffung

**Kostenfreie Ausschreibungsvorlagen!**  
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.

[enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage](http://enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage)

**EN plus**  
Hochwertige Holzpellets

### Energiedienstleistung

**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah  
[erdgas-schwaben.de](http://erdgas-schwaben.de)

### Erneuerbare Energien

**LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN** **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

**juwi AG** · Simone Brunwig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · [www.juwi.de](http://www.juwi.de)

### Fahrenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

**FAHNEN KÖSSINGER**  
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling  
Tel: 09451 9313-0 · [www.fahren-koessinger.de](http://www.fahren-koessinger.de)

Fahren Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

Kommunen kompetent erreichen:  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Informationssicherheit / Datenschutz

**Daten schützen.**

DSGVO  
BayDSG  
ext. DSB  
ext. ISB  
ISIS12  
Schulungen  
eLearning

[www.Mein-Datenschutzberater.de](http://www.Mein-Datenschutzberater.de)

Gemeindezeitung auf folgenden  
Social Media Kanälen:



### Kommunale Fachmedien

### Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

[www.schweitzer-online.de](http://www.schweitzer-online.de) **schweitzer**  
Fachinformationen

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die  
kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### GZ Akademie

Termine unter:  
[www.gemeindezeitung.de/akademie](http://www.gemeindezeitung.de/akademie)



### Kommunalfahrzeuge

Eine komplette  
**Produktpalette** für  
effektive Räumarbeiten

**BUCHER municipal**  
Driven by better



### Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

**Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

### Recyclingbaustoffe

**BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
[www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)

### Sitzmöbelhersteller

**KRENZER**  
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG  
Sitz- und Polstermöbelfabrik  
Industriestraße 26  
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Telefon: 02771/3208-0  
Telefax: 02771/3208-13  
E-Mail: [info@krenzer-sitzmoebel.de](mailto:info@krenzer-sitzmoebel.de)  
[www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171.9307-12  
[steer.monika@gemeindezeitung.de](mailto:steer.monika@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

**LRS**  
LÜFTUNGS-REINIGUNGSSERVICE

**„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“**

Lüftungs-Reinigungs-Service  
**Franz Sedlmeier GmbH**  
Wolfratshauser Straße 9a  
82049 Pullach im Isartal  
Telefon: (089) 74 44 24 98  
Fax: (089) 74 44 24 99  
eMail: [info@l-r-service.de](mailto:info@l-r-service.de)  
Internet: [www.l-r-service.de](http://www.l-r-service.de)

Wartung und Reinigung von:  
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3  
• Prozesslufttechnische Anlagen  
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

**LRS**

### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

**deko-jochum**

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshändler für **plättle star**

**Wir liefern in 8-14 Tagen -  
und das bis kurz vor Weihnachten!**

### Veranstaltungsort

Kreissparkassensaal, 85560 Ebersberg, Kolpingstraße 1

### Termin

Mittwoch, 27. Oktober 2021, 17<sup>00</sup> Uhr bis 19<sup>30</sup> Uhr  
Einlass ab 16<sup>30</sup> Uhr

### Veranstalter

MigraNet – IQ Netzwerk Bayern  
und der Landkreis Ebersberg  
mit freundlicher Unterstützung  
des Bayerischen Integrationsministeriums  
in Partnerschaft mit dem Bayerischen Landkreistag  
Organisation: Bayerische GemeindeZeitung  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

### So erreichen Sie den Sparkassensaal:



[Link zur Teilnahme am Bayerischen FachkräfteForum  
bildungsportal.lra-ebe.de/anmeldung-fachkraefteforum](http://bildungsportal.lra-ebe.de/anmeldung-fachkraefteforum)

### Tagungsbeitrag

Die Teilnahme ist kostenfrei

### Anmeldung

bitte bis Freitag, 22. Oktober 2021

### Hygienehinweise

- Voraussetzung für die Teilnahme ist der Nachweis über 3G (Impfung, Genesung, negativer Testnachweis)
- Wo der Mindestabstand von 1,5 m nicht eingehalten werden kann, gilt Maskenpflicht

### Für Rückfragen

Mirjana Simic, Landratsamt Ebersberg, Bildungskoordination  
Eichthalstraße 5, 85560 Ebersberg

Telefon: 08092 823 - 124

[Mirjana.Simic@lra-ebe.bayern.de](mailto:Mirjana.Simic@lra-ebe.bayern.de)



Bayerisches Staatsministerium des  
Innern, für Sport und Integration



Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung IQZ“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.



Präsenz-Veranstaltung:

## Bayerisches FachkräfteForum

Strategien zur Gewinnung von Fachkräften  
mit Migrationshintergrund  
im Landkreis Ebersberg

Mittwoch, 27. Oktober 2021, 17<sup>00</sup> bis 19<sup>30</sup>Uhr  
Ebersberg, Kreissparkassensaal, Kolpingstraße 1



## Programm:

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayern hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie gut es gelingen wird, die Fachkräftebasis in allen Regionen des Freistaats zu sichern.

Die globale Bedrohung durch das Corona-Virus hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in jüngster Zeit gravierend verändert. Gleichwohl haben nach wie vor zahlreiche Unternehmen und teilweise komplette Wirtschafts- und Dienstleistungszweige große Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden. Ein zu berücksichtigender Faktor ist dabei auch, dass der demografische Wandel sich künftig weiter verstärken wird.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag laden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische Gemeindezeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums zum Bayerischen FachkräfteForum „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund“ in jeden Regierungsbezirk ein.

Mit unserer Veranstaltungsreihe vertiefen wir das Thema „Fachkräftegewinnung vor Ort“ und zeigen Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund auf. Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten.

Das Thema Fachkräfteeinwanderung sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Die Veranstaltung richtet sich an Arbeitgebende, Personalverantwortliche, Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Verantwortliche in den Kommunen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

- 16<sup>45</sup> **Ankommen**
- 17<sup>00</sup> **Grußwort  
und Vorstellung Wirtschaftsstandort LK Ebersberg  
Stv. Landrat Walter Brilmayer**
- 17<sup>10</sup> **Vorstellung Netzwerk MigraNet:  
Anne Güller-Frey, MigraNet – IQ Netzwerk Bayern**
- 17<sup>20</sup> **Keynote iab –  
Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung  
Fachkräfte gesucht? Welche Möglichkeiten bietet  
das Fachkräfteeinwanderungsgesetz?  
Tanja Fendel, iab**
- 17<sup>50</sup> **Anerkennung von ausländischen Qualifikationen –  
Unterstützung für die Arbeitgeber  
Daniel O. Salaja (M.A.), Landeshauptstadt München,  
Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration  
Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifi-  
kationen; Fachinformationszentrum Einwanderung  
München – FIZE**
- 18<sup>05</sup> **Vortrag Fördervoraussetzungen für Weiterbildung  
Beschäftigter im Landkreis Ebersberg  
Monika Tillger, Arbeitgeberservice der BA Ebersberg**
- 18<sup>20</sup> **Vorstellung der Bildungsträger im Landkreis Ebersberg  
bfz: Verena Ponjavic  
ipb: Britta Kuhlendahl-Kraft  
vhs: Stefanie Horten  
wbb: Karin Wiedenhöfer**
- 18<sup>30</sup> **Podiumsdiskussion, anschließend offene Diskussion  
Unternehmer aus dem Landkreis Ebersberg mit  
Praxisbeispielen zur Integration von Fachkräften mit  
Migrationshintergrund**
- 19<sup>00</sup> **Get-together mit kleinem Imbiss  
Markt der Möglichkeiten  
Bildungsträger, Arbeitsagentur, MigraNet, Ausländeramt**

### Für die Region: Virtueller Bildungsmarkt online

Die Jobcenter und Arbeitsagenturen in den Landkreisen Dachau, Erding, Ebersberg und Freising setzen verstärkt auf digitale Angebote. Der „Virtuelle Bildungsmarkt“ wird als E-Service online angeboten.

Bildungsinteressierte können sich hier unkompliziert einen Überblick über das Kursangebot regionaler Bildungsträger verschaffen, dazu Flyer und Imagefilme einsehen. Auch eine Kontaktaufnahme mit den Ansprechpartner\*innen bei Jobcentern, Arbeitsagenturen und Bildungsträgern ist unkompliziert möglich.

### Interessiert?

Dann ran an Smartphone, Tablet, Laptop oder PC und [www.bildungsmarkt-freising.de](http://www.bildungsmarkt-freising.de) aufrufen, damit durch **WEITER:BILDUNG!** aus Herausforderungen Chancen werden.

### MigraNet – IQ Netzwerk Bayern

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA).

### Folgen Sie MigraNet

Internet: [www.migranet.org](http://www.migranet.org)

Facebook: <https://fb.com/migranet.bayern>

Newsletter: <https://www.migranet.org/newsletter>